

*Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer*

# *SpeyerBrief Nr. 19*

*Sommersemester 2000*

Top-Thema: Generalsanierung an der DHV  
(Seite 10/11)

Im Gespräch: Gastprofessor Dr. Geert Bou-  
ckaert (Seite 31)

Im Blick: Aktuelle Forschungsprojekte am  
FÖV (Seite 48/49)



# Inhaltsverzeichnis

Semesterbeginn	ab Seite 4
Abendvorträge	ab Seite 6
Hochschulentwicklung	ab Seite 10
Studium	ab Seite 16
Fortbildung	ab Seite 18
Europa in Speyer	ab Seite 26
Internationale Beziehungen	ab Seite 32
Magister-Prüfung	Seite 34
Hörerschaft	ab Seite 35
Alumni	ab Seite 38
Forschungsinstitut (FÖV)	ab Seite 40

## Liebe Leserinnen und Leser,

es ist wieder so weit: Der *SpeyerBrief Nr. 19* liegt vor und berichtet über die Ereignisse und Aktivitäten an der Hochschule im vergangenen Sommersemester. - In den zurückliegenden Monaten hat sich einiges getan - was nicht zuletzt schon am äußeren Erscheinungsbild zu erkennen ist: Die Außendarstellung der Hochschule hat sich grundlegend verändert: Künftig erscheinen alle Broschüren - wie auch der vorliegende *SpeyerBrief* - mit dem noch druck-frischen Logo der Hochschule. Aus einem Wettbewerb von acht Agenturen und einem anschließenden Auswahlverfahren der eingereichten Vorschläge, an dem sich alle Lehrstühle und Mitarbeiter beteiligt haben, ist nun eine Lösung hervorgegangen, mit der sich - wie ich meine - die DHV am Markt sehen lassen kann.

Um den Herausforderungen der heutigen technisierten Welt gerecht zu werden, genügt dies aber noch nicht, deshalb sind wir bestrebt, auch unser Internet-Angebot neu zu gestalten. Zu Beginn des neuen Jahres soll es stehen und allen Nutzern einen schnellen und unkomplizierten Zugriff auf alle interessanten Infos unserer Einrichtung bieten (S. 12).

Aber auch im Innern standen große Veränderungen an: Das Großprojekt im vergangenen Semester hieß Generalsanierung. Seit Mai wird die DHV grundlegend saniert. Im Frühjahr soll die Maßnahme abgeschlossen sein und die Hochschule in ganz neuem Licht erscheinen. An dieser Stelle möchte ich noch einmal herzlich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Anstrengungen danken, mit denen sie die außergewöhnlichen Belastungen gemeistert haben, aber auch unseren Hörern, die die weiteren Wege zu den ausgelagerten Veranstaltungsorten klaglos in Kauf genommen haben. Den ausführlichen Bericht über die Generalsanierung lesen Sie auf Seite 10/11.

Und auch im Bereich Fortbildung hat die DHV kräftig zugelegt. Neue Reihen im Bereich Europa wie etwa ein „Wettbewerb der Regionen“ oder die neue Reihe „Government meets business“, in der Politiker und Konzernchefs an einen Tisch gebracht werden sollen, wurden ins Leben gerufen. Über 1500 Teilnehmer haben im vergangenen Semester unser Fortbildungsangebot genutzt. Welche Veranstaltungen es gab, lesen Sie ab Seite 18.

Auch die Hörer waren wieder äußerst rege und haben einiges auf die Beine gestellt. Damit aber nicht genug: Die Magister-Kandidaten des 24. Jahrgangs legten die besten Prüfungen seit Bestehen der Hochschule ab! (Seite 34).

Nun aber viel Spaß bei der Lektüre wünscht Ihnen  
Ihr

Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill  
Rektor der Hochschule

Jetzt geht's los: Der Start ins Semester für 527 neue Hörer der DHV.

Foto: Klehr

# Inspiration für 527 neue Hörer

Semesterbeginn zum Sommersemester 2000 an der DHV Speyer

**„Speyer inspires“ - das zumindest werde im Ausland über die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer gesagt. Inspirieren lassen sollten sich auch die 527 Hörer des Sommersemesters 2000, die der Rektor der Hochschule, Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill, am Morgen des 2. Mai in der Stadthalle Speyer begrüßte.**

Noch einmal wie im Studium wissenschaftlich arbeiten, den Horizont im fächerübergreifenden und praxisnahen Studium erweitern und die Pfalz kennen und genießen lernen - diese drei Dinge machten den Geist von Speyer aus, sagte Hill in seiner An-

Horizont  
erweitern

sprache. Während es an anderen Universitäten immer nur einzelne Fakultäten gebe, hätten die Hörer hier die Möglichkeit, die Welt einmal über den Tellerrand der Juristerei hinaus mit den Augen des Historikers, Soziologen, Wirtschafts-, Politik- oder Verwaltungswissenschaftlers zu sehen. Das zeichne die Hochschule aus. Eine Besonderheit der DHV seien aber auch die projektbezogenen Arbeitsgemeinschaften,

die von Praktikern geleitet und somit von besonderem praktischen Nutzen seien.

Für 412 Rechts-, 13 Wirtschafts- und Verwaltungsrefe-

rendare, 19 nicht entsandte Rechtsreferendare sowie 37 Aufbauhörer, 35 Doktoranden und elf sonstige Hörer hat mit der Antrittsversammlung das neue Semester begonnen. Besonders hieß Hill die ausländischen Hörer, die aus 16 Ländern Europas, Afrikas, Asiens und Lateinamerikas stammen, willkommen.

Bürgermeister Hanspeter Brohm erläuterte den „Neubürgern auf Zeit“ kurz die Geschichte der Domstadt, angefangen vom Dombau bis zur 2000-Jahr-Feier vor zehn Jahren. Dabei hob er besonders das kulturelle Angebot, aber

Hörersprecher  
gewählt

auch den Freizeitwert der Stadt hervor. Schließlich besuchten 2,5 Millionen Besucher pro Jahr Speyer, das spreche für sich.

Bei der anschließenden Vollversammlung der Hörerschaft wählten die Studierenden -

nach einem lautstarken Einzug der Kommilitonen des vergangenen Semesters - die Hörersprecher und ihre weiteren Vertreter. Als Hörersprecherin fungierte Heike Duus, Regierungsreferendarin aus Berlin. Als ihr Stellvertreter und Finanzreferent wurde Thorsten Herschke, Rechtsreferendar aus Mecklenburg-Vorpommern, bestimmt.

Beate Klehr

# Damit Staats- und Verwaltungswissenschaften einander näher kommen

Semestereröffnungsvortrag von Univ.-Prof. Dr. Dr. Kirchner

*Die offizielle Eröffnung des Sommersemesters der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer am 18. Mai in der Stadthalle war gleich in dreifacher Hinsicht ein besonderes Highlight: Die Doktoranden, die im vergangenen Semester promoviert wurden, erhielten ihre Doktorurkunden, anlässlich des Verfassungstages in Rheinland-Pfalz wurden zwei Verwaltungsbeamte der Hochschule befördert und für den Festvortrag hatte die DHV einen renommierten Gast aus Berlin gewonnen: Univ.-Prof. Dr. Christian Kirchner, LL.M., Inhaber des Lehrstuhls für deutsches, europäisches und internationales Zivil- und Wirtschaftsrecht und Institutionenökonomik an der Humboldt-Universität zu Berlin.*

Ihre Promotionsurkunden erhielten Astrid Brennecke, Kai Masser, Benedikt Morsey, Michael Stierle sowie Alexander Willand. Als Bibliothekarsoberinspektor sowie als Amtsrat fungieren künftig Thomas Bauer und Bernhard Wolf.

In seiner Einführung verwies der Rektor der Hochschule, Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill, auf die internationale Karriere des Referenten, der sich durch seine Multidisziplinarität als Wirtschafts- und Rechtswissenschaftler sowie als Japan-Experte auszeichne. Die DHV habe in der Vergangenheit viel über ihre Ausrichtung als Hochschule für Staats- oder Verwaltungswissenschaften diskutiert. Sie hebe sich auch besonders durch das enge Neben- und Miteinander der verschiedenen rechts-, wirtschafts-, sozial- und verwaltungswissenschaftlichen Disziplinen von anderen Universitäten ab. Mit dem Vortrag solle diese Ausrichtung unterstrichen und verstärkt werden.

In seinem Vortrag mit dem Titel „Die ökonomische Theorie des Rechts vor den Toren der Staats- und Verwaltungswissenschaft“ widmete sich Kirchner der Frage, welchen Beitrag eine „neue Ökonomik“

zu einer modernen Staats- und Verwaltungswissenschaft leisten könne. In den vergangenen Jahren hätten sich staatliche Instanzen immer stärker privatrechtlich organisiert. Privat- und öffentliches Recht seien dadurch in eine Konkurrenzsituation geraten. Nun gelte es, das Verhältnis zwischen Privat- und öffent-

Univ.-Prof. Dr. Dr. Christian Kirchner  
Foto: Klehr

lichem Recht neu zu bestimmen. Hier könne die moderne Ökonomik einen Beitrag leisten und eine Brücke zwischen der Rechts- und Wirtschaftswissenschaft schlagen. Dabei warb Kirchner für ein Miteinander und Ineinandergreifen der verschiedenen sozial-, wirtschafts- und rechtswissenschaftlichen Disziplinen.

Wie kann aber nun die moderne Ökonomik für die Staats- und Verwaltungswissenschaft fruchtbar gemacht werden? Kirchner entwarf den Denkansatz der „Ökonomischen Theorie des Rechts“. Diese individualistisch geprägte Theorie geht davon aus, dass sich einzelne Akteure zum gemeinsamen Handeln zusammenschließen, um bestimmte Ziele zu erreichen. Ob sie sich dabei staatlichen oder privaten Handlungsformen bedienen, richte sich schlicht nach Zweckmäßigkeitserwägungen. Dabei unterscheide sich der moderne Ansatz vom klassischen ökonomischen dadurch,

dass letzterer nur nach Effizienzsteigerungen frage, nicht aber nach der Zustimmung durch die Bürger. Der moderne Ansatz der „Ökonomischen Theorie des Rechts“ wende sich im Gegensatz dazu vom herkömmlichen Zweck-Mittel-Schema ab, das zuerst nach dem Ziel frage, um dann nach den nötigen Mitteln zu suchen.

Stattdessen würden alternative Organisationsformen für staatliches Handeln - auch mit privatwirtschaftlichen Alternativen - auf ihre Wirkung hin untersucht und verschiedene Möglichkeiten im Voraus abgeschätzt. Letztendlich komme es dann auf die Kollektiventscheidung der Bürger an.

Als Beispiel nannte Kirchner etwa den Naturschutz. Wenn eine geschützte Fruchtweise eines Landwirtes gemäht werden soll, bedarf es dazu in Niedersachsen eines öffentlich-rechtlichen Vertrages. Die „Ökonomische Theorie des Rechts“ würde stattdessen zunächst verschiedene Alternativen - wie etwa Mähen durch Angestellte der Naturschutzbehörde, öffentliche Ausschreibung des Mähauftrages oder Mähen durch Private - durchtesten. Wäre etwa die privatrechtliche Auftragsvergabe - unter Wahrung des Naturschutzes - günstiger, könnten sich die Bürger auf diese Alternative einigen.

Bisher stehe der moderne ökonomische Ansatz noch vor den Toren der Staats- und Verwaltungswissenschaft. Stattdessen habe er sich vornehmlich Fragen des Privat- und Wirtschaftsrechts gewidmet. Aber das könne sich ja schließlich bald ändern..., so Kirchner.

*Der Vortrag wird in der Reihe der Speyerer Vorträge als Heft Nr. 56 erscheinen und ist im Rektorat der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer gegen einen Kostenbeitrag von 10,- DM zu beziehen.* Beate Klehr

## Mitarbeit in Experten-Kommissionen

Em. Univ.-Prof. Dr. Willi Blümel wurde für die Dauer von zwei Jahren ab dem 1. April zum Vorsitzenden von Schlichtungsverfahren nach dem zwischen dem Bundeseisenbahnvermögen Hauptverwaltung und der Tarifgemeinschaft GDL/GD-BA vereinbarten Schlichtungsabkommen berufen.

\*\*\*

Im Juli wurde Univ.-Prof. Dr. Eberhard Bohne in den Ausschuss des „Comité d'Orientation“ des Programms für „Science, environnement et société“ an der Fondation Nationale des Sciences Politiques, Institut d'Études Politiques de Paris berufen.

\*\*\*

Em. Univ.-Prof. Dr. Rudolf Morsey wurde vom Kuratorium der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn für weitere vier Jahre in den Beirat der Stiftung berufen.

# Engagiert in Wissenschaft und für die Hochschule

Antrittsvorlesung von Univ.-Prof. Dr. Dorothea Jansen

***Eine junge Professorin, die frischen Wind an die Hochschule bringt und die sich engagiert - so beschrieb der Rektor der DHV Speyer, Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill, seine Kollegin Univ.-Prof. Dr. Dorothea Jansen, die am 27. Juni im historischen Ratsaal der Stadt Speyer ihre Antrittsvorlesung hielt.***

Jansen ist seit dem 1. April 1999 Inhaberin des Lehrstuhls für Soziologie der Organisation an der Hochschule. „Sie wurde berufen, um die erfolgreiche Arbeit von Univ.-Prof. Dr. Helmut Klages fortzusetzen“, so Hill. Dabei habe die Sozialwissenschaftlerin das Durchschnittsalter des Professoriums erheblich gesenkt sowie das Geschlechterverhältnis weiter verbessert (mit Jansen sind nun zwei der 19 Lehrstühle an der DHV mit einer Frau besetzt). Dies mache sich bereits in den Diskussionen in den Gremien bemerkbar, sagte Hill. Darüber hinaus sei Jansen auch in der Verwaltung sehr engagiert: Im Sommersemester habe sie das Amt als Direktorin der Bibliothek übernommen. Außerdem leite sie die Arbeitsgruppe „Hochschulentwicklung“ und habe damit großen Einsatz für die Hochschule gezeigt. Der Rektor dankte ihr für ihre bisherige Arbeit.

Der Vortrag zum Thema „Der neue Institutionalismus“ befasste sich mit der Definition des Institutionenbegriffs, der Rolle von Institutionen in der Ökonomie, Politikwissenschaft und Soziologie sowie ihrer Analyse. Als Institutionen werden ganz unterschiedliche Phänomene bezeichnet, wie etwa der Staat, die Universität, Betriebe, Kirchen, Parteien, Verträge, aber auch Rituale wie etwa die Begrüßung per Handschlag - eine typisch deutsche Institution. „Institutionen werden gelebt. Sie liefern Handlungsrezepte“, erläuterte Jansen. Als Beispiel nannte sie Verträge. Erst durch die Sicherheit, dass Lieferverträge eingehalten werden, könne sich ein Unternehmen auf die eigene Wertschöpfung konzentrieren. Institutionen schafften also Sicherheit und Vertrauen. Sie könnten die Akteure aber auch einschränken. Sie hätten Ordnungs- und Regelungscharakter, würden aber auch mit Sanktionen durchgesetzt. So etwa die Institution des Rechtssystems durch Strafen oder Begrüßungsregeln durch Missbilligung.

Der neue Institutionalismus, der an die klassische Politikwissenschaft anknüpfe, erkläre politische Entscheidungsprozesse und -ergebnisse nicht nur mit den Interessen der Wähler oder der Abgeordneten, sondern zusätzlich durch die Wirkung institutionalisierter Regeln. So müsse es etwa in einem Parlament zu ständig wechselnden Mehrheiten kommen, wenn es wirklich nur auf die Interessen der ihren Wahlkreisen verpflichteten Abgeordneten ankäme. Dass dies nicht so ist, lasse sich erst erklären, wenn man außer den Interessen der Abgeordneten die Institutionen des Parlamentes wie die Etablierung von Aus-

„Der neue Institutionalismus“

Software, obwohl vielleicht ein anderes Produkt wirkungsvoller sei.

Institutionen - wenn schon nicht notwendigerweise effizient - müssten dann wie etwa demokratische Regierungssysteme ihre Legitimität belegen. Sie müssten gleichzeitig den Bürgern Einfluss ermöglichen und gute Politik sicherstellen - also Herrschaft durch und für das Volk. Am effektivsten sei daher ein System, das

die Durchsetzungsfähigkeit der Westminster-Demokratie mit ihrem klaren Mehrheitsprinzip („The Winner Takes All“) verbinde mit der Kompromissorientierung und dem Interessensberücksichtigungspotential der Konsensdemokratie nach Vorbild der Schweiz oder der Niederlande. Gegen Blockadetendenzen könnten direktdemokratische Instrumente helfen und aus dem Druck zur politischen Profilierung im Konkurrenzkampf der Parteien könnten mehrheitsunabhängige, nach Expertise besetzte Gremien herausführen, wie z.B. unabhängige Notenbanken und unabhängige Gerichte.

Letztendlich plädierte Jansen für die Schaffung einer integrierten Institutionentheorie. Die Sicht einer Wissenschaft sei dabei zu einseitig. Mit den Staats- und Verwaltungswissenschaften könne an einer solchen Theorie gemeinsam weitergebaut werden.

*Nach dem Studium der Volkswirtschaftslehre und Sozialwissenschaft in Köln und Bochum legte Jansen 1981 ihr Diplom der Sozialwissenschaften ab. Es folgten 1987 die Promotion und 1996 die Habilitation, ebenfalls in Bochum. Danach nahm sie verschiedene Lehrstuhlvertretungen und Lehrtätigkeiten an den Universitäten Düsseldorf, Hamburg und Bochum wahr. Seit 1. April 1999 ist sie Inhaberin des Lehrstuhls für Soziologie der Organisation an der DHV.*

*Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Organisations- und Interorganisationsforschung, Umweltsociologie, Wissenschafts- und Technikforschung sowie Methoden der empirischen Sozialforschung und Netzwerkanalyse.*

*Der Vortrag ist in der Reihe der Speyerer Vorträge als Heft Nr. 57 erschienen und ist im Rektorat der DHV Speyer gegen einen Kostenbeitrag von 10,- DM zu beziehen.*

Univ.-Prof. Dr. Dorothea Jansen  
Foto: Brieger

schüssen, Tages- und Geschäftsordnungen berücksichtige.

Institutionen seien aber auch Handlungsanleitungen. So bestimme beispielsweise die Institution der Tarifautonomie die Rolle der Tarifpartner.

Aber auch Mythen dessen, was als rational gilt, könnten institutionalisiert werden. So werde zum Beispiel ein Krankenhaus nicht daran gemessen, wie viele Patienten es tatsächlich geheilt habe, sondern ob es professionell ausgebildetes Personal beschäftige und die Regeln der ärztlichen Kunst befolge. Institutionen seien also nicht notwendigerweise effizient.

Oder Käufer bevorzugten ein bekanntes, verbreitetes Produkt wie die Microsoft-

# Wo europäisches und nationales Recht aufeinander treffen...

Antrittsvorlesung von Privatdozent Dr. Matthias Niedobitek

*„Wenn man in der Vergangenheit einen Rikscha-Fahrer durch Speyer düsen sah, so war das nicht der OB im Gladiatoren-Kampfwagen - den gibt es erst seit kurzem -, sondern Dr. Niedobitek, der mit seinen Kindern spazieren fuhr. Denn neben der Forschung hat er auch immer Zeit für seine Familie gefunden“, lobte der Rektor der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill, Privatdozenten Dr. Matthias Niedobitek, der am 11. Juli im historischen Ratssaal seine Antrittsvorlesung hielt.*

Niedobitek sei ein „überzeugter Europäer“ und habe sich, so Hill, stets für ein „Europa der Bürger“ eingesetzt. Dies zeichne auch sein Forschungsgebiet aus: 1992 habe er an der DHV zum Thema „Kultur und Europäisches Gemeinschaftsrecht“ mit der Note „Summa cum laude“ promoviert. 1993 sei die Dissertation durch eine internationale Jury mit dem Wolters Kluwer Award ausgezeichnet und ins Englische übersetzt worden. Auch das Thema seiner Habilitationsschrift habe europäische Bezüge: „Das Recht der grenzüberschreitenden Verträge - Bund, Länder und Gemeinden als Träger grenzüberschreitender Zusammenarbeit“. Hierfür habe ihm der Senat der Hochschule die Lehrbefugnis für das Gebiet „Öffentliches Recht, Europarecht, Völkerrecht“ erteilt.

Daneben, so berichtete Hill weiter, habe sich Niedobitek aber auch mit Fragen des Beamtenrechts, des Verwaltungsverfahrensrechts und der deutschen Landesverfassungen beschäftigt. Seine Lehrveranstaltungen hätten von den Hörern stets Bestnoten erhalten. Und nicht nur als geschäftsleitender Institutsreferent des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung (FÖV), wo er seit verganginem Jahr tätig ist, sei er sehr engagiert, sagte Hill.

Auch in seiner Antrittsvorlesung befasste sich der Jurist mit Fragen der EU. „Kollisionen zwischen EG-Recht und nationalem Recht“ war der Vortrag überschrieben. Kollisionen zwischen beiden Rechtssystemen seien

keine Störung der „friedlichen Koexistenz“ der Rechtsordnungen, sondern Ausdruck einer sich gesund entwickelnden europäischen Gemeinschaftsrechtsordnung. Grundsätzlich sei es richtig zu sagen: „Gemeinschaftsrecht bricht nationales Recht“. Dennoch werde im Falle einer Kollision das nationale Recht nicht automatisch aufgehoben. Es werde nur außer Kraft gesetzt und dürfe, soweit es EG-Recht entgegensteht, nicht angewendet werden.

Privatdozent Dr. Matthias Niedobitek  
Foto: Klehr

Am Beispiel der UVP-Richtlinie legte Niedobitek die Wirkungen einer nicht rechtzeitig umgesetzten EU-Richtlinie dar. Diese Richtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten, für möglicherweise gefährliche Projekte eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen. Im Fall des Wärmekraftwerkes Großkrotzenburg hat die Europäische Kommission Deutschland vorgeworfen, einen neuen Kraftwerkblock unter Missachtung der Richtlinie errichtet zu haben. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschied, die Richtlinie verpflichte die zuständigen Behörden unmissverständlich, eine Umweltverträglichkeitsprüfung vorzunehmen. Deutschland verteidigte sich damit, es habe zwar keine förmliche Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt, jedoch seien faktisch alle Anforderungen der Richtlinie beachtet worden. Da die Kommission

dies nicht habe widerlegen können, sei ihre Klage abgewiesen worden.

In einem weiteren Abschnitt seiner Antrittsvorlesung führte Niedobitek aus, Gemeinschaftsrecht verbiete Diskriminierungen aus Gründen der Staatsangehörigkeit, und zwar nicht nur offene, sondern auch verdeckte Diskriminierungen mit gleichen Auswirkungen. Sofern nationales Recht dem entgegenlaufe, dürfe es auch hier nicht angewendet werden. So etwa im Fall eines österreichischen Bootshafens. Die Behörde hatte es dem Betreiber erlaubt, 200 Bootsplätze zu errichten, jedoch nicht mehr als 60 an ausländische Mieter zu vergeben, damit genügend Plätze für die Bewohner der Region bereitstünden. Als sich der Betreiber nicht daran hielt, wurde eine Geldbuße verhängt. Diese sei ungerechtfertigt, entschied der EuGH. Zwar diskriminiere das „Ausländerkontingent“ nicht offen nach der Staatsangehörigkeit, aber indirekt nach dem ausländischen Wohnsitz der Bootseigner. Dem Betreiber des Bootshafens durfte nach Auffassung des EuGH daher keine Geldbuße wegen des Verstoßes auferlegt werden.

Dies zeige, so Niedobitek abschließend, dass der Vorrang des EG-Rechts in jeder einzelnen Anwendungssituation beachtet werden müsse.

*Nach dem Jura-Studium in Berlin und dem Referendariat in Baden-Württemberg war Niedobitek als wissenschaftlicher Referent am FÖV tätig, wo er das von Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera geleitete Projekt „Pläne und Entwicklung eines Europas der Bürger“ bearbeitete, bevor er promovierte und habilitierte. Seit 1. Februar 1999 ist Niedobitek Institutsreferent des FÖV. Darüber hinaus ist er Mitglied in zahlreichen wissenschaftlichen Vereinigungen.*

*Der Vortrag ist in der Reihe der Speyerer Vorträge als Heft Nr. 58 erschienen und ist im Rektorat der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer gegen einen Kostenbeitrag von 10,- DM zu beziehen.*

**GFA  
verankert**

Univ.-Prof. Dr. Carl Böhrer und Dr. Götz Konzendorf wirkten mit an der Ergänzung der Gemeinsamen Geschäftsordnung für die Ministerien und die Staatskanzlei des Landes Rheinland-Pfalz. Seit Ende Mai ist dort in den §§ 13 a und 16 sowie im Anhang 2a die Gesetzesfolgenabschätzung verankert.

In der Schriftenreihe „Moderner Staat - Moderne Verwaltung“ der Bundesregierung erschien außerdem im August die Broschüre „Leitfaden zur Gesetzesfolgenabschätzung“ von Carl Böhrer und Götz Konzendorf unter der Mitarbeit von Jürgen Intveen, herausgegeben vom Bundesministerium des Innern in Zusammenarbeit mit dem Innenministerium Baden-Württemberg (<http://www.staat-modern.de>).

Desweiteren ist ein umfangreiches Handbuch zur GFA in Bearbeitung. Es soll noch vor Ende 2000 veröffentlicht werden.

# Wege zu mehr Beschäftigung

Bernhard Jagoda referierte an DHV zur Arbeitsmarktlage in Deutschland

*Wie kann die Arbeitslosigkeit gesenkt und mehr Menschen zu Arbeit verholfen werden? Möglichkeiten einer sinnvollen Beschäftigungspolitik zeigte der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit (BA), Bernhard Jagoda, am 24. Juli an der DHV Speyer auf. Innovationen und Existenzgründer fördern, eine moderate Lohn- und eine flexible Arbeitszeitpolitik und ein Klima in der Gesellschaft, die dies fördert, seien die probanten Mittel hierfür.*

Dabei sei die Theorie vom hohen Aktienkurs bei gleichzeitigen Entlassungen nach dem Motto „Hausse am Aktienmarkt, Baisse am Arbeitsmarkt“ so nicht zu halten. Untersuchungen hätten im Gegenteil gezeigt, dass Ankündigungen von Entlassungen meistens nicht als Ausrichtung am Shareholder value, sondern als Schwäche des Betriebes betrachtet wurden und die Kurse sanken. „Es wäre also falsch, zu behaupten, das Wachstum habe sich von der Beschäftigung abgekoppelt“, so Jagoda.

Mehr Beschäftigung sei nur durch mehr Wachstum möglich - allerdings nur, wenn die Wachstumsrate über zwei Prozent liege.

Im Falle der Internet-Technologie sprach sich Jagoda für die Einführung der Green-Card aus. Hier sei sie sinnvoll, weil sich die IT-Branche so schnell entwickle, dass in kurzer Zeit eine Ausbildung nicht möglich sei.

In anderen Bereichen sei eine Green-Card hingegen nicht notwendig: „Wir haben keinen Fachkräftemangel, sondern einen erhöhten Bedarf. Es ist nicht statthaft, sich 70 000 arbeitslose Ingenieure zu leisten, weil sie älter als 50 sind, und dann einen Mangel zu beklagen.“ 50-Jährige seien schließ-

lich erfahren und nicht alt. Konrad Adenauer sei mit über 70 Jahren Bundeskanzler geworden, gab er zu bedenken.

Umgekehrt seien radikale Einfachlösungen nach dem Prinzip „Frauen an den Herd und Ausländer raus“ nicht nur dumm, sondern kriminell.

Deutschland sei ein Hochlohnland. „Dann muss man aber auch ein Hochleistungsland sein“, betonte Jagoda. Und mit schnellen Entwicklungen mithalten. Bei Neuentwicklungen sei durchschnittlich nur sieben Jahre Zeit, um sie einzuführen und Gewinn daraus zu erzielen. Dann seien sie wieder veraltet. In der Vergangenheit hätten neue Tech-

ner Einigung gekommen. Der Staat habe 6,1 Milliarden Mark an Subventionen zugesagt. Der Airbus sei ähnlich teuer gewesen und gebaut worden. „Es ist die Frage, was mehr Arbeitsplätze gebracht hätte“.

Ein Indiz für Innovation sei die Zahl der Patentanmeldungen: 1999 habe es durchschnittlich 62 pro 100 000 Einwohner gegeben. In Baden-Württemberg und Bayern waren es 112 und 107. Gleichzeitig sei die Arbeitslosenquote dort erheblich niedriger als im Bundesdurchschnitt.

Aber auch die Zahl der Selb-

Bei der Lohnpolitik seien die Gewerkschaften zu Zurückhaltung aufgerufen. Dabei gehe es nicht um Nullrunden oder Lohnkürzungen.

Die Abschlüsse 2000 gingen in die richtige Richtung: Sie setzten auf längere Laufzeiten und moderate Steigerungen. Die Auswirkungen würden sich allerdings erst in einigen Jahren zeigen, prognostizierte Jagoda mit Blick auf die Niederlande. „Lohnpolitik braucht einen langen Atem“.

Mehr Beschäftigung sei aber auch durch flexiblere Arbeitszeitmodelle zu erreichen. „Überstunden sind in einer prosperierenden Wirtschaft nötig. Aber müssen es 1,8 Milliarden in einem Jahr sein, wenn es gleichzeitig zwei Millionen qualifizierte Arbeitslose gibt, deren nichtangewandtes Wissen zerfällt?“ fragt sich der BA-Präsident. Wenn man nur 100 000 Arbeitslose wieder in den Markt bringen könnte, könnten 3 Milliarden Mark an Sozialausgaben eingespart werden, berechnete er.

Als gutes Beispiel in Sachen Mobilzeit gehe die BA voran: von 25 bis 95 Prozent seien alle Formen der Mobilzeit möglich. Dabei hätten die Mitarbeiter auch die Möglichkeit, nach einer gewissen Zeit auf Wunsch wieder in Vollzeit zurückzukehren. „So haben wir zufriedene und motivierte Mitarbeiter“, sagte Jagoda.

Nach einer Studie könnten in Deutschland durch flexible Modelle 1,9 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze entstehen.

Der Vortrag war Teil des Kolloquiums „Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktpolitik“, das Jagoda zusammen mit Dr. Klaus Schuberth von der Bundesanstalt für Arbeit an der DHV Speyer anbietet.

Patentanmeldungen  
Indiz für Innovation

Erhöhter Bedarf  
an Fachkräften

Mehr Beschäftigung durch mehr Wachstum: Bernhard Jagoda referierte an der DHV. Foto: Klehr

nologien wie das Telefon oder Fernsehen Jahrzehnte gebraucht, um sich flächendeckend durchzusetzen. Beim Internet sei dies in drei Jahren geschehen. „In Zukunft werden nicht die großen Volkswirtschaften die kleinen aufessen, sondern die schnellen die langsamen“, prognostizierte Jagoda. Der nächste Boom sei der Umwelt-, Bio- und Medizintechnik vorhergesagt worden.

Neben Schnelligkeit sei aber auch die Akzeptanz in der Gesellschaft wichtig. Beispiel Transrapid: Hier sei es zu kei-

ständigen sei im europäischen Vergleich zu niedrig. Ende der 90er Jahre habe sie bei 10 Prozent gelegen, in den OECD-Staaten dagegen bei 11,4 Prozent. „Bei diesem Prozentsatz hätten wir 500 000 Selbständige mehr“, so Jagoda. Allerdings sei eine Existenzgründung in Deutschland auch ein „bürokratischer Härtefall“. Bürokratische und finanzielle Hindernisse müssten deshalb abgebaut werden. Insbesondere bei den Akademikern müssten die Hochschulen Anreize schaffen, etwa durch neue Lehrstühle in Unternehmensgründung (Entrepreneurship).



# Modernisierung als Entwicklungsstrategie

## Symposium zu Ehren von Prof. Klages

„Modernisierung als Entwicklungsstrategie“ - mit diesem Thema befassten sich am 5. und 6. Mai namhafte Experten aus dem In- und Ausland bei einem Symposium der Hochschule unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill. Anlass der Veranstaltung war der 70. Geburtstag von Univ.-Prof. Dr. Helmut Klages, der lange Jahre den Lehrstuhl für Soziologie und empirische Sozialforschung an der Hochschule inne hatte.

Einen Einstieg in das Thema gab Prof. Dr. Wolfgang Zapf, Wissenschaftszentrum Berlin, mit seinen Überlegungen zur „Modernisierung - Dimension eines Begriffes“. Neben verschiedenen Definitionen und Theorien der Modernisierungsdiskussion - aufholende Modernisierung, nachholende Modernisierung, Transformation - stand im Zentrum seiner Ausführungen die These, dass Modernisierung als „langfristige Anpassung, nicht als epochaler Bruch“ zu verstehen sei.

Den „Institutionellen Aspekten der Modernisierung“ wandte sich Univ.-Prof. Dr. Dr. Klaus König zu und schlug den Bogen von der öffentlichen Verwaltung in der Moderne mit der Tendenz zur Ökonomisierung über kulturelle Aspekte bis zur Institutionenbildung. Sein Blick auf Möglichkeiten und Grenzen des Institutionentransfers bezog sich nicht nur auf entwicklungspolitische Aspekte, vielmehr bestünden selbst innerhalb Europas tiefgreifende Unterschiede zwischen den Verwaltungskulturen - managerialistische Bürokratie hier, legalistische Bürokratie dort.

Ob der Staat Modernisierungsträger oder Modernisierungshemmnis sei, hänge vor allem davon ab, ob es gelinge, auch weniger modernisierungsbereite Teile der Verwaltung, die im Reformprozess die Rolle einer Entwicklungsagentur einnehme, in den Prozess einzubinden, so Univ.-Prof. Dr. Carl Böhret in seinem Referat. Ziel des Staates als aktiver, aktivierender und aufklärer Modernisierer in der transindustrialen Gesellschaft müsse es sein, notwendige Modernisierung zu unterstützen und gleichzeitig Übersteigerungen abzuwehren. Wenn aber die Verwaltung einer der wichtigsten Mitspieler im Reformprozess ist, müssen sich auch die Verwaltungsmitarbeiter den mit Modernisierungsmaßnahmen verbundenen Anforderungen aktiv stellen - sie müssen „modernisierbar“ sein. Die Frage, ob und inwieweit der Mensch modernisierbar ist, wurde von Klages in seinem Beitrag positiv beantwortet: Wenn einerseits eine starke Identität, die Fähigkeit, aus positiven und negativen Erfahrungen zu lernen, Selbstdisziplin sowie soziale Fähigkeiten wesentliche Anforderungen an den „modernisierbaren Mitarbeiter“ darstellten, gleichzeitig das Bedürfnis der Menschen, „Subjekt des eigenen Handelns“ zu sein, Ergebnis der Wertewandelforschung sei, könne davon ausgegangen werden, dass die Menschen in einem „erstaunlich hohen Maße“ den Anforderungen der Modernisierung

entsprechen. Problematisch sei jedoch, dass dies nicht ausreichend erkannt und genutzt werde: Als das Kernproblem erscheine dann nicht mehr die Modernisierbarkeit des Menschen, sondern die Modernisierbarkeit der Institutionen.

Durch viele Referate zog sich das ambivalente Verhältnis zwischen Stabilität und Flexibilität in Reformprozessen. Auch Univ.-Prof. Dr. Guy Kirsch, Fribourg, fragte, ob der Zwang zur Anpassungsfähigkeit einerseits und der Wunsch nach Stabilität andererseits überhaupt noch Strategien der Modernisierung ermögliche. Nicht nur die Zukunft, auch Vergangenheit und Gegenwart seien Dimensionen der Modernisierung, mit denen es sich auseinanderzusetzen gelte. Der Erfolg von Modernisierungsstrategien beruhe auf der Investition in eigene Flexibilität bei gleichzeitiger Bewahrung einer gewissen Stabilität. Hieran konnte der Bonner Soziologe Prof. Dr. Dr. h.c. Friedrich Fürstenberg in seinem Vortrag „Was heißt Modernisierung von Organisationen?“ unmittelbar anschließen: Der dauerhafte Modernisierungsdruck aufgrund veränderter Umweltbedingungen führe dazu, dass sich Organisationen in einem „permanenten restructuring“ befinden. Als Orientierung in diesem dauerhaften Modernisierungsprozess, der zeitlich als „open-end-Modell“, inhaltlich als „sustainable modernization“ angelegt werden müsse, bot er das Leitbild der „Lernenden Organisation“ an.

Anhand von elf Entwicklungstendenzen verwies Univ.-Prof. Dr. Stefan Hradil, Mainz, auf nachhaltige Umbrüche in der Zukunft. Die „Modernisierung moderner Gesellschaften“, so der Titel seines Beitrages, werde sich in zwei Richtungen bewegen: Gegen die objektive Modernisierung von Institutionen und Organisationen mit hohen Anforderungen an Schnelligkeit und Mobilität zeigten sich zunehmend mehr Beharrungstendenzen der subjektiven Modernisierung des Einzelnen, die sich in einem „Zurück in traditionelle institutionelle und kulturelle Formen“ widerspiegeln.

Einen Ausblick auf „Zukunftsperspektiven der Modernisierung“ gab Hill und entwickelte einen anthropozentrischen, auf Eigeninitiative und Eigenverantwortung gründenden Modernisierungsansatz, der es ermögliche, sich auf ständig wechselnde Situationen und Geschwindigkeiten einzustellen, komplexe Informationswelten zu bewältigen und mit Paradoxien wie die Suche nach Kontinuität bei gleichzeitiger Flexibilität umzugehen. Die Zukunft der Modernisierung, so Hill, liege darin, stärker bei der inneren Seite anzusetzen, bei „der gemeinsamen Imagination, die durch Erzählungen und daran angeknüpfte Assoziationen entsteht“.

Die Beiträge des Symposiums werden in einer Festschrift unter dem Titel „Modernisierung - Prozess oder Entwicklungsstrategie?“ im Frühjahr 2001 erscheinen.

Monika John-Koch

Langfristige  
Anpassung

Auf wechselnde  
Situationen einstellen

### Vortrag zu „Public- Private- Partnership“

Im Mittelpunkt der Sitzung des Beirats Verwaltungsverfahrensrecht beim Bundesministerium des Innern, Berlin, am 18. Mai stand das Thema „Fortentwicklung der Vorschriften über den öffentlich-rechtlichen Vertrag, insbesondere die rechtlichen Regelungen von „Public-Private-Partnership“.

Während Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill über eine „Verfahrensordnung für öffentlich-private Kooperationen“ sprach, trug Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow „Überlegungen zur Weiterentwicklung des Rechts des öffentlich-rechtlichen Vertrages zu einem Kooperationsrecht“ vor.

Er kam zu dem Schluss, dass die zunehmenden Formen von Verantwortungsteilung zwischen Staat und Privaten aus rechtlicher Perspektive einen verstärkten Rückgriff auf vertragliche Handlungsformen notwendig machen werden.

Die derzeitigen Regelungen über den öffentlich-rechtlichen Vertrag müssten mit Blick auf diese Anforderungen überprüft werden. Klare und praxisadäquate Regelungen könnten gleichsam dazu einladen, Verträge zu schließen.

Prof. Dr. Jan Ziekow

# An der DHV ist Generalsanierung angesagt

Seit Beginn des Jahres wird renoviert und umgebaut

*Die Räume sind leer. Wo früher Heizkörper befestigt waren, klafft jetzt die leere Wand, von der an einigen Stellen der Putz bröckelt. Die Holzpaneeldecken im Flur sind offen, die Fußböden herausgerissen. So präsentiert sich zur Zeit das Lehrgebäude der Hochschule: Generalsanierung ist angesagt. Die Gebäude sind in die Jahre gekommen. Der Bau in der Freiherr-vom-Stein-Straße 2, der 1960 als architektonisches Vorzeigobjekt des renommierten Architekten Sep Ruf erbaut wurde, taugt heute kaum noch als Blickfang.*

Nicht ungewöhnlich, meint Claus Ableiter, geschäftsleitender Beamter der Hochschule. Schließlich hätten doch die meisten Gebäude nach etwa 40 Jahren eine gründliche Sanierung nötig.

Die Zeit hatte auch an der Hochschule ihre Spuren hinterlassen: Das Linoleum auf dem Fußboden war abgetreten, die Elektroinstallationen entsprachen nicht mehr den Schutzvorschriften, die Toiletten bedurften dringend einer neuen Ausstattung, die Fenster waren undicht, ganz zu schweigen von den Decken. Nach einem heftigen Gewitter galt es zunächst am folgenden Tag, die Pfützen im Gebäude aufzuwischen. Und auch der Wärmeschutz entsprach nicht mehr den modernen Gegebenheiten. „Das Gebäude hat keine Wärmebrücken, es ist eine Wärmebrücke“, sagt Ableiter.

Schon 1995 hatte die Hochschule daher einen Antrag auf

Sanierung des Lehrgebäudes und des danebenliegenden Wohnheims mit 150 Betten beim Finanzministerium des Landes gestellt. Angesichts der angespannten Haushaltslage

ten: 9,4 Millionen Mark. Gezeichnete Sanierungszeit: 7 Monate. Im Februar sollte mit den Arbeiten begonnen werden. Diese verzögerten sich allerdings um einen Monat, als der

Optimale Sicherheit: Da beim Anbohren der Paneelen Staub und Fasern frei werden, tragen die Arbeiter Schutzanzüge und Masken. Foto: Klehr

des Staates kein einfaches Unterfangen, die Genehmigung hierfür zu bekommen: Zunächst musste das Staatsbauamt ein Gutachten erstellen und die Kosten erheben.

Undichte Fenster  
und Decken

Aber schließlich stimmte das Finanzministerium im September vergangenen Jahres zu. Das Staatsbauamt unter der sachkundigen Projektleitung von Otto Metz bereitete die Generalsanierung vor und beauftragte keinen geringeren als den Architekten Günther Franz, gleichzeitig auch Präsident der Architektenkammer Rheinland-Pfalz, mit dem Großprojekt. Veranschlagte Sanierungskosten:

zuständige Bauingenieur feststellte, dass in dem Gebäude - wie in fast allen Bauten der 50er und 60er Jahre - auch inzwischen verbotene Stoffe verwendet worden waren.

Sofort wurde ein Institut beauftragt, um aus verschiedenen Büros Proben aus Möbeln, Böden, Isoliermaterial, Fugenmassen, Dichtungen, Lüftungskanälen, Fenstern und Türen, den Holzpaneeldecken, Stahlträgern und dem Fensterkitt zu untersuchen. Gleichzeitig wurden Raumluftmessungen veranlasst, denn selbst wenn schädliche Stoffe gefunden werden, gelten sie im Allgemeinen so lange als unschädlich, wie sie

Umzug ins Gästehaus und Wohnheim

in den verarbeiteten Materialien fest gebunden sind. Dies lässt sich durch Messungen in der Raumluft feststellen.

Bei den entnommenen Proben in den Materialien wurde schwach gebundenes Asbest in den Heizkörperverkleidungen, ebenso in verschiedenen Dichtungen und den Lüftungskanälen gefunden. Die Holzdecken enthielten Pentachlorphenol, ebenso die Fensterrahmen. Bei den Vordächern im Außenbereich war das Insektenschutzmittel DDT verwendet worden. In zwei Hörsälen wurde zudem in Dämmstoffen Formaldehyd gefunden sowie in den Dämmstoffen in den Holzdecken innen Kunstmineralfasern (KMF).

Die Messungen der Raumluft erbrachten dann allerdings Entwarnung: Außer 210 Asbestfasern pro Kubikmeter Raumluft (der Grenzwert liegt bei 1 000 Fasern) wurden keine Anteile der weiteren giftigen Stoffe in der Luft gemessen. Das Gutachten kommt daher zum Schluss: „Eine gesundheitliche Gefährdung durch die Nutzer kann ausgeschlossen werden.“

Ein sofortiger Auszug wurde also nicht notwendig. Die rund 40 Mitarbeiter der Verwaltung und Bibliothek - lediglich der Lesesaal der Bibliothek sollte den Hörern während des laufenden Semesters noch zur Verfügung stehen - zogen also im April ins Wohnheim und das neue Gästehaus um - nachdem im Wohnheim zunächst Leitungen für die Computeranschlüsse installiert und die asbesthaltigen Heizungsabdeckungen in den Fluren und Büros entfernt worden waren.

(Fortsetzung nächste Seite)

Schreibtische, Stühle, Regale, PCs und Drucker, Berge von Aktenordnern und Büchern galt es zu transportieren und Akten-Archive auszuräumen. Mit Hilfe einer Umzugsfirma wurde der Kraftakt in vier Tagen bewäl-

tigt. Das Lehrgebäude wurde abgeschlossen und eine Spezial-Firma, die Firma Kluge Umweltschutz aus Duisburg, damit beauftragt, die Materialien mit belastenden Stoffen zu entfernen.

Um der Gefahr entgegenzuwirken, dass das PCP ausgast und KMF-Fasern austreten, wenn die Glaswolle in den Decken angebohrt wird, wurde anschließend in luftdicht abgeschlossenen Räumen gearbeitet. „In allen Be-

# Bald in ganz neuem Licht

## Kraftakt Umzug gut bewältigt

Quadratmeter Heizkörperverkleidungen, 280 Meter Fensterbänke und 110 Meter Lüftungskanäle sowie 2 800 Quadratmeter Holzpaneeldecken entsorgt.

Dadurch kam es auch zu Verzögerungen im Baubetrieb. „Jetzt wollen wir prüfen, ob die Sanierung durch Abend- und Wochenendarbeit beschleunigt werden kann, so dass der Semesterbetrieb möglichst wenig beeinträchtigt wird“, erläutert Ableiter.

Derzeit hat die DHV viele ihrer Veranstaltungen ins Ägidienhaus, das Nikolaus-von-Weis-Gymnasium, das Speyer-Kolleg, St. Hedwig, das Rathaus und die Stadthalle ausgelagert. Den entsprechenden Einrichtungen ist die Hochschule, insbesondere für den reibungslosen Ablauf und die Bereitstellung der Räume, besonders dankbar.

Außerdem werden wohl rund 1,1 Millionen Mark an Zusatzkosten entstehen. Die Sanierung des Lehrgebäudes wird statt der geplanten vier nun also fünf Millionen Mark kosten. Statt des Wohnheims wird deshalb vermutlich zunächst mit den im jetzigen Haushalt noch vorgesehenen vier Millionen die Mensa, genannt „Taberna academica“, renoviert, die ursprünglich für 250 Hörer konzipiert war und nun, da die Hochschule über 500 Hörer pro Semester hat, zu klein geworden ist.

Im kommenden Jahr können die Mitarbeiter dann in das frisch renovierte Lehrgebäude zurückkehren. Die Hochschule präsentiert sich dann im Innern mit neuem Anstrich, neuen Daten- und Audioleitungen und einer umweltgerechten Ausstattung.

Die Baustoffe schweben per Bagger ein.

Foto: Klehr

reichen wo wir arbeiten, ist alles luftdicht abgeschottet. Durch sogenannte Unterdruckhaltegeräte findet ein 8- bis 10-facher Luftwechsel statt und die Giftstoffe werden aus der Luft gefiltert. Solange die Decke geschlossen ist, kann sowieso nichts passieren, weil die Giftstoffe gebunden sind“, erklärt Bauleiter Franz Cox.

Anschließend überprüfte das zuständige Institut noch einmal die Raumluft, bevor dann mit den eigentlichen Sanierungsarbeiten begonnen werden konnte.

Bis Mitte Juni wurden so 345 Quadratmeter Wandverkleidungen, 100

Taberna wurde zu klein

## Vorträge

Über „Die Zeit in der Politikwissenschaft“ referierte **Univ.-Prof. Dr. Carl Böhret** anlässlich des Internationalen Symposiums „Die Zeitlichkeit der Politik“ am 6. Mai an der Universität Hamburg.

\*\*\*

Zum Thema „Nach der Jahrhundertwende: Unser Weg in die transindustrielle Gesellschaft“ sprach er am 22. Mai in der Vortragsreihe „Blickpunkt Zukunft“ in Ludwigshafen (Hochschule für Wirtschaft und Dresdner Bank).

\*\*\*

In der SWR 2-Sendereihe „Aula“ sprach Böhret am 13. August zum Thema „Vom Hofnarren zur Denkfabrik. Wissenschaftliche Politikberatung“.

\*\*\*

Als Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Europäischen Akademie zur Erforschung von Folgen wissenschaftlich-technischer Entwicklungen moderierte Böhret am 30./31. August die erste Evaluierung dieser gemeinsamen Einrichtung von Bund und Rheinland-Pfalz.

\*\*\*

Einen Vortrag zum Thema „Chancen der Kommunen via Internet“ hielt **Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reinermann** am 9. Mai anlässlich des Kommunal-Forums Baden des Badischen Sparkassen- und Giroverbandes in Baden-Baden.

\*\*\*

Anlässlich der DBB-Veranstaltung „Neue Technologien für eine neue Verwaltung - Perspektiven für Beschäftigte und Bürger“, die am 8. und 9. Juni in Leipzig stattfand, nahm Reinermann am 9. Juni zusammen mit der Fernsehjournalistin und MDR-Moderatorin Carla Kniestedt, Prof. Dr. Peter Wedde, Fachhochschule Frankfurt am Main, Werner Dostal, Bundesanstalt für Arbeit, und Dr. Hartmut Kämpfer, BMW Group, Leiter Personalwesen, München, an der Podiumsdiskussion „Arbeitsformen der Zukunft - Veränderungen der Arbeitsbedingungen unter anderem für Personal- und Betriebsräte am Beispiel der Telearbeit“ teil.

\*\*\*

Im Rahmen des Jahresfortbildungsprogramms des Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz „Grundlagen der Führung - Modul 3: Wissens- und Informationsmanagement“, das vom 5. bis 7. September in Speyer stattfand, referierte Reinermann über „Verwaltungsreform und Informationstechnik“.

# Mit neuem Konzept ins Netz

## AG-Internet: Neues Angebot der DHV geplant

*1996 war die Hochschule die erste Speyerer Institution, die ein aktuelles Internet-Angebot vorzuweisen hatte. Informationen über die Studiengänge, die einzelnen Lehrstühle, über das Ehemaligen-Verzeichnis und vieles mehr konnten so in Sekundenschnelle auch aus dem Ausland über das Netz abgerufen werden. Damals folgte die Gestaltung des Internet-Angebots allerdings kaum festen Regeln, eingestellt wurden Texte, die schon in Papierform vorhanden waren, und das Angebot kam zumeist mit zwei bis drei „Ebenen“ aus. Nun soll die Internet-Präsentation der DHV Speyer kundenfreundlicher und gemäß den modernen technischen Gegebenheiten gestaltet werden. Im Juli wurde daher dem Rektor ein Gesamtkonzept hierfür übergeben und von ihm an die Lehrstuhlinhaber und an Verwaltung, Bibliothek und Rechenzentrum, kurz: an die ganze Hochschule weitergeleitet.*

Erarbeitet wurde das Konzept auf der Basis der Ergebnisse zweier von Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reiner mann im Wintersemester 1998/99 und im Sommersemester 1999 geleiteten projektbezogenen Arbeitsgemeinschaften sowie der Anregungen von Dr. Kai Masser zur Weiterentwicklung der Homepage der Hochschule sowie von der Arbeitsgruppe Internet, die sich im Oktober 1999 konstituierte und seitdem in wechselnder Besetzung zu mehreren Sitzungen zusammentrat.

Die Arbeitsgruppe befasste sich ihrem Auftrag gemäß damit, den Internet-Auftritt der Hochschule zu modernisieren. Denn die Hochschule Speyer verfügt als Kompetenzzentrum der Verwaltungswissenschaften in und für Deutschland zwar über hervorragende Angebote in Lehre, Forschung, Fortbildung und Beratung. Diese sind in der Praxis wie auch bei potenziellen Nutzern und in der breiten Öffentlichkeit jedoch teilweise noch zu wenig bekannt. Im Rahmen einer allgemeinen Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit der DHV Speyer müssen die Hochschule selbst wie auch ihre Aktivitäten künftig zunehmend im Internet dokumentiert und über dieses Medium bekannt gemacht werden.

Einhellige Meinung in der Arbeitsgruppe war daher, dass das bereits vorhandene Internet-Angebot der Hochschule besser als bisher strukturiert und für potenzielle Interessenten attraktiver, kundenfreundlicher und transparenter gestaltet werden müsse.

Es muss auch umfassend angelegt sein und sowohl sämtliche Aufgabenbereiche der Hochschule als auch die relevanten (Organisations-)Einheiten der Hochschule und deren Angebote abdecken. Zu diesem Zweck hat die Arbeitsgruppe im Einvernehmen mit allen Mitarbeitern der Verwaltung ein Grundangebot für die künftige Internet-Präsentation entwickelt, das später je nach Bedarf in vielfältiger Weise ausgebaut werden kann und soll. Die Arbeitsgruppe hat insoweit lediglich eine Koordinationsfunktion wahrgenommen und die Inhalte des Angebots und deren Struktur festgelegt. Nun wird es Aufgabe der einzelnen Verantwortlichen sein, konkrete Angebote, d.h. Texte zu entwickeln, die ins Internet eingestellt werden sollen.

Im Rahmen der Überarbeitung der Internet-Präsenz waren vier Hauptanforderungen zu bewältigen: Zunächst war ein einheitliches Corporate Design zu entwickeln, das sowohl für den Internet-Auftritt als auch in den Printmedien zur Anwendung kommen sollte. Danach waren die inhaltliche Struktur und eng damit verknüpft die Organisationsebene zu klären und schließlich technische Fragen zu lösen.

Die letzten Details bezüglich des Logos wurden mit der Agentur abgestimmt, so dass das neue Logo zum Wintersemester 2000/01 eingeführt werden konnte. Auch der Internet-Auftritt der Hochschule soll in Anlehnung an die künftige Präsenz in den Printmedien gestaltet werden. Die Agentur hat hierfür wieder Vorschläge erarbeitet.

Die Arbeitsgruppe Internet hat dem Rektor einen Entwurf für die künftige Internetpräsentation der Hochschule vorgelegt, der unter Beteiligung und im Einvernehmen mit allen Mitarbeitern der Hochschulverwaltung entstanden ist. Dabei wurde vor allem darauf geachtet, dass die Service-Funktionen für die Kunden der Hochschule gewährleistet sind. Darüber hinaus sollte jedoch auch jeder Lehrstuhl der Hochschule mit einem eigenen Angebot im Internet vertreten sein. Schließlich tragen die an der Hochschule tätigen Wissenschaftler wesentlich zum guten Ruf der Hochschule bei.

Unter Hauptüberschriften wie „Studienprogramm“, „Fortbildung“, „Aktuelles“ oder „Über uns“ finden sich die wichtigsten Informationen rund um die Hochschule. Zusätzlich zu der inhaltsorientierten Führung ist eine zielgruppenorientierte Führung durch das Internet-Angebot vorgesehen, damit alle Nutzer direkt zu den sie besonders

interessierenden Inhalten geführt werden. Schließlich soll ein Intranet den Mitarbeitern zum internen Informationsaustausch dienen.

Für die Organisation und Koordination des neuen Internet-Auftritts wird die Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Hochschule, Dipl.-Politologin Beate Klehr, zuständig sein. Die einzelnen Inhaltsseiten sollen jedoch dezentral gepflegt und eingestellt werden. Zur Unterstützung der Pressereferentin bei der Koordination des Internet-Auftritts soll eine „Ständige Redaktionskonferenz“ eingesetzt werden, die regelmäßig alle zwei oder drei Monate

zusammenkommt. Sie soll sich im Anschluss an die in der Arbeitsgruppe geleistete Arbeit mit der kurz-, mittel- und langfristigen Entwicklung des Internet-Angebots

befassen und insoweit Schwerpunkte setzen. Dabei soll sie Fehlentwicklungen und „Pannen“ auf den Grund gehen und darüber wachen, dass die einzelnen Angebote aktuell sind. Schließlich soll auch eine Redaktionskonferenz der Lehrstühle zu einer besseren internen Abstimmung und zur Vernetzung der Hochschul-Angebote beitragen.

Alle Mitarbeiter wurden aufgefordert, so bald wie möglich Konzepte für die Umsetzung der von ihnen betreuten Inhalte ins Internet zu entwickeln und entsprechende Texte bereitzustellen. Ziel ist es, den neuen Internet-Auftritt der Hochschule möglichst schnell zu realisieren.

Akad. Direktor Wilfried Frankenbach vom Rechenzentrum hatte bereits mit den für die Inhalte zuständigen Mitarbeitern ein Initiativ-Treffen abgehalten, um ihnen Grundkenntnisse im Hinblick auf die günstigste Gestaltung der Struktur und der Inhalte zu vermitteln. Dabei wurde die Notwendigkeit der Konkurrenzforschung und Kundenorientierung einerseits und der Abstimmung mit den anderen Mitarbeitern der Hochschule andererseits hervorgehoben.

Auch wurde deutlich, dass durch die Einstellung von Informationen ins Internet beispielsweise die Beantwortung von Routinefragen vom Telefon auf das Internet verlagert werden und dadurch eine Entlastung der Mitarbeiter erzielt werden kann. Diese Möglichkeit soll daher weitestgehend genutzt werden. Darüber hinaus ist an die Einstellung von Anmelde-Formularen u.ä. ins Internet zu denken - mit der Option, die entsprechenden Daten in Zukunft mit den Datenbanken der Hochschule zu verknüpfen.

Corporate Design  
für Print und Netz

Aktivitäten im Netz  
dokumentieren

## Arbeitsgruppe „Neue Medien in Aus- und Fortbildung“

*Nach Einschätzung des Expertenkreises „Hochschulentwicklung durch neue Medien“ der Bertelsmann-Stiftung in der Studie „Studium online - Hochschulentwicklung durch neue Medien“ werden die deutschen Hochschulen spätestens im Jahre 2005 im direkten Wettbewerb mit neuen Typen von Bildungsanbietern (internationale Bildungskonsortien, Corporate Universities, Universitätsnetzwerke und Virtuelle Universitäten) stehen. Mehr als die Hälfte aller Studierenden wird dann virtuelle Studienangebote nutzen und auch die klassische Universität wird sich zu einer „Alma Mater Multimedialis“ entwickeln müssen.*

Aufgrund von tiefgreifenden Veränderungen im Bildungssystem wird der Aspekt des lebenslangen Lernens immer wichtiger. Dadurch werden auch neue Lernkulturen bedingt, die u.a. durch selbstgesteuertes und mediengestütztes Lernen, eine Vielfalt der Lernorte (z.B. Schule, Arbeitsplatz, Hochschule), Qualität, Kundenorientierung, Zertifizierung und Evaluation gekennzeichnet sind. Die Tendenz geht hin zu modularen Lernstrukturen, die eine Grundbildung und differenzierte Zusatzausbildungen sowie aktuelle Spezialausbildungen umfassen. Damit verbunden sind eine Veränderung der Arbeits- und Bildungsorganisation und ein Alternieren von Lern-, Arbeits- und Freizeitphasen. Auch die Vernetzung des Lernens und Kooperationen zwischen verschiedenen - öffentlichen und privaten - Bildungsanbietern sowie Gesellschaft und Wirtschaft gewinnen an Bedeutung.

Den damit verbundenen Fragen widmet sich seit Ende Mai die Arbeitsgruppe „Neue Medien in der Aus- und Fortbildung“, an der der Rektor und der Geschäftsführende Direktor des Forschungsinstituts, die Univ.-Professoren Dres. von Arnim, R. Fisch, Jansen und Reiner mann sowie Regierungsrätin Brieger und Akademischer Direktor Frankenbach teilnehmen. Der Einsatz neuer Medien in der Aus- und Fortbildung kann den genannten Entwicklungen oftmals besser gerecht werden als konventionelle Lehrmethoden. Dabei sind folgende Aspekte besonders zu beachten:

Die Einführung neuer Medien muss zur Erhaltung der nationalen und internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Hochschulen sehr schnell vorangetrieben werden. Wichtig erscheint dabei die Einigung auf ein hochschulweites Konzept, das systematisch umgesetzt werden muss. Durch den Einsatz neuer Medien können neue Zielgruppen erschlossen werden, denen die Teilnahme an einem Präsenzstudium nicht möglich ist oder die inhomogen, z.B. auch interdisziplinär, zusammengesetzt sind. Die Vorteile liegen in der Zeit- und Ortsunabhängigkeit und der individuellen Selbststeuerung der Wissensvermittlung (z.B. hinsichtlich des Lerntempos) und Wissensauswahl sowie in der Kunden- und Bedarfsorientierung und der Flexibilität der Angebote. Durch flexiblere Einbindung von auswärtigem Sachverstand ist zudem mehr Internationalität, aber auch mehr Interdisziplinarität möglich. Man verspricht sich insbesondere in den naturwissenschaftlichen Fächern auch neue Lernanreize, eine Förderung des problemorientierten Vorgehens und der Medienkompetenz sowie einen besseren Wissenszugang und ein erhöhtes Verständnis durch computeranimierte Lern-

inhalte. Zudem kann das erworbene Wissen individuell (und doch anonym) abgeprüft werden.

Es erscheint jedoch wenig sinnvoll, virtuelle Medien zur Ersetzung bisheriger Lehr- und Lernformen einzusetzen. Vielmehr wird allgemein eine Integration von Präsenzphasen möglichst zu Beginn („Kick-off“-Veranstaltungen) und Phasen des Selbststudiums mit Hilfe von virtuellem Lernmaterial sowie ggf. einem Fernstudium befürwortet. Die Nutzung neuer Medien soll der Qualitätsverbesserung von Studium und Lehre und der Anpassung an aktuelle Erfordernisse der Gesellschaft dienen. Dabei muss daher der Qualitätssicherung oberste Priorität zukommen. Der Einsatz neuer Medien muss in ein flexibles und gut funktionierendes Betreuungs- und Unterstützungsnetzwerk eingebunden werden, das z.B. aus „Studienzentren“ an verschiedenen Standorten sowie Tutoren und Mentoren bestehen kann. Es müssen standardisierte Lernumgebungen geschaffen werden, in denen sich die Beteiligten mit definierten Rechten bewegen können. Der Einsatz der neuen Medien kann mit einer stärkeren Modularisierung der Studienangebote und einer Überführung in das Credit Point System sowie einer schrittweisen Lösung vom starren Semestertakt ein-

„Studienzentren“,  
Mentoren und Tutoren

hergehen. Es müssen spezifische Anwendungen entwickelt werden, in denen die besonderen Stärken der virtuellen Medien zum Tragen kommen. Die Entwicklung und Pflege multimedialer Lehrmaterialien und -inhalte und die erforderliche zusätzliche Betreuung der Studierenden erfordern allerdings einen immensen Personalaufwand, und zudem sind noch einige wichtige Probleme zu lösen, z.B. die Anerkennung von virtuell erbrachten Studienleistungen.

Fest steht: Wie alle anderen Hochschulen steht auch die DHV Speyer zur Zeit vor der Herausforderung, sich in der Bildungslandschaft der Zukunft ihren Platz zu sichern. Sie muss daher den Einsatz neuer Medien in der Aus- und Weiterbildung weiter forcieren, und zwar möglichst im Rahmen eines hochschulweiten Konzepts und nicht lediglich hinsichtlich einzelner Lehrveranstaltungen. Die neuen Medien bieten auch gerade angesichts der internationalen und interdisziplinären Ausrichtung der Hochschule zahlreiche neue und zugleich kostensenkende Möglichkeiten. Beispielsweise könnten vermehrt internetunterstützte Konferenzen abgehalten bzw. in- und ausländische Referenten zeitweise zugeschaltet werden. Denkbar wäre auch ein intensiverer vor- oder nachbereitender bzw. begleitender

Neue Zielgruppen  
erschließen

Kontakt zu den im Beruf stehenden Fortbildungsteilnehmern, die aus dem ganzen Bundesgebiet kommen. Der Einsatz neuer Medien fördert auch den Aspekt des lebenslangen Lernens an der Hochschule. Module aus der Ausbildung könnten beispielsweise auch Fortbildungsteilnehmern zur Vorbereitung zur Verfügung gestellt werden und umgekehrt. Schließlich gewinnen die neuen Medien angesichts einer möglichen Reform der Juristenausbildung an Bedeutung, da die Hochschule ihre Angebote z.B. in der Phase der Einarbeitung am Arbeitsplatz so ggf. in einer Kombination von Präsenzphasen und einem arbeitsplatzbegleitenden multimedialen Studium anbieten könnte.

## Vorträge

Bei dem gesundheitspolitischen Workshop der Deutschen Krankenversicherung AG am 6./7. April in Königswinter wirkte **Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas** mit einem Vortrag zum Thema „Thesen zur Sicherung der Versorgung und Gestaltung von Vertragsbeziehungen in einem wettbewerblich orientierten Modell des Gesundheitswesens“ mit.

\*\*\*

Am 11. April hielt Pitschas einen Vortrag auf der Jahrestagung 2000 des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Berlin mit den Leitern von Betreuungsbehörden/-stellen zum Thema „Professionalisierungsprozesse und rechtliche Berufsordnung“.

\*\*\*

Auf der Veranstaltung des Deutschen Forums für Kriminalprävention am 11. April sprach Pitschas zum Thema „Deutsches Forum für Kriminalprävention: Mitwirkung der Wissenschaft“.

\*\*\*

Über „Sicherheitspartnerschaften und Datenschutz“ referierte Pitschas im Professorengespräch der Universität Hamburg, Forschungsstelle Sicherheitsgewerbe, am 13. April.

\*\*\*

Am 18. Mai sprach er in Berlin auf der Tagung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend über „Soziale Grundrechte als europäisches Anliegen - Vorschläge für eine europäische Grundrechtscharta“.

\*\*\*

Darüber hinaus übernahm er die Moderation des Forums „Sicherheits-/Ordnungspartnerschaften“ in der Polizei-Führungsakademie vom 19. bis 21. Juni und hielt einen Vortrag über „Polizeirecht als Kooperationsrecht. Von der Gefahrenabwehr zur kriminalpräventiven Gefahrvorsorge“.

\*\*\*

Über „das Studienangebot der öffentlichen Verwaltung“ sprach Pitschas beim Workshop „Osteuropa-Akademie“ der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung am 24./25. Juni in Kronberg/Taunus.

## Road-Show in NRW - Info-Tag für Referendare

Am 8. und 9. Juni fand erstmals das statt, was der Rektor der Hochschule, Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill, gern als „Road-Show der DHV Speyer“ bezeichnet. Dem Land Nordrhein-Westfalen steht für die Entsendung von Rechtsreferendaren an die Hochschule eine Landesquote von 103 Plätzen zu. Trotz großen Engagements der zuständigen Mitarbeiter wurde in den letzten Jahren dieses Potential nicht immer voll ausgeschöpft. Nur im Sommersemester 1999 (über-)erfüllte das Land sein Kontingent mit 112 Rechtsreferendaren. Die nordrhein-westfälischen Landesübungsleiter Peter Münch und Norbert Wesseler hatten daher seit längerem angeregt, dem Land, genauer gesagt: den Referendarinnen und Referendaren im Land, einmal einen Besuch abzustatten und auf die Angebote der Hochschule aufmerksam zu machen. Rektor Hill griff diese Idee auf und setzte sie direkt in die Tat um.

Gemeinsam mit der Leiterin der Abteilung I der Verwaltung, Regierungsrätin Sabine Brieger, dem nordrhein-westfälischen Mitglied des Verwaltungsrats der Hochschule, Ministerialrat Godehard Elsner, Innenministerium NRW, und dem nordrhein-westfälischen Absolventen des Ergänzungs- und Aufbaustudiums, Assessor iur. Stephan Wrona, besuchte er am 8. und 9. Juni erstmals die drei Oberlandesgerichtsbezirke Köln, Düsseldorf und Hamm, um über die Hochschule zu informieren und für sie zu werben.

Das Land hatte zuvor flächendeckend für die Veranstaltungen geworben, und auch vor Ort war alles bestens organisiert. Die Referendarinnen und Referendare wurden intensiv über die DHV Speyer und ihre Besonderheiten, vor allem aber natürlich über das Speyer-Semester für Rechtsreferendare, informiert - und das aus vier verschiedenen Perspektiven. Die mitgebrachten Folien und Dias taten ein Übriges, um ein anschauliches Bild vom Studienalltag und den Studienhighlights an der Hochschule zu zeichnen. „Ich wusste gar nicht, dass an der Verwaltungshochschule so viel geboten wird.“ Diesen Satz konnte man von vielen Referendaren hören. So fanden auch die Informationsmaterialien, darunter auch die Exemplare des *SpeyerBrief*, reißenden Absatz.

Es war deutlich zu spüren, dass bei vielen Zuhörern ein Interesse am Speyer-Semester geweckt worden war. Zu hoffen bleibt, dass sie sich als Multiplikatoren in ihren Arbeitsgemeinschaften erweisen und der Hochschule noch mehr Interessenten besche-

ren. Aber auch schon, um den persönlichen Kontakt zu den Ausbildungsleitern vor Ort und ihren Mitarbeitern sowie den zuständigen Mitarbeitern im Justizministerium, die an den Veranstaltungen teilnahmen, herzustellen und zu pflegen, war die Reise lohnenswert. Erst im persönlichen Gespräch wurde deutlich, wo vor Ort der Schuh drückt und wie die Zusammenarbeit zwischen den Entsendebehörden des Landes und der Hochschule noch verbessert werden kann.

Beispielsweise müssen die allgemeinen Informationsmaterialien der Hochschule noch stärker auf die spezifische Ausbildungssituation im Lande Nordrhein-Westfalen abgestimmt werden, so dass den Referendaren klarer wird, ob bzw. wann und unter welchen Voraussetzungen sie ein Speyer-Semester im Rahmen ihres Referendariats absolvieren können. Daher wird die Hochschule insbesondere das Faltblatt „Das Speyer-Semester für Rechtsreferendare“ entsprechend überarbeiten und weiter verbessern sowie darüber hinaus ein Plakat entwickeln, das an den Schwarzen Brettern der Oberlandes- und Landgerichte ausgehängt werden und die Referendare noch stärker auf das Speyer-Semester aufmerksam machen soll.

Schließlich könnte ein am Oberlandesgericht Hamm entwickeltes Merkblatt auch

von den anderen Entsendebehörden übernommen werden. Es zeigt für jeden Einstellungsmonat auf, wie das Speyer-Semester sich am Besten in das Referendariat integrieren lässt, beispielsweise auch, wie die 4-monatige Wahlstation zum Teil problemlos mit dem 3-monatigen Speyer-Semester in Einklang gebracht werden kann.

Damit die zu Beginn der Ausbildung an die Referendare verteilten Informationen über die Hochschulen noch besser wahrgenommen werden, sollen die Referendare bereits möglichst früh auch persönlich auf die Möglichkeit der Ausbildung an der Hochschule aufmerksam gemacht werden. Dies soll künftig nicht nur im Rahmen des Einführungslehrganges, sondern auch durch die Arbeitsgemeinschaftsleiter im Zivil- und Strafrecht geschehen. Insoweit spielen die Ausbildungsleiter an den Landgerichten ebenfalls eine Schlüsselrolle.

Die Hochschule hofft, dass sie so mit einer verbesserten Informationspolitik dazu beitragen kann, die Referendar-Zahlen des Landes Nordrhein-Westfalen weiter auszubauen.

Sabine Brieger

Merkblatt sorgt für Transparenz

# 527 Hörer war'n es im Sommer

527 Hörer haben im Sommersemester 2000 an der DHV studiert. Die größte Gruppe war wie gewöhnlich die der Rechtsreferendare mit 412. Außerdem studierten 19 weitere Rechtsreferendare und Assessoren, 13 Wirtschafts-, Regierungs- und Verwaltungsreferendare, elf sonstige Hörer sowie 35 Doktoranden an der Hochschule.

Am 25. Jahrgang des verwaltungswissenschaftlichen Aufbaustudiums nehmen 37 Hörerinnen und Hörer teil. Sechs Teilnehmer kommen aus dem Ausland.

Bei den deutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmern dominieren die Juristen (25) vor den Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlern (5). Ein Landschaftsplaner (Dipl.-Ing.) sieht im verwaltungswissenschaftlichen Aufbaustudium eine erstrebenswerte Ergänzung seines bisherigen Studienganges.

Das verwaltungswissenschaftliche Ausländer-(Aufbau-)Studium verlief im Sommersemester 2000 im Vergleich zu den beiden vorangegangenen Semestern relativ ruhig. Das war vor allem darauf zurückzuführen, dass der neunte Jahrgang des oben genannten Verwaltungswissenschaftlichen Studienprogramms im April das Studium abgeschlossen hatte, während die Teilnehmer des neuen, im März

angelaufenen Programms, sich noch bis Ende September zur Sprachausbildung in Mannheim aufhielten. Die neuen Teilnehmer wurden am 2. März in Mannheim

durch den Prorektor der Universität Mannheim, Univ.-Prof. Dr. Meinhard Winkgens, begrüßt. Am Einführungsseminar nahmen auch Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas und die Referentin für das Ausländer-(Aufbau-)Studium, Dipl.-Verw. Wiss., Lic.oec.int. Kathrin Schwalb, teil, die über das Studienprogramm und die

Hochschule Speyer referierten.

Am 15. August fand in Speyer ein weiteres Treffen mit der neuen DSE-Gruppe statt: Nachdem Pitschas die neuen Teilnehmer begrüßt und in das Studium eingeführt hatte, informierte Schwalb über die Anforderungen im Vorsemester und

Gabi Gerhardt, M.A., vom Sekretariat für das Ausländer-(Aufbau-)Studium über die Wohnsituation.

Abschließend fand ein Rundgang über das Hochschulgelände statt.

Die sechs am Aufbaustudium teilnehmenden ausländischen Hörer kommen aus Polen, Frankreich, Senegal, Chile, Bolivien und Mexiko.

Sie finanzieren ihren Aufenthalt überwiegend über den DAAD oder sonstige Stiftungen. Weiterhin waren im Sommersemester eine ausländische Ergänzungshörerin aus Burkina Faso zur Vorbereitung auf das Aufbaustudium eingeschrieben sowie drei ausländische Hörer aus Russland, Pakistan und Indonesien zur Vorbereitung auf die Promotion.

Zudem waren im Sommersemester 13 ausländische Doktoranden eingeschrieben, von denen sieben von Prof. Pitschas betreut werden. Hinzu kommen mehrere deutsche Doktoranden, die über entwicklungspolitische Themen promovieren.

*Dr. Egon Riffel/Kathrin Schwalb*

## Promoviert

15. Mai 2000, **Hyung-Seo Han:**

„Modernisierung der Kommunalverwaltung in der Bundesrepublik Deutschland und in Korea - ein Vergleich am Beispiel von Controlling, Budgetierung und Qualitätsmanagement“; Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reinermann.

\*\*\*

29. Mai 2000, **Klaus Sakowski:**

„Rechtliche Entwicklungszusammenarbeit im Zeitalter der Globalisierung am Beispiel der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland und in El Salvador“; Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas.

\*\*\*

24. Juli 2000, **Franz J. Schultz-Kult:**

„Effiziente Organisation des kommunalen Informationsmanagement. Institutionenökonomischer Ansatz zur Gestaltung des Organisationsdesigns in einem kommunalen Verwaltungsmanagement“; Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reinermann.

\*\*\*

26. Juli 2000, **Ulrich Nießen:**

„Business Process Reengineering und Total Quality Management in der öffentlichen Verwaltung. Umsetzung und Einsatz“; Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill.

\*\*\*

29. August 2000, **Ralf Gerhards:**

„Konzeption für eine Kosten- und Leistungsrechnung öffentlicher Verwaltungen“; Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Klaus Lüder.

# Lehrreiches und Unterhaltsames

## Betriebsausflug der DHV Speyer in den Frankfurter Palmengarten

Lehrreich und unterhaltsam - als gelungener Programmmix gestaltete sich der diesjährige Betriebsausflug der DHV Speyer am 13. Juni in den Frankfurter Palmengarten.

Wer wusste schon vorher, welche Pflanzen in der Magrove, der Nebelwüste, im Monsunwald oder der Savanne wachsen und gedeihen und dass Vanille eine Orchidee ist?

Gut gelaunt hatten die 64 Teilnehmer - so viele wie noch nie bei einem Betriebsausflug - am Morgen den Bus bestiegen und auch die Sonne hatte sich angemeldet. Eine spannende und informative Führung erwartete die Speyeraner

Lehrreich und unterhaltsam: Der Betriebsausflug in den Palmengarten.

Foto: Ringer

dann direkt in Frankfurt. Los ging es durch die reich bepflanzten Gärten und liebevoll angelegten Gewächshäuser. Allerhand exotisches gab es da zu bestaunen, wie etwa den Kalebassenbaum, aus dem

die Eingeborenen ihre Töpfe machen. Seltene Gewürze zeigte die Sonderausstellung „Wo der Pfeffer wächst“.

Aber auch die Geselligkeit kam nicht zu kurz: sei es beim anschließenden Mittagessen

oder den vielfältigen Attraktionen im Palmengarten wie Rudern auf dem See, Eisenbahnrundfahrten durch den Park oder einfach einem netten Plausch an einem schattigen Plätzchen.

## SpeyerBrief Nr. 19

Sommersemester 2000

### Impressum

Herausgeber: Rektor der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer

Redaktion: Referat für Öffentlichkeitsarbeit der DHV Speyer,

Freiherr-vom-Stein-Str. 2, 67346 Speyer;

Tel.: 06232/654-225;

Fax: 06232/654-208;

E-Mail: klehr@dhv-speyer.de

Verantwortlich: Beate Klehr

Bearbeitung: Christiane Gerst

Rasterung: Forschungszentrum Karlsruhe

Satz und Druck: DHV Speyer, Druckerei Hochschule

Erscheinungsweise: einmal pro Semester, Auflage: 2200

Nachdruck bei Quellenangabe und Übersendung eines Belegexemplars gestattet.

Fotonachweis: Brieger, Klehr, Kohl, Ringer, Lenz, Venus

Titelfoto: Schwerdt

## Sicherheit wird groß geschrieben Personalrat setzt Arbeitsschutzgesetz um

Um dem Arbeitssicherheitsgesetz und der Unfallverhütungsvorschrift „Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit“ (GUV 0,5) gerecht zu werden, haben DHV und FÖV mit der arbeitsmedizinischen Betreuung beider Einrichtungen Dr. med. Thomas Segiet (Internisten-Praxis Dr. Seelinger/Dr. Segiet, Speyer) und mit der sicherheitstechnischen Betreuung das Unternehmen Arbeitsschutz: konkret, Inh. Dipl.-Ing. Günter Welzig (Schwetzingen), beauftragt.

Bei der Personalversammlung am 21. Juli stellten sich die beiden den Mitarbeitern vor und erläuterten das geplante Vorgehen in Sachen Arbeitsschutz.

Zuvor galt es aber, wie es auch das Gesetz vorschreibt, einen Arbeitsschutzausschuss zu bilden, der viermal pro Jahr tagen muss. Er besteht neben Segiet und Butz aus Claus Abteiler als Vertreter der Dienststellen, Bernd Spies als Si-

cherheitsbeauftragter, Sigrid Hübers für den Personalrat FÖV und Thomas Bauer für den Personalrat DHV.

Zu Butz' Aufgaben gehört die Planung von Betriebsräumen, Überwachung der Arbeitsmittel, Gestaltung des Arbeitsplatzes in ergonomischer Hinsicht (Sitzhöhe, Abstand zum PC), sicherheitstechnische Überprüfung von Arbeitsmitteln, Arbeitsschutz und Unfallverhütung sowie auf unfallverhütendes Verhalten am Arbeitsplatz zu achten.

Segiet erläuterte, dass demnächst Fragebögen ausgegeben würden, die von den Mitarbeitern ausgefüllt werden müssten. Daraus werde dann zu entnehmen sein, welche Arbeitsplätze bei einer Arbeitsplatzbegehung zuerst besichtigt werden sollen. Die Arbeitsplatzbegehung soll in allen Bereichen der Hochschule und des FÖV mit einer Bestandsaufnahme und einer Untersuchung der Mitarbeiter vorgenommen werden.

Im September wurde bereits damit begonnen. Dabei wurden die ergonomischen Bedingungen am Arbeitsplatz sowie die klimatischen Raumverhältnisse in Bezug auf Luftverschmutzung überprüft.

Eine Augenuntersuchung solle ebenfalls für alle Mitarbeiter erfolgen, für Mitarbeiter unter 40 Jahren alle fünf Jahre, für Mitarbeiter über 40 Jahre alle drei Jahre. Mit dem Aufkommen von Flachbildschirmen könnten sich die Augenprobleme künftig wesentlich entschärfen.

Als Vollzug der „Unfallverhütungsvorschrift - Erste Hilfe“ sollen Erste-Hilfe-Schulungen sowie Einweisungen in die Bedienung der Feuerlöscher angeboten werden.

Zu den Themen Brandschutz, Arbeitsschutz, Unfallverhütung sollen Aushänge und Plakate an den schwarzen Brettern angebracht werden.

Margit Lindenschmitt



## Bericht aus der Bibliothek

Im Wintersemester 1999/2000 hatte die Bibliothek eine Umfrage unter den Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeitern der Hochschule und des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung initiiert. Jetzt liegen die Ergebnisse vor.

Ziel der Befragung war es, Informationen darüber zu erhalten, wie die Mitarbeiter der Hochschule und des Forschungsinstituts die Bibliothek nutzen und einschätzen. Es sollten Informationen gewonnen werden, wie die Bibliothek ihr Dienstleistungsangebot und ihre Serviceleistungen künftig weiter verbessern kann. Die Befragten gaben der Bibliothek durchschnittlich gute bis sehr gute Noten (Die Ergebnisse finden sich auch unter <http://www.dhvspeyer.de/biblio/Ergebnisse.htm>).

Nach Meinung der

Befragten soll die Bibliothek ihre Schwerpunkte auf die Retrokonversion und den Ausbau des Multimedia-Angebots legen, damit die Bibliothek, so der Wunsch eines Befragten, zu einem „Portal zur Literatur über Staat und Verwaltung im Internet“ wird.

Die Bibliothek bietet seit kurzem für Hochschulangehörige die Möglichkeit, Fernleihen und Buchbestellungen direkt vom Arbeitsplatz aus weiterzuleiten. Damit trägt die Bibliothek einem seit langem bestehenden Wunsch der Mitarbeiter der Hochschule Rechnung.

Das Internetangebot der Bibliothek ist inzwischen weiter ausgebaut worden. Die „Virtuelle Bibliothek“ bietet nun auch Fachseiten mit zahlreichen Links. Das Angebot wird ständig überarbeitet und erweitert.

*Dr. Caroline Dupuis*

Interesse: Mit Begeisterung beteiligten sich die Mitarbeiter am Workshop der Verwaltung. Foto: Kohl

## Beim Verwaltungsworkshop „punkten“

Nach Herzenslust „punkteten“ die Mitarbeiter bei dem vom Rektor initiierten und von Univ.-Prof. Dr. Helmut Klages geleiteten Workshop der Verwaltung. Die Professoren, die wissenschaftlichen Mitarbeiter und die Verwaltungsmitarbeiter hatten zeitgleich getagt, um den Bedrohungen und Chancen sowie den Stärken und Schwächen der Hochschule auf den Grund zu gehen und schließlich Verbesserungsmöglichkeiten ausfindig zu machen.

Einige der im Verwaltungsworkshop formulierten Vorschläge wurden auch gleich in die Tat umgesetzt. So finden beispielsweise seither regelmäßig einmal im Monat abteilungsübergreifende Besprechungen zwischen den Abteilungsleitern und den Referenten der Verwaltung statt. Auch wurde ein „Qualitätszirkel Fortbildung“ ins Leben gerufen, der sich mit den Schnittstellenproblemen bei der Planung und Organisation von Fortbildungsveranstaltungen befassen soll.

Auch die lang gewünschte Errichtung eines Wegeleitsystems auf dem Gelände der Hochschule befindet sich bereits in der Erprobungsphase und soll nach Abschluss der Sanierungsarbeiten verwirklicht werden.

## PERSONALIA

### Neue Mitarbeiter

17.04.2000	<b>Burkhard Margies</b> , M.A., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Jansen
01.06.2000	Assessorin <b>Marion Weschka</b> , wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Sommermann
01.06.2000	<b>Ruth Nothnagel</b> , Sekretärin am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Dr. König (halbtags)
01.08.2000	Assessor <b>Carsten Brenski</b> , wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Dr. König
16.08.2000	Dipl.-Volkswirtin <b>Sandra Maria Renn</b> , wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Färber
01.09.2000	Dipl.-Kauffrau <b>Berit Meyer</b> , wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Lüder

### Ausgeschiedene Mitarbeiter

15.04.2000	<b>Dr. Kai Masser</b> , Mag.rer.publ., M.A., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Jansen (jetzt FÖV)
30.04.2000	<b>Hannelore Fehr</b> , Sekretärin am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Dr. König (Rente)
01.05.2000	Dipl.-Ökonomin <b>Marika Sauckel</b> , wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Färber
31.05.2000	Assessor <b>Holger Holzwardt</b> , wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Magiera (jetzt FÖV)
16.07.2000	Dipl.-Verwaltungswissenschaftlerin <b>Natascha Füchtner</b> , wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Dr. König
31.08.2000	Dipl.-Kaufmann <b>Ralf Gerhards</b> , wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Lüder
31.08.2000	<b>Helga Heier</b> , Verwaltungsangestellte (Rente)
30.09.2000	<b>Gilda Stenz</b> , wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Magiera (seit 1.6.)

# Von der Leistungszulage zur Good Governance

## Forum „Erfolgreiche Gestaltung von Modernisierungsprozessen“

*Wie sehen gelungene Ansätze der Modernisierung von Verwaltungen aus, welches sind typische Erfolgsfaktoren, die für die Reform von Organisationen und für die Motivation der Mitarbeiter unverzichtbar sind? Mit diesen Fragen befassten sich vom 6. bis 8. September über 80 Teilnehmer aus Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltungen bei einem Forum, das von den Professoren Hermann Hill und Helmut Klages von der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer geleitet wurde.*

Nach nunmehr zehn Reformjahren trete die Modernisierung deutscher Verwaltungen in die sechste Phase, so Helmut Klages in seinem Einführungsvortrag über „Akteurzentrierte Modernisierungsansätze“. Waren bisher die Haushaltssanierung, das Neue Steuerungsmodell und der „Aktivierende Staat“ Themen des Reformprozesses, gelte es nun, die Modernisierungsstrategien an einer „doppelten Akteurzentrierung“ auszurichten. Das bedeutet, nach innen individuelle Modernisierungswege zu suchen und nach außen die Wirtschaft und Bürger als neue „Mitspieler“ zu gewinnen. Eine „Organisations-Ruhephase“ von fünf bis zehn Jahren, wie sie von Organisationswissenschaftlern nach einem Umgestaltungsprozess für nötig gehalten wurde, hält Klages für nicht mehr realisierbar. Die dauerhafte „Optimierung“ von Organisationen sei angesichts ständig neuer Herausforderungen zwingend erforderlich für erfolgreiche Verwaltungen.

Mit Zielvereinbarungen zwischen Mitarbeitern und Vorgesetzten sowie materiellen und immateriellen Leistungsanreizen stellten Dr. Karin Tondorf, Referentin am Forschungsinstitut für öffentliche Verwal-

tung (FÖV), Speyer, und Beate Busse, Dozentin an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Niedersachsen, Hildesheim, zwei Elemente der Mitarbeiterführung vor. In beiden Referaten wurde deutlich, dass eine gute Zusammenarbeit und eine „Kultur des Vertrauens“ zwischen Mitarbeitern und Vorgesetzten stärker zur Motivationssteigerung beitragen als ausschließlich materielle Anreize wie Prämien oder Zulagen.

Die Rolle der Politik im Modernisierungsprozess beleuchteten der Michelstädter Bürgermeister Reinhold Ruhr und der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Frankfurt/Oder, Frank Ploß. Beide waren der Auffassung, dass die Politik bisher zu wenig in Reformprozesse eingebunden worden sei. Auch in Frankfurt/Oder sei die Einbeziehung der politischen Gremien als nebenrangig angesehen worden, die Behörden hätten sich ausschließlich mit sich selbst beschäftigt, bis der erste Versuch der Modernisierung gerade daran scheiterte. Seitdem, so Ploß, werde die Kommunikation zwischen Politik und Verwaltung als zentrales Thema der Verwaltungsreform betrachtet. Zur Verbesserung der Kommunikation sei etwa eine Lenkungsgruppe eingerichtet worden, die zwischen

„Organisationspause“ nicht realisierbar

Politik und Verwaltung vermittele. Ruhr berichtete beispielhaft über eine Zielvereinbarung zwischen Stadtverordnetenversammlung und Magistrat zum Projekt „Kindergartenplatzangebot“.

Als dritter Akteur neben Verwaltung und Politik tritt zunehmend die Wirtschaft in den Blickpunkt der „Modernisierer“. Als Beispiele der Kooperation zwischen Verwaltung und Wirtschaft wurden zwei

„Public-Private-Partnerships“ im Informationssektor vorgestellt: die „Strategische Partnerschaft Hamburg.de“ von Dr.

Olaf Tauras von der SNet-Line GmbH und das Projekt KOMM-IN der Gemeinde Sternenfels von TeleGIS-Geschäftsführer Michael Gutjahr. Welche Möglichkeiten die Informationstechnologie dem Bürger, aber auch Verwaltungen eröffnen kann, zeigten die Berichte von Gisela Schwellach, beim Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen, und Stephan Kohn vom Bundesministerium des Innern. Auf dem Weg zum „Virtuellen Rathaus“ wurden in Bremen bereits große Erfolge erzielt: Informationen über Verwaltungsleistungen, das Herunterladen von Anträgen aus dem Internet und virtuelle Kommunikation sind Standard. In dem vom Bundesministerium für Forschung und

Technologie ausgeschriebenem Wettbewerb Media@Komm erzielte die Stadt 1999 den ersten Platz. Eine Premiere feierte Bremen vor einiger Zeit: Mit der Einführung der Digitalen Signatur ist es nun sogar möglich, „unterschiedene“ Anträge an die Verwaltung per Internet einzureichen.

Als eher ganzheitliche Ansätze waren die Berichte über das Qualitätsmanagement von Giso Schütz, Vizepräsident des Bundesverwaltungsamtes, und über die Beteiligung an dem von der Bertelsmann Stiftung initiierten Projekt zur strategischen Steuerung in Kommunen „Kompass“ von Hans-Josef Vogel, Bürgermeister der Stadt Arnshausen, zu sehen. In einem weiteren Abschnitt befassten sich die Teilnehmer mit Fragen der Lokalen Agenda, der Bürgerkommune und des bürgerschaftlichen Engagements -

Themen, die derzeit vor allem auf kommunaler Ebene die Diskussion bestimmen. Aus der niedersächsischen Staatskanzlei berichtete Thomas Böhme über das Projekt „Regionaler Diskurs Niedersachsen“, bevor Agnes Christner vom Städtetag Baden-Württemberg das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement als „schwäbischen Kommunitarismus“ vorstellte. So unterschiedlich sich beide Projekte darstellten, ist ihnen eines gemeinsam: die Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements. Böhme betonte, dass die Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement zwar zweifellos vorhanden sei, dass es aber immer eines Anstoßes von außen bedürfte, um die Bürger zum ehrenamtlichen Handeln zu motivieren. Bürgermeister Guido

Wolf beschrieb den Weg der Stadt Nürtingen hierzu, die bürgerschaftliches Engagement durch einen „Freiwilligenpass“ mit Vergünstigungen wie Theater- oder Schwimmbadbesuchen, durch ein „Tu-Was-Tagebuch“ für Schüler sowie durch Weiterbildungsmaßnahmen im ehrenamtlichen Bereich förderte.

Abschließend stellte Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill das Konzept der „Good Governance“ als übergreifenden „Schirm“ über die einzelnen Modernisierungskonzepte vor. Während aktuelle Modernisierungsstrategien einzelne Aspekte einer Verbesserung des Handelns von Staat und Verwaltung im Blickfeld hätten, stelle „Good Governance“ ein ganzheitliches System für staatliches, gesellschaftliches und wirtschaftliches Handeln zum Gemeinwohl aller, zum „Guten Regieren“, dar.

„Kultur des Vertrauens“ wichtig

Ehrenamtliches Engagement fördern

# Neuorganisation der Landesverwaltung

## DHV zieht erste Bilanz - Tagung mit Ministerpräsident Kurt Beck

Der Staat soll schlanker und effizienter werden - diesem Ziel folgt die Neuorganisation der Landesverwaltung in Rheinland-Pfalz, die zum 1. Januar in Kraft getreten ist. Die Mittelinstanzen des Landes sind damit völlig neu geordnet worden. An die Stelle der früheren Bezirksregierungen sind zwei Struktur- und Genehmigungsdirektionen (SGD) in Koblenz und Neustadt sowie eine Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) in Trier getreten. Daneben sind verschiedene Behörden in das Landesuntersuchungsamt (LUA) überführt worden. Wie sich die Neuorganisation nach einem Dreivierteljahr auswirkt, diskutierten Vertreter von Ministerien, Bezirksregierungen, Mittelbehörden, Städten und Landkreisen sowie Landtagsabgeordnete bei einer Tagung der DHV Speyer unter der Leitung der Professoren Hermann Hill und Carl Böhret.

Über die „Neuorganisation durch Verwaltungspolitik“ referierte der Ministerpräsident des Landes, Kurt Beck. Um die Herausforderung der Neuorganisation zu meistern, sei es das Wichtigste, die Mitarbeiter zu motivieren. Gleichzeitig sei dies auch die größte Herausforderung. „Deshalb muss man auch den Mut haben, in die Behörden zu gehen und sie sich betrachten“, so Beck.

Das neue Modell führe zum Personalabbau, gleichzeitig aber auch zu einer wirtschaftlicheren und leistungsfähigeren Verwaltung. „Es wurden neue Dienstleistungsstrukturen geschaffen, damit nicht das Gleiche an mehreren Stellen getan wird“, erklärte Beck. Schon zu Beginn seiner Amtszeit habe er drei Ministerien eingespart und ihre Zahl damit von elf auf acht verringert. Die Kabinettsreform habe dazu beigetragen, dass für die Neustrukturierung der Mittelbehörden mehr Verständnis geweckt worden sei. Das Motto „Oben bleibt alles gleich, unten wird Druck gemacht“, sei nicht seines, betonte er. Seine Bilanz nach einem dreiviertel Jahr: „Ich

bin zufriedener, als ich dachte, es zu diesem Zeitpunkt sein zu können, aber ganz zufrieden bin ich noch nicht.“

Das Konzept zur Neuorganisation erläuterte Dr. Ernst Theilen, Staatssekretär im rheinland-pfälzischen Ministerium des Innern. Die Neuorganisation sei ein wichtiger Schritt gewesen, um den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz zu stärken und eine moderne, leistungsfähige Verwaltung der Bürger zu schaffen. Anstatt der drei Bezirksregierungen, die gleiche Aufgaben an drei Stellen bearbeiteten,

Ministerpräsident Beck beim Vortrag an der DHV. Foto: Klehr seien nun vier Behörden mit „echter Dienstleistungsfunktion und funktionaler Aufgabenbündelung“ geschaffen worden. Die meisten Aufgaben werden nun zentral je bei einer Behörde bearbeitet. In 15 Jahren sollen so 700 Stellen sozialverträglich abgebaut werden. Einsparvolumen: 360 Millionen Mark.

In einer Podiumsdiskussion diskutierte Beck mit dem Innenminister von Niedersachsen, Heiner Bartling, dem Staatssekretär im Innenministerium Sachsen-Anhalt, Dr. Rainer Holt-Schneider, dem Ministerialdirektor im Innenministerium Baden-Württemberg, Roland Eckert, sowie Ministerialdirigent Johannes Winkel vom Innenministerium Nordrhein-Westfalen darüber, ob die Erfahrungen aus Rheinland-Pfalz auf andere Bundesländer übertragbar seien. Konsens herrschte darüber, dass trotz des einheitlichen Bemühens um effiziente Verwaltungen in jedem

Land die regionalen Gegebenheiten beachtet werden müssten und das rheinland-pfälzische Modell nicht einfach übernommen werden könne. So biete sich etwa in Sachsen-Anhalt mit vielen kleinen Gemeinden die Übertragung der meisten Kompetenzen auf die Kommunen an. Nur was von ihnen nicht zu leisten sei, werde in einem Landesverwaltungsamt zusammengefasst, berichtete Holt-Schneider.

Wie die Arbeit in den neuen Behörden funktioniert, erläuterten anhand ausgewählter Beispiele Vertreter der neugeschaf-

fenen Instanzen. Dr. Ralf Esser von der SGD Süd berichtete über das Projekt Müllheizkraftwerk Mainz. Unter anderem die Felder Raumordnung, Landschaftswesen, Abfallwirtschaft, Emissions- und Bodenschutz seien nun der SGD zugeordnet worden. Mit der Einsetzung einer Projektgruppe unter Beteiligung der Bürger sei es gelungen, das Emissionsschutzverfahren für das Werk durchzusetzen.

Hans-Ludwig Voigt von der SGD Nord informierte am Beispiel der Wasserwirtschaft über die Integration ehemals selbständiger Behörden in die neue. Bestimmte Bereiche wie Hochwasserschutz oder Hochwassermelddienst würden weiterhin regional von den nach wie vor bestehenden Regionalstellen erfüllt, Genehmigungen oder die Festlegung von Hochwasserschutzgebieten dagegen von der zentralen Behörde.

Die Schulverwaltung der ADD

Trier war Thema von Dr. Karl-Heinrich Krämer. Als die Schulaufsicht noch in die Bezirksregierungen eingebunden gewesen sei, habe er in seinem Bezirk alle Schulleiter persönlich gekannt, ebenso alle Bürgermeister. Das sei mit der Zentralstelle in Koblenz schwieriger geworden. Allerdings sei erst jetzt ein einheitliches Verwaltungshandeln in Rheinland-Pfalz sichergestellt. Es könne nicht angehen, dass Lehrer nur befördert worden seien, weil dafür in Trier andere Richtlinien gegolten hätten als in Neustadt. Während aber auch hierbei etwa die Einstellung von Lehrern bei Regionalstellen verbleibt, werden die Verträge zentral in Koblenz gemacht.

Dass dies alles nicht ohne neue Informationstechniken zu leisten sei, stellte Gregor Schulte, Leiter der IT-Leitstelle im Ministerium des Innern, dar. Geplant sei ein Dokumentmanagementsystem, das es ermögliche, „virtuelle Akten“ zentral zu lagern und für alle Berechtigten zugänglich zu machen.

Vertreter der Personalräte und der Fachebene informierten über die Bedeutung der Neustrukturierung für das Personal. Während Hans-Dieter Gassen, Präsident der SGD Nord, erklärte, dass es relativ wenig Versetzungen gegeben habe und die Neustrukturierung auf Personalseite gut angenommen worden sei, berichtete Dr. Otmar Mick, Abteilungsleiter in der ADD Trier über personelle Engpässe und entsprechende Überbelastung der Mitarbeiter, die sich in über 10 000 Überstunden manifestierte. Einigkeit herrschte auf dem Podium darüber, dass die Mitarbeiter hoch motiviert seien. Nötig seien jetzt neue Arbeitsstrukturen, Fortbildungen oder neue Führungsmodelle, regte Irmgard Eifel, Personalratsvorsitzende beim ILC Trier an.

Eine Abschlussbilanz zog Univ.-Prof. Dr. Carl Böhret, der vor allem die verwaltungspolitischen Erkenntnisse und Strategien vorstellte.

Beate Klehr

# Europa und Nordafrika rücken zusammen

## Internationale Tagung zum Thema „Mittelmeerkoooperation der EU“

*„Die Mittelmeerkoooperation der Europäischen Union am Beispiel des Maghreb“ war das 8. Forum zur Rechts- und Verwaltungszusammenarbeit überschrieben, das vom 16. bis 18. Oktober an der DHV Speyer unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas in Zusammenarbeit mit der Hanns-Seidel-Stiftung stattfand.*

„Der Mittelmeerraum soll zu einem Gebiet des Dialogs, des Austauschs und der Zusammenarbeit werden, in dem Frieden, Stabilität und Wohlstand gewährleistet sind“ - ehrgeizige Ziele hat sich die EU 1995 mit dem sogenannten Barcelona-Prozess gesetzt. Ziel dieses Prozesses ist die Zusammenarbeit der westeuropäischen Staaten mit den nordafrikanischen Maghreb-Ländern und Staaten des Nahen und Mittleren Ostens bei der Sicherheitspolitik und der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Zusammenarbeit. Wie stehen die Chancen, einen gemeinsamen Friedens- und Stabilitätsraum, eine Freihandelszone und eine kulturelle Partnerschaft in der Mittelmeerregion zu errichten? Mit den ersten Erfahrungen der „Mittelmeerkoooperation der EU am Beispiel des Maghreb“ befasst sich das Forum.

Die Teilnehmer der Tagung kamen aus allen Teilen der Welt, also sowohl aus den Maghreb-Staaten Algerien, Mauretanien, Marokko, Tunesien wie auch aus Europa (z. B. aus Deutschland und Portugal), Afrika (z. B. aus Burkina Faso, Guinea und dem Senegal), Asien (z. B. aus Indonesien und Südamerika) und Nord-Amerika.

Während zum einen die Unterschiede zwischen den einzelnen Maghreb-Staaten immer wieder sichtbar wurden, war allerdings auch deutlich die Bereitschaft zur Kooperation und Bildung einer gemeinsamen Maghreb-Zone nach dem Vorbild der EU erkennbar. Die Probleme des Fundamentalismus und der religiösen Zersplitterung - gerade auch aktuell durch den Konflikt im Nahen Osten - wurden ebenso thematisiert wie auch die durchaus kritische Einstellung zur Weltbank und dem IWF, die durch ihre Programme aus Sicht der Staaten nicht immer nur positive Entwicklungen anstoßen.

Die deutsche Position in der Zusammenarbeit im Mittelmeerraum wurde zu Beginn der Tagung von Dr. Guntram Schenck zu Schweinsberg, der Beauftragter für den Barcelona-Prozess im Auswärtigen Amt ist, dargestellt, welcher noch einmal das intensive Interesse Deutschlands an der Krisenbe-

wältigung und einem friedlichen Miteinander zwischen der EU und den Maghreb- und anderen Mittelmeerranrainern auch mit historischem Hintergrund betonte. Aus deutscher Sicht glaube man an eine Schaffung des Mittelmeeres als „Meer des Dialogs“. Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas ergänzte diese Position durch eine europäische Sichtweise und stellte dabei die Schlüsselfunktion des Maghreb für die europäische Mittelmeerkoooperation in den Mittelpunkt, wobei die Förderung der Stabilität und der inneren Integration auf dem Wege der partnerschaftlichen Kooperation zu erreichen sind. Die Nachhaltigkeit der Entwicklung ist dabei ein zentraler Punkt, den es in der weiteren Zusammenarbeit zu beachten

### Ziele im Barcelona-Prozess gesetzt

gilt. Aus Sicht der südeuropäischen Staaten am Beispiel Portugals stellte Univ.-Prof. Dr. Helena Rato vom Nationalen Institut für Verwaltung in Lissabon die Betrachtung der Investitionen in den Maghreb-Staaten in den Vordergrund, wobei deutlich wurde, dass sich die Investitionspolitik parallel zur europäischen Entwicklung vollzöge und der mangelnde Erfolg dieser Politik zum Teil auf die falschen Instrumente zurückzuführen sei.

Univ.-Prof. Ali Sedjari aus Marokko stellte die wichtige Rolle der Globalisierung für den Maghreb dar, welche eine motivatorische Wirkung entfalte, der man sich nicht entziehen könne und solle. Durch die Dynamik des Wandels würden Distanzen immer geringer und wechselseitige Abhängigkeiten geschaffen, was eine Chance für die staatliche Entwicklung darstelle.

Univ.-Prof. Fatiha Sahli (ebenfalls aus Marokko) ergänzte diese Betrachtung um den Problemkreis der Menschenrechte im Maghreb und wies auch auf gewisse Verantwortlichkeiten der westlichen Industriestaaten bei Menschenrechtsverletzungen hin.

Die Vielfalt von Betrachtungsweisen wurde durch Vorträge von Vertretern aus den verschiedenen Maghreb-Staaten deutlich, wobei Dr. Jürgen Theres vom Regionalbüro der Hanns-Seidel-Stiftung in Rabat/Marokko noch einmal auf die Vielfältigkeit dieser Staatengemeinschaft hinwies, bei der Annäherung und Integrationsprozesse mit Hilfe auch von außen gefördert werden sollten.

Univ.-Prof. Lahkdar Benazzi von der Universität Algier stellte die schwierige und problembehaftete Entwicklung Algeriens

seit dem Ende der Kolonisation dar und wies darauf hin, dass in diesem Land häufig die Sorge um die Unabhängigkeit das Handeln bestimme. Dabei wurde allerdings deutlich, dass die Entwicklung in letzter Zeit auf einem guten Weg ist und in Politik und Gesellschaft der Wille bestehe, sich anzunähern.

Die tunesische Zusammenarbeit mit der EU wurde von Univ.-Prof. Mohamed Hadar von der Universität Tunis anhand der Assoziierung als gut bezeichnet. Die wirtschaftliche Entwicklung habe große Fortschritte gemacht und die Idee der Freihandelszone und die Förderung einer regionalen Dimension stelle für die Weiterentwicklung des Maghreb eine wichtige Perspektive dar.

Aus mauretanischer Sicht stünden - wie z.B. anhand des Vortrags von Univ.-Prof. Sidi Ould Mohamed Abdellahi von der Universität Nouakchott erkennbar war - die finanziellen Probleme sowie die Fischereiabkommen mit der EU im Vordergrund der Zusammenarbeit, wobei auch hier Fortschritte erkennbar seien. Neben der wichtigen Dezentralisierungsdebatte sowie der Entflechtung spiele für das Königreich Marokko momentan ein neues Raumordnungskonzept beeinflusst durch den Nachhaltigkeitsgedanken eine entscheidende Rolle, welches von Univ.-Prof. Abdeljabar Arach ausführlich erläutert wurde.

### Migrationsprobleme beleuchtet

Die Migrationsproblematik stellt für Marokko außerdem einen wichtigen Ansatz für Handlungskonzeptionen der Politik dar, die von M.

Dadi aus dem Ministerium für Beschäftigung in Rabat erläutert wurde. Die urbane Veränderung sowie die drängenden Probleme der Bevölkerungsexplosion stellen hier die entscheidenden Schwerpunkte dar.

Univ.-Prof. Dr. Constantine Danopoulos von der Universität San José in Kalifornien rückte zum Abschluss der Tagung die Probleme einer Sicherheitskooperation im Mittelmeerraum in den Blickpunkt des Interesses und stellte den Umgang mit Konflikten als einen wichtigen Faktor innerhalb der zwischenstaatlichen Kooperation dar. Es sei eine neue Kultur im Entstehen, die durch multilaterale Abkommen auch für den Balkan eine Chance bieten würde, Teil der europäischen Familie zu werden. Damit wurde am Ende noch einmal der Weg der friedlichen Kommunikation der Staaten untereinander betont. Den Abschluss fand die Tagung bei einer gemeinsamen Betriebsbesichtigung der BASF in Ludwigshafen.

## 2. Speyerer Gesundheitstage:

# Die Gesundheitsreform und ihre Auswirkungen

*Die „Gesundheitsreform 2000“ hat sich ehrgeizige Ziele gesetzt: Die Qualität im Gesundheitswesen zu sichern und gleichzeitig den Patientenschutz zu gewährleisten. Doch wie können diese Ziele umgesetzt werden? Welchen Beitrag leistet hierzu das „Gesundheitsreformgesetz 2000“? Darüber diskutierten am 28./29. September Vertreter der Bundes- und Landesministerien, des Landessozialgerichtes, der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz sowie Wissenschaftler bei den „2. Speyerer Gesundheitstagen“, die die DHV Speyer unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft der Betriebs- und Innungskrankenkassen sowie der Landwirtschaftlichen Krankenkasse Rheinland-Pfalz veranstaltete.*

„Die Gesundheitsreform 2000 ist wesentlich besser als ihr Ruf“, sagte der rheinland-pfälzische Gesundheitsminister Florian Gerster in seiner Einführung. Das System entwickle gerade beim neuen Entgeltssystem im Krankenhaus eine „ungeheure Dynamik“. Sorgen bereite ihm indessen der Wettbewerb zwischen den Kassen. Er sei zwar vom Gesetzgeber gewollt und bewusst eingeführt worden. Die Betriebskrankenkassen seien aber hierbei deutlich bevorzugt, weil sie mit 11,2 bis 13 Prozent niedrigere Beitragssätze anbieten könnten als die gesetzlichen Krankenkassen mit über 13,5 Prozent und dabei nach der allgemeinen Öffnung für Betriebsfremde vor allem junge, gesunde und einkommensstarke Versicherte aufnehmen, also bewusst selektieren könnten. Die AOK Rheinland-Pfalz habe beispielsweise in vier Jahren über 16 000 Mitglieder verloren, die BKK Rheinland-Pfalz gleichzeitig 20 000 neue gewonnen. „Diesen Rutsch hält das Gesundheitssystem nicht aus“, so Gerster.

Auf heftige Kritik stieß die Rede des Ministers bei den Vertretern der Betriebs- und Innungskrankenkassen. „Jetzt sollen die Betriebskrankenkassen plötzlich das Hauptproblem sein? Es war doch eine Forderung der Politik, dass sie sich für alle öffnen“, monierte Axel Benz, Vorsitzender des BKK-Landesverbandes Rheinland-Pfalz/Saarland. Schließlich sei auch die BKK gesetzlich verpflichtet, Mit-

glieder, die dies möchten, aufzunehmen. Die Wechsler von der AOK machten nicht einmal 1,4 Prozent der AOK-Gesamtmitglieder aus. „Da ist es nicht angebracht, von einer dramatischen Situation zu sprechen“, sagte Benz.

Eine indirekte Antwort auf die von Gerster angesprochenen Fragen des Wettbewerbs gab Prof. Pitschas in seinem Vortrag. Deutschland stelle im europäischen Vergleich mit Ausgaben von 10,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für das Gesundheitswesen - das sind 520 Milliarden Mark - den Spitzenreiter dar. Inzwischen bestimme die Wirtschaftlichkeit, nicht die Wirksamkeit, welche Leistungen erbracht würden. Die Gesundheitsreform 2000 „setzt auf staatlichen Dirigismus bei strikter Ausgabenbegrenzung“, monierte Pitschas in Hinblick auf getrennte Behandlungs- und Arzneimittelbudgets oder die komplizierte Berechnung von Arzthonoraren für bestimmte aufzuschlüsselnde Leistungen. „Die Bürokratisierung des Systems ist unverkennbar“. Das Regelungswerk sei nicht an den Bedürfnissen der Patienten orientiert, sondern an einer strikten Sparpolitik. Sinnvoller sei es da doch, spezifische Gesundheitsziele aufzustellen und Reformen daran zu orientieren. Solche Landesgesundheitsziele haben bereits einige Bundesländer eingeführt. Darin, dass der Patient stärker zur Verantwortung gezogen werden müsse, stimmte Pitschas mit Gerster überein. Sinnvoll sei eine Grundversorgung der Patienten durch die Kassen sowie eine weiterreichende private Versorgung, wie dies auch in anderen europäischen Ländern praktiziert wird. Bei der weiterreichenden Versorgung müsse dem Wettbewerb im Europäischen Binnenmarkt künftig breiter Raum gegeben werden, prognostizierte Pitschas. Auf dem EU-Markt werde der Patient zunehmend zum Verbraucher, der zwischen verschiedenen Anbietern wählen könne. Dazu müsse der Patient aber stärker als vorher informiert und geschützt werden. Beim Patientenschutz lasse die Gesundheitsreform zumindest ein Grundbewusstsein erkennen. Insgesamt sei eine eigene „öffentlich-rechtliche Wettbewerbsordnung“ für den Gesundheitssektor zu schaffen, die einen dritten Weg zwischen staatlichem Dirigismus und offenem Wettbewerb darstellen würde.

„Kassen können selektieren“

„Bürokratisierung ist unverkennbar“

Das System der Grundversorgung befürwortete auch Manfred Clever, Präsident des Sozialgerichts Mainz. Allerdings stelle sich die Frage, was zur Grundversorgung gehöre, merkte Raimund Nossek vom BKK-Landesverband an. Hier gebe es Vorschläge von 50 bis zu 85 Prozent aller Arzt- und Zahnarztleistungen sowie Medikamente.

Wettbewerb im Gesundheitswesen sei unablässlich, meinte auch Prof. Dr. Günther Neubauer, Direktor des Instituts für Gesundheitsökonomik München. Er plädierte für die Einführung der Wahlfreiheit für Versicherungspflichtige. Dann könnten Leistungsverträge individuell zwischen Patienten und Leistungserbringern gestaltet werden.

Urban Koch, BKK Vegla, forderte einen freien Zugang zu den Gesundheitsleistungen in Europa und forderte die Aufhebung territorialer Schranken im europäischen Gesundheitswesen.

Das sektorale Budget in der Arztpraxis und die daraus resultierenden Auswirkungen auf den Zugang und die Qualität der ärztlichen Leistungen standen am Freitag im Mittelpunkt der Tagung. Der Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Pfalz, Dr. Anton Coressel, hob hervor, dass die Zahl der niedergelassenen Ärzte in der Pfalz innerhalb der letzten zehn Jahre um ein Drittel gestiegen sei, so dass den Patienten ein umfassendes Leistungsangebot zur Verfügung stehe. Auch hochkomplizierte moderne Untersuchungsgeräte seien angeschafft und damit medizinische Leistungen von den Krankenhäusern in die Praxen verlagert worden. Gleichzeitig sei das Budget für die niedergelassenen Ärzte aber nicht erhöht worden. Damit seien sie nun in der misslichen Lage, am Quartalsende bei ausgeschöpftem Budget Patienten abweisen oder medizinisch notwendige Leistungen aufs nächste Quartal verschieben zu müssen. Er plädierte für die Aufhebung von Budgetzwang und Kollektivregressen.

Lösungen, um dem Budgetdruck zu entkommen, könnten darin liegen, die Versicherungspflicht für die Gesetzliche Krankenkasse auch auf Selbständige und Beamte oder Spitzenverdiener auszuweiten, die Zuzahlungen zu ärztlichen Leistungen zu erhöhen oder eine „Praxisgebühr“ für den Arztbesuch einzurichten, schlug Dr. Peter Schichtel vom saarländischen Gesundheitsministerium vor.

Dr. Michael Ruppelt, Vorsitzender Richter am Landessozialgericht Rheinland-Pfalz, setzte sich mit den rechtlichen Problemen der Zulassungsbegrenzung von „Vertragsärzten“ auseinander.

Joachim Becker, Regierungsdirektor im Bundesgesundheitsministerium, sprach abschließend über Strukturen eines patientenorientierten Gesundheitswesens.

Beate Klehr

# Aktuelle Probleme des Beamtenrechts diskutiert

## Reformvorstellungen im Bereich öffentliches Dienstrecht beleuchtet

*Zum zweiten Mal fand im Sommersemester 2000 das „Forum Beamtenrecht“ statt. Unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Dr. Detlef Merten behandelte die Tagung den Stand und die Perspektiven der Reform des Beamtenrechts vor dem Hintergrund der durch das Versorgungs- und Dienstrechtsreformgesetz eingeführten Änderungen.*

In Fortführung der auf dem „Forum: Beamtenrecht“ vom Februar 1997 begonnenen Diskussion erörterten namhafte Referenten aus Wissenschaft und Praxis erste Erfahrungen bei der Umsetzung der beamtenrechtlichen Regelungen in Bund und Ländern und stellten aktuelle Reformvorstellungen im Bereich des öffentlichen Dienstrechts vor.

Den Einführungsvertrag hielt Dr. Eckart Werthebach, Senator für Inneres, Berlin, der einen Überblick über die Entwicklung und die Hauptprobleme des Berufsbeamtenrechts gab. Vor dem Hintergrund des Streiks der Berliner Lehrer hob er die Bedeutung des Streikverbots als konstitutiven Bestandteil des Beamtenethos hervor: Wer dennoch streike, lege die Axt an die Wurzel des Beamtentums. Im Zusammenhang mit der Vergabe von Führungsfunktionen im Beamtenverhältnis auf Probe wie auch auf Zeit warnte er vor der Gefahr einer Politisierung der Beamtenchaft im Sinne einer Ämterpatronage.

Dieses Thema griff Univ.-Prof. Dr. Helmut Lecheler, Freie Universität Berlin, in seinem Vortrag „Teilzeit und Führung auf Zeit im Beamtenrecht“ auf. Er wies darauf hin, dass der einfache Gesetzgeber vom Leitbild der Vollzeitbeschäftigung ohne Verfassungsänderung nicht abgehen könne. Sowohl die Übertragung von Führungspositionen auf Probe als auch die auf

Zeit stufte er als Schritt in die falsche Richtung ein, weil damit die Unabhängigkeit des Beamten als beamtenrechtliches Kernprinzip, das die Bereitschaft des Beamten zu einer an Gesetz und Recht orientierten Amtsführung fördern und ihn zu unparteiischem Dienst befähigen solle, gefährdet werde.

Der Tagungsleiter, Univ.-Prof. Dr. Dr. Detlef Merten, betonte in seinem Referat zu den „Besonderheiten des Beamtenrechts in den neuen Bundesländern“, dass das Berufsbeamtentum nicht im Zuge einer Totalerstreckung des Grundgesetzes auf die DDR, sondern wegen seiner Verknüpfung mit den Fundamentalprinzipien des Grundgesetzes wieder eingeführt werden sollte. Es sei die

Erste Erfahrungen vorgestellt

Garantstellung für eine rechtsstaatliche Gesetzmäßigkeit der Verwaltung und für die Neutralität gegenüber widerstreitenden Interessen, die seinerzeit schon den Parlamentarischen Rat gerade unter Hinweis auf die Verhältnisse im anderen Teil Deutschlands und gegen den Widerstand der insoweit voreingenommenen und wenig sachkundigen Siegermächte veranlasst hätten, am Berufsbeamtentum festzuhalten und es institutionell im Grundgesetz zu sichern.

Der hessische Datenschutzbeauftragte, Univ.-Prof. Dr. Friedrich von Zezschwitz, Justus-Liebig-Universität Gießen, widmete sich dem Thema „Versorgungsbeiträge der Beamtenchaft“. Er stufte die Einführung derartiger Versorgungsbeiträge als Systemwechsel ein, der vor dem Hintergrund der besoldungs- und versorgungsrechtlichen Einschränkungen aufgrund des Dienstrechts- und des Versorgungsreformgesetzes gemessen an den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums verfassungsrechtlich nicht zu rechtfertigen sei. Er er-

hob zudem die Forderung nach einer Beteiligung des zur Versicherung der Beamtenversorgung gebildeten Rücklagenfonds am Aufkommen der Ökosteuer.

Dr. Bernt Lemhöfer, Richter am Bundesverwaltungsgericht i.R., hob in seinem Referat zum Thema „Aktuelle Probleme des Besoldungs- und Versorgungsrechts unter besonderer Berücksichtigung der höchstrichterlichen Rechtsprechung“ den sachlichen Gehalt des Alimentationsgrundsatzes hervor, nach dem der amtsangemessene Unterhalt des Beamten und seiner Familie nicht sozusagen freischwebend aus sich selbst heraus oder aus allgemeinen Überlegungen, sondern nach dem Maßstab der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse zu bestimmen sei.

Als revolutionärste und sicher auch innerhalb der Beamtenchaft umstrittenste der „Reformüberlegungen beim Europäischen Beamtenrecht“ stufte der Leiter der politischen Abteilung bei der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, Dr.

Thomas Kaufmann, die geplante Einführung einer linearen Laufbahnstruktur in der Europäischen Kommission ein. Nach der vorliegenden Konzeption solle zwar auch weiterhin die Einstellung auf bestimmten Ebenen erfolgen, für die bestimmte Qualifikationen und gegebenenfalls Berufserfahrung nachgewiesen werden müssten. Bei der Beförderung gebe es aber keine Begrenzung mehr durch Laufbahnen, vielmehr solle es bei der Beförderung allgemein auf die Leistung im Dienst selbst ankommen.

Daniel Kettiger, Fürsprecher, ehemaliger Leiter des Rechtsdienstes der Staatskanzlei Bern, referierte zur „Leistungsbesoldung und Leistungsbeurteilung:

Das deutsche Dienstrechtsreformgesetz und die Besoldungsrechtsrevision im Kanton Bern im Vergleich“. Er kam zu dem Ergebnis, dass Deutschland über ein sehr gutes materielles Anreizsystem verfüge, dem die Grundlage zur Leistungsbeurteilung fehle, während der Kanton Bern ein mangelhaftes Leistungslohnsystem habe.

Univ.-Prof. Dr. Udo Fink, jetzt Johannes Gutenberg-Universität Mainz, beantwortete die Frage: „Ist die Verbeamtung auf Zeit als gesetzlicher Regelfall zulässig?“ dahingehend, dass die Verbeamtung auf Zeit im Einzelfall zu begründender Ausnahmefall von der Regel der Verbeamtung auf Lebenszeit sei. Der Beamte auf Zeit sei deshalb flächendeckend keine Alternative zum Lebenszeitbeamten und erst recht kein Instrument für den sanften Einstieg in die Entbeamtung aller Staatsaufgaben.

Der Direktor beim Bundesrechnungshof, Heinz Silbermann, widmete sich zum Abschluss der Tagung dem „Kostenvergleich von Beamten und

Angestellten in der Bundesverwaltung“.

Er bezeichnete es als nicht empfehlenswert, bisher von Beamten wahrgenommene Aufgaben zunehmend Arbeitnehmern zu übertragen. Durch derartige Maßnahmen würde der Handlungsspielraum des Bundes weiter eingeschränkt, weil in vielen Aufgabenbereichen hoheitsrechtliche Aufgaben wahrzunehmen seien, die nicht Arbeitnehmern übertragen werden dürften. Eine verstärkte Einstellung von Arbeitnehmern würde zudem zunächst eine haushaltsmäßige Belastung zur Folge haben. Auch betriebswirtschaftliche Überlegungen sprächen schließlich gegen derartige Vorschläge.

Prof. Dr. Dr. Detlef Merten

Verbeamtung auf Zeit bleibt Ausnahme

Leistung für Beförderung wichtig

# Wo der Beamte den Konzernchef trifft

## Veranstaltung „Government Meets Business“

**„Die Effekte der Globalisierung werden dramatisch überschätzt, der Einfluss der Politik dramatisch unterschätzt“, leitete der Vorstandsvorsitzende der BASF AG, Prof. Dr. Jürgen Strube, sein Statement ein. Hochrangige Vertreter aus Wirtschaft und Politik waren am 23. Juni an der DHV Speyer zusammengekommen, um über die Folgen der Globalisierung in der Informationsgesellschaft zu diskutieren.**

Die Veranstaltung unter dem Titel „Government meets Business“ bildete den Auftakt einer neuen Reihe von Spitzengesprächen zwischen Staatsführung und Unternehmensvorständen, die unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill nun in regelmäßigen Abständen an der Hochschule stattfinden sollen.

Wichtiger als die Effekte der Globalisierung seien in Zukunft Tendenzen, in den neuen Märkten vor Ort präsent zu sein. Und der Markt der nächsten Jahre heiße Asien. Derzeit sei Asien der größte Chemie-Importeur der Welt. Das werde aber nicht so bleiben. Die Importeure würden irgendwann von örtlichen Anbietern verdrängt werden. Deshalb gelte es, selbst ein solcher zu werden, verdeutlichte Strube. „Und wenn wir in Asien Anlagen errichten, wird auch das basic ingeneering, das derzeit in Deutschland betrieben wird, aus Asien kommen“.

Eckhard Cordes, Vorstandsmitglied bei DaimlerChrysler, spricht lieber von transnationalen denn globalen Unternehmen, deren Entscheidungszentren in verschiedenen Regionen der Welt liegen. Wie bei DaimlerChrysler in den USA, Deutschland und Asien. Auch Cordes vermutet in Asien enormes Wachstumspotenzial - wohl bereits im Blick, dass sein Unternehmen zwei Tage

später den Einstieg bei Hyundai bekanntgeben würde. Gerade in der Automobilindustrie gehe nichts mehr ohne Zusammenschlüsse. Die Entwicklung im Telekommunikationsbereich mache die globale Unternehmenskommunikation erst möglich. Um den Standort Deutschland für Investoren attraktiv zu machen, seien jetzt „harte Reformen“ nötig.

„Ohne nationale Anstrengung und Willenskraft, ist unser Untergang gewiss“, sagte Hilmar Kopper, Aufsichtsrats-

Diskutierten hochkarätig: Prof. Dr. Jürgen Strube, Hilmar Kopper, Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill, Eckhard Cordes und Dr. Michael Fuchs (v.l.).  
Foto: KLehr

vorsitzender der Deutschen Bank AG, voraus. Globalisierung sei weder gut noch schlecht, sie sei einfach da und das Land müsse sich dem stellen. Ein Problem: Spitzenleute seien nicht zu überzeugen, nach Deutschland zu kommen, um hier zu arbeiten. Schuld seien die zu hohen Spitzensteuersätze, beklagte er.

Globalisierung sei in Deutschland oft als Schimpfwort benutzt worden, ohne dabei die Wachstumspotenziale zu erkennen, sagte Dr. Michael Fuchs, Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels. Wohin eine Abschottungspolitik führe, habe sich in der DDR gezeigt.

Einig waren sich die Unternehmer beim Thema Steuern. Die deutschen Lohnnebenkosten seien so lange finanzierbar,

wie die daraus resultierenden Preise auf dem internationalen Markt bezahlt würden, so Fuchs. „Ein zu weit ausgebauter Sozialstaat entzieht sich selbst die finanzielle Basis.“

Hilfe verspreche der Abbau von Sozialleistungen, niedrige Steuersätze sowie ein flexiblerer Arbeitsmarkt.

Das Dilemma der Politiker fasste Dr. Wolfgang Meyer-Hesemann, Staatssekretär im Wissenschaftsministerium Nordrhein-Westfalen, zusammen: Das soziale System Deutsch-

sei bereit, beim Händler, der einen Azubi mehr ausbildet, mehr zu bezahlen. Tarife würden ausgehandelt, aber niemand wolle die ausgehandelten Löhne bezahlen, sondern beschäftigte lieber Schwarzarbeiter. Der Ford-Mitarbeiter beschwerte sich über das neue Werk im Ausland, kaufe selbst aber lieber einen Mitsubishi. „Es ist schwer, diese Ebenen zu verbinden. Und Politik lässt sich eben nur mit Mehrheiten machen“, so Schlegel-Friedrich.

Und schließlich profitierten auch viele Unternehmen von staatlichen Subventionen, ja forderten sie geradezu, ergänzte Ernst Eggers, Staatssekretär im rheinland-pfälzischen Wirtschaftsministerium.

Subventionen sollten abgeschafft, dafür aber die Steuern gesenkt werden, schlug Fuchs vor. „Je höher die Steuern, desto größer das Bemühen, dagegen zu wirtschaften“. Viele Jahre sei der Staat als Krücke für alle Probleme des Lebens gesehen worden. Andere Länder hätten früher damit Schluss gemacht - wie etwa Margaret Thatcher in Großbritannien und hätten dadurch heute eine moderne Wirtschaft. Auch in Deutschland werde dieser Knackpunkt kommen, es sei schon fünf vor Zwölf, so Fuchs.

Die Direktinvestitionen in Deutschland hätten in den vergangenen Jahren kontinuierlich abgenommen. Der Glaube an den Markt müsse fest verankert werden, so Strube. „Was wir brauchen ist Marktwirtschaft, Marktwirtschaft“, fügte Kopper an. „Wir möchten, dass die Politik mitkämpft für die Zukunft. Und wenn wir dem Bürger dauernd versprechen, die Zukunft ist sicher, wird das nicht gelingen“.

Beate Klehr

## Forum zur Gründungs- und Mittelstandsförderung

Gründungsboom und neue Selbständige - welche Rolle spielen sie für Innovation und regionalen Strukturwandel, für Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum? Welche Aufgaben in der Gründungs- und Mittelstandsförderung kann und soll der Staat, sollen Bund, Länder, Kommunen und die Europäische Union übernehmen? Welche Konzepte sind erfolgversprechend? Dies sind Fragen, die auf dem Forum zum Thema Gründungs- und Mittelstandsförderung diskutiert wurden, das vom 20. bis 22. September unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Dorothea Jansen stattfand.

Über 70 Teilnehmer aus der öffentlichen Verwaltung, den Handels- und Handwerkskammern, Banken, Wirtschaftsförderungsgesellschaften und der Wissenschaft nahmen daran teil.

Der erste Tag war einem Überblick über Gründungskonzepte, Instrumente und Aufgabenteilung von Bund, Ländern und Europäischer

Union gewidmet. Es referierten Dr. Karl-Heinz Groß vom Bundeswirtschaftsministerium, Dr. Albrecht Mulfinger von der Europäischen Kommission, Dr. Bernhard Roth-Harting vom Wirtschaftsministerium NRW und Dr. Ulrich Link von der Investitions- und Strukturbank des Landes Rheinland-Pfalz.

Am Morgen des zweiten Tages wurden konkrete Beispiele der Gründungs- und Mittelstandsförderung vorgestellt, darunter auch die Gründungsförderung „Made in USA“ des State of Virginia. Der Nachmittag war dem Problem der Finanzierung von risikoreichen, jungen und technologieorientierten Unternehmen und neuen Finanzierungskonzepten gewidmet.

Am dritten Tag ging es schließlich um Gründungs- und Unternehmensstatistiken aus verschiedenen Bereichen und ihre Aussagekraft als Planungs- und Entscheidungsgrundlage.

*Prof. Dr. Dorothea Jansen*

## Seminar für Ausbilder und Prüfer der Vermessungsverwaltung

Unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reinermann veranstaltete die Hochschule vom 25. bis 27. September das 7. Führungsseminar (Teil II) für Ausbilder und Prüfer der Vermessungsverwaltung.

In diesem geschlossenen, zweiteiligen Programm werden Ausbilder und Prüfer in der Referendarausbildung der Vermessungsverwaltungen der Länder in Fragen, die Management und Führung betreffen, an der Hochschule fortgebildet.

Die Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik

(AdV), die der Innenministerkonferenz zugeordnet ist, will damit geänderten Anforderungen der Praxis entsprechen.

Im nunmehr durchgeführten zweiten Kursteil der Veranstaltung wurden Themen wie „Bedeutung von Leitungsaufgaben und Wirtschaftlichkeit für die Ausbildung und Prüfung im höheren vermessungstechnischen Verwaltungsdienst“, „Social Fitness“, „Kosten- und Leistungsrechnung“ sowie „Prinzipien der Modernisierung der Vermessungs- und Katasterverwaltung“ behandelt.

*Hans-Peter Wabro*

# Verwaltung im Informationszeitalter

## 16. Speyerer Seminar für Büro- und Informationstechnologie

Unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reinermann veranstaltete die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer vom 11. bis 13. September ihr 16. Speyerer Seminar für Büro- und Informationstechnologie in der öffentlichen Verwaltung (SpeBit). In dieser Fortbildungsveranstaltung diskutierten 31 Teilnehmer aus Bundes- und Landesbehörden drei Tage lang mit hochkarätigen Referenten intensiv über ausgewählte Themen der Informationstechnik.

Im Blickpunkt der Veranstaltung standen die Herausforderungen der Informationsgesellschaft für den öffentlichen Sektor. Namhafte Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung referierten und diskutierten unter anderem über Verwaltung im Informationszeitalter, Visualisierungsmöglichkeiten durch Computersimulation, Datenschutz im Zeichen von Internet und Multimedia, Aufgaben von Rechenzentren, Workgroup- und

Workflow-Computing, Internet- und Client/Server-Technologien, weltweites E-Government, Rezentralisierungsbestrebungen im Bereich der Datenverarbeitung sowie über Verschlüsselung und elektronische Signaturen. Die Veranstaltung bot den Teilnehmern zudem Gelegenheit für praktische Übungen am Computer.

Bei einem Empfang im historischen Ratssaal der Stadt begrüßte der Speyerer OB, Werner Schineller, die Teilnehmer. In seiner Ansprache ließ er die EDV-Entwicklung der Stadtverwaltung vom ersten Großrechner in den 70er Jahren bis hin zum heutigen „virtuellen Rathaus“ Revue passieren. Auch das Fachpersonal sei von einer Stelle 1992 auf sieben Stellen im Jahr

Empfang im Rathaus: OB Werner Schineller hieß die SpeBit-Teilnehmer willkommen. Foto: Klehr

2000 aufgestockt worden. Dies zeige die enorme Bedeutung der Informationstechnik für die moderne Verwaltung.

Reinermann lobte das Speyerer Internet-Angebot als besonders innovativ. Schineller habe seine virtuelle Verwaltung, bei der inzwischen sogar Forumulare online ausgefüllt werden könnten, „unheimlich gut im Griff“.

*Hans-Peter Wabro*



# Fit für die Führung gemacht

## 20 Kollegiaten des Führungskollegs Speyer verabschiedet

**Jetzt sind sie fit für die Führung. - Fast drei Jahre lang wurden sie darauf vorbereitet, Leitungspositionen zu übernehmen. Am 25. Mai ging für die 20 Teilnehmer des IV. Führungskollegs Speyer (FKS) bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer ihre Fortbildung zu Ende.**

Während einer Feier im Rathaus wurden den Kollegiaten - Führungskräften aus der Ministerialverwaltung und nachgeordneten Behörden aus den Ländern Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein sowie von der Bundesanstalt für Arbeit - die Abschlussurkunden überreicht.

In 16 Kurswochen, verteilt auf 30 Monate, wurden sie fachlich in den Bereichen Verwaltungsmodernisierung, Haushalt, Finanzen, Europäisierung und Internationalisierung der Verwaltung qualifiziert. Die Teilnehmer haben unter anderem eine Erhebung zu Führungseigenschaften organisiert und ein Rollenspiel zur Einführung eines Mitarbeitergesprächs entworfen.

Dass vor allem soziale Kompetenzen in Führungspositionen unabdingbar sind, wurde in den Ansprachen deutlich. Heute würden Führungskräfte benötigt, die über Organisationsgrenzen hinausdenken können. „Eine Führungsperson, die nur fachlich geeignet ist und ansonsten aber nicht nach dem Rest der Welt fragt, ist ungeeignet“, erläuterte Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Siedentopf, wissenschaftlicher Beauftragter des IV. Führungskollegs, der den Kurs

inhallich vorbereitet und begleitet hat. Bei „seinen“ Kollegiaten sei ihm dabei allerdings nicht bange: Alle hätten in den 16 Kurswochen das erfolgreiche Auftreten im Berufsalltag erlernt.

Für Führungskräfte in der modernen Verwaltung sei es wichtig, auch mit den Ängsten und Emotionen der Menschen umgehen zu können, betonte der Rektor der Hochschule, Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill, in seiner An-

sonders spannend seien aber die Ausführungen der Praktiker gewesen. Den hervorragenden Kontakten Siedentopfs sei es zu verdanken, dass als Gastreferenten Lothar de Maizière, der letzte Ministerpräsident der DDR, Staatssekretärin Brigitte Zypries sowie Rainer Brüderle, MdL, gewonnen werden konnten. Siedentopf sei es mit „immensen persönlichen Einsatz“ gelungen, das IV. FKS mit Leben zu füllen. Als kleinen Dank

Mittelinstanzen oder das neue Leitbild der Verwaltung. An den Führungskräften liege es nun, den Mitarbeitern die Angst vor der Verwaltungsmodernisierung zu nehmen und sie zu fördern. Die moderne Führungspersönlichkeit sei aufgeschlossen, innovativ, anpassungsfähig und flexibel. Dabei sei es wünschenswert, dass so viele Positionen wie möglich mit den FKS-Absolventen besetzt würden. Denn die Speyerer Einrichtung schneide besser ab als viele Führungskollegs der Länder. Das FKS zeichne sich besonders durch seinen Charakter als interdisziplinäre, länderübergreifende und berufs begleitende Einrichtung aus. Der Hochschule dankte Frank für die Bereitstellung der Infrastruktur.

Erfolgreiche Kollegiaten: Abschlussfeier des IV. Führungskollegs Speyer unter Leitung von Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Siedentopf.

Foto: Klehr

sprache, in der er auch ehemalige Kollegiaten und Angehörige in Speyer willkommen hieß. Er sei sicher, viele der Absolventen als Staatssekretäre und Minister wieder an der Hochschule, die mehr und mehr zur Begegnungsstätte für administrative Spitzengespräche werde, begrüßen zu können.

Für die Kollegiaten berichtete Baudirektor Henning Bick vom Regierungspräsidium Gießen über seine Erfahrungen. Bei den vielfältigen Themen des Kurses sei es schwierig, einzelne Highlights herauszustellen. Ganz be-

überreichten ihm die Kollegiaten eine neuhochdeutsche Übersetzung des „armen Heinrich“.

Für die Träger des FKS überbrachte Dr. Rainer Frank, Leiter der Zentralabteilung der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, die Grüße von Ministerpräsident Kurt Beck. Die Verwaltung verfüge über gut ausgebildete Mitarbeiter. Auf diesen Lorbeeren dürfe sie sich aber nicht ausruhen. In den letzten Jahren habe es viele Veränderungen gegeben. Als Stichworte hierfür nannte Frank das neue Steuerungsmodell, die Neuordnung der

Als Anerkennung wertete es Siedentopf, dass die Träger in Zeiten knapper Kassen nicht nur den Fortbestand des FKS garantierten, sondern sich sogar noch mehr Plätze wünschten.

Da sich aber auch Führungskräfte nicht zu ernst nehmen sollen, sollte auch die Feier nicht zu ernst werden, so Siedentopf. Dafür sorgten mit humoristischen a-capella-Einlagen die vier Sänger des Collegium Vocalis, die die Gäste mit Liedern von den Comedian Harmonists bis zu Songs von King Elvis musikalisch unterhielten. *Beate Klehr*

## Rege Teilnahme

Die stattliche Zahl von 1 537 Teilnehmern besuchte im Frühjahr 2000 die Fortbildungsveranstaltungen von DHV und FÖV.

Angeboten wurden vier Tagungen mit insgesamt 790 Teilnehmern.

Den Weg zu vier Foren fanden 359 Interessierte und bei sechs Seminaren fanden sich insgesamt 179 Teilnehmer ein.

Die Veranstaltungen des FÖV wurden von 209 Teilnehmern besucht.

## Seminare und Veranstaltungen

Das 7. Seminar der Johann Joachim Becher-Gesellschaft Speyer beschäftigte sich mit dem Thema: „Leitbilder privaten und öffentlichen Handelns“. Die Leitung lag bei **Univ.-Prof. Dr. Carl Böhret, Dr. H. J. Bremme** (BASF AG) und **Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch**.

\*\*\*

**Univ.-Prof. Dr. Dieter Duwendag** hat an mehreren, von der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer veranstalteten aktuellen Diskussionsforen mitgewirkt. Darunter die Diskussionsrunde mit Wissenschaftsminister Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Zöllner über „Probleme der Hochschulpolitik“ (19. Mai), das Treffen mit Vorstandsmitgliedern der BASF AG über „Grundlagen unternehmerischer Planung“ (23. Mai) und das Spitzengespräch „Government meets Business“ zwischen Top-Managern und Staatssekretären über „Globalisierung der Informationsgesellschaft“ (23. Juni).

# Von den europäischen Nachbarn lernen

## Neue Reihe „Wettbewerb der europäischen Regionen“ an der DHV

*„Nutzen Sie die Chance, Ihre Region und Ihre Verwaltung europafit zu machen“ - über 50 Teilnehmer begrüßte der Rektor der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill, am 20. September zu einer neuen Reihe der DHV mit dem Titel „Wettbewerb der europäischen Regionen“. „In einem zusammenwachsenden Europa wird es immer wichtiger, sich nicht nur im nationalen Bereich zu vergleichen, sondern europaweit positive Beispiele und Vorbilder zu suchen und sich daran zu messen. Spätestens nach der Einführung des Euro wird dieser europaweite Vergleich die Diskussion um Standorte und Lebensqualität bestimmen“, erläuterte Hill die Absicht der Reihe.*

Dazu wurden den Teilnehmern vier innovative Projekte aus Europa präsentiert. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Öresund-Region (Kopenhagen/Malmö) stellte Birger Olofsson, Direktor des Öresund-Komitees, vor.

Markenzeichen der Region ist die neue, am 1. Juli eröffnete Brücke über den Öresund, die Dänemark und Schweden - nicht nur geografisch - verbindet. Vor sieben Jahren sei das Öresund-Komitee, ein gemeinsames politisches Gremium, gegründet worden. Damals habe es viele Vorurteile gegenüber den jeweiligen Nachbarn gegeben. Eine gemeinsame Region sei damals eine politische Vision gewesen und nicht marktgetrieben.

Heute sei allerdings durch die schnellere Verbindung zwischen den beiden Ländern ein gemeinsamer Arbeits-, Wirtschafts- und Kulturraum entstanden. Kulturelle Attraktionen seien ebenso gefördert worden wie Industrieansiedlungen. Die Rezession auf beiden Seiten sei durch den Integrationsprozess überwunden worden. Heute „strahlt die Region Optimismus aus“, so Olofsson.

Über die Entwicklungen in der Region Greater London berichtete Steve Cowell, Millenniums-Koordinator. Die Region setze vor allem darauf, in Projekte zu investieren, die die britische Hauptstadtregion

als international wettbewerbsfähiges Geschäftszentrum stärken sollen. Dazu zählt der Bau des Millennium-Domes ebenso wie der Strukturwandel der altindustriellen Londoner Docklands. Während der Staat in letztere investiert habe, sei der Stadtteil Greenwich bis zum Beginn der 90er Jahre eines der ärmsten Gebiete Großbritanniens gewesen. Die Rekonstruktion der Halbinsel Greenwich Peninsula mit dem Millennium-Dome habe dem Londoner Stadtteil einen enormen Schub gegeben. Inzwischen seien Milliarden in die Infrastruktur, den Wohnungsbau, Verkehrsplanung und Raumordnungsprojekte investiert worden. Der Erfolg: 12 500 neue Jobs seit 1995, 6 000 neue Häuser, neue Krankenhäuser, Parks, Spazierwege und Schulen.

Die Stadt Barcelona gilt als die am besten geführte Stadtverwaltung in

Europa. Sie hat in den vergangenen Jahren ein neues Verwaltungssystem eingeführt, erbringt einen Teil der Leistungen durch städtische Betriebe und stadteigene AGs und sticht im Bereich E-Democracy und Internet-Verwaltung besonders hervor. Wie die Stadt zur europäischen Vorzeige-Metropole wurde, erläuterte Mario Rubert, Direktor des internationalen Standortmarketings der Stadt Barcelona. Was für Öresund die „Zeit vor und nach der Brücke“ sei, gelte für Barcelona ebenso für die „Zeit vor und nach Olympia“. Nachdem es gelungen sei, die Olympischen Spiele 1992 in die Stadt zu holen, habe sie einen enormen Aufschwung erfahren. Die Spiele hätten der Stadt ein ganz neues Image gebracht und die Zusammenarbeit zwischen privatem und öffentlichem Sektor gefördert. Nach den Spielen habe man allerdings nach neuen Projekten suchen müssen. So seien etwa neue Wirtschafts- und Technologiezweige angesiedelt worden und mit dem Ausbau von Flughafen und Hafen sowie eines Bahnhofs für einen Hochgeschwindigkeitszug eine neue Logistik ermöglicht worden. Das neu-

este Projekt „Forum 2004“ soll mit einer sechsmonatigen internationalen Ausstellung im Stil der Weltausstellung über 25 Millionen Besucher in die Stadt locken. „Von Barcelona werden Sie in Zukunft noch viel hören“, prognostizierte Rubert.

Bei der vierten Region, „Paris/Ile de France“, gelten vor allen die regionalen Verwaltungsstrukturen als

zukunftswisend, mit denen es gelungen ist, einen Ausgleich zwischen der Kernstadt und dem Umland zu schaffen. Wie, erläuterte Jean-Pierre Palisse, Institut d'Aménagement

et d'Urbanisme de la Région Ile-de-France. In der Region Paris gebe es 1 300 Gemeinden. Früher habe es ernste Raumordnungsprobleme gegeben. Daher werde heute mehr auf Dezentralisierung gesetzt. Mit der Verabschiedung der „Pasqua-Gesetze“ 1995 sei die Rolle der Regionen und Gemeinden gestärkt worden. Gegen das städtische Wachstum seien Maßnahmen ergriffen worden wie ein städtischer Verkehrsplan mit attraktiveren Angeboten für den öffentlichen Nahverkehr, Naturparks oder Stadtrandbebauung. Dabei seien den städtischen Gremien größere Mitspracherechte eingeräumt worden. Als Beispiele nannte Palisse etwa den Stadtteil La Défense oder Ost-Paris. Hier seien über eine Million Quadratmeter neue Büroräume und 6 000 Wohnungen in Eigenregie der Stadt entstanden. Nur beim Ausbau der Universität oder „Grande Bibliothèque“ sei der Staat tätig geworden.

„Lassen Sie sich von diesen Ideen anregen und prüfen Sie, inwieweit die Erfahrungen auf Ihre eigene Verwaltung übertragbar sind“, appellierte Hill an die Teilnehmer. Gelegenheit hierzu besteht im November 2000 sowie im Januar, Februar und März 2001, wenn die Reihe mit Vertiefungsseminaren vor Ort fortgesetzt wird. Längerfristig ist es geplant, auch mittel- und osteuropäische Verwaltungen in das Programm mit einzubeziehen und ausländische Verwaltungskräfte nach Deutschland einzuladen, um ihnen innovative Projekte deutscher Regionen zu präsentieren, um diese bekannter zu machen. *Beate Klehr*

Schub durch  
Millennium-Dome

Neue Brücke ein  
Markenzeichen

# Von innovativen Projekten lernen

Interview mit der Europa-Referentin der DHV, Gertrud Auf der Mauer

*Frau Auf der Mauer, Sie sind seit einigen Monaten an der DHV Speyer als Europa-Referentin tätig. Was ist Ihre Aufgabe? An welchen Projekten arbeiten Sie zur Zeit?*

Meine Aufgabe besteht darin, an der Weiterentwicklung und Vertiefung der Aktivitäten der Hochschule im Bereich Europa und Internationales mitzuwirken. Zur Zeit beschäftige ich mich insbesondere mit einer neuen Art von Fortbildungsveranstaltungen, bei denen den Teilnehmern in Seminaren Fallstudien zu innovativen Reformprojekten in ganz Europa vor Ort präsentiert werden sollen.

Ziel ist es, im Sinne des von der portugiesischen Ratspräsidentschaft geforderten Benchmarking von anderen EU-Staaten zu lernen, im Sinne einer europäischen Innenpolitik Erfahrungen auszutauschen und die teilnehmenden Verwaltungen im Wettbewerb der Regionen im Sinne einer lernenden Region fit für Europa zu machen.

*Wie funktioniert das konkret?*

Wir wollen im Rahmen der neuen Fortbildungsreihe mit dem Titel „Wettbewerb der Regionen“ auch in die einzelnen Regionen der EU-Länder fahren, um uns über deren Verwaltungsprojekte zu informieren. Im September fand zunächst die Auftaktveranstaltung zu dieser neuen Reihe an der DHV Speyer statt (s. S. 26). Später folgen dann die Vertiefungsseminare in den Regionen selbst. Zunächst ist das Fortbildungsprogramm für Teilnehmer aus deutschsprachigen Ländern geplant, soll dann aber sukzessive auch auf andere EU-Mitgliedstaaten sowie die Länder Mittel- und Osteuropas ausgeweitet werden.

Hintergrund ist, dass wir das Rad nicht

immer neu erfinden, sondern von den Erfahrungen der anderen Länder profitieren wollen. Als Beispiele können hier etwa die grenzüberschreitende Zusammenarbeit leitender Verwaltungskräfte im sogenannten „building bridges“-Projekt in der neuen Öresund-Region zwischen Däne-

politischer Akteur thematisiert wird.

Die Europäisierung und Internationalisierung wird natürlich auch für die Hochschule immer wichtiger, um konkurrenzfähig zu bleiben. Ich sage immer „Wer sich bewegt, bewegt Europa“.

Und auch für die Verwaltungswissenschaften ergeben sich daraus natürlich neue Erkenntnisse.

*Wie reagieren Ihre Ansprechpartner im Ausland auf Ihre Besuche und das „Speyerer Programm“?*

Die Reaktionen waren durchweg positiv. Die Mitarbeiter der Verwaltungen haben den Wunsch geäußert, auch von uns zu lernen. Auch die Projektmanager, die wir zu uns eingeladen haben, um ihre Projekte vorzustellen, hielten viel von der Idee, hier ihre Erfahrungen austauschen zu können. „C'est génial“, meinte ein französischer Landesplaner, der einst im Kabinett von Simone Veill tätig war. Er würde sich wünschen, dass auch seine Mitarbeiter eine größere Bereitschaft zeigen würden, von anderen Ländern zu lernen. Und ein Landesvertreter von Rheinland-Pfalz hat geschrieben: „Die Idee lag in der Luft. Es musste nur einer auf sie kommen.“

*Wir danken für das Gespräch.*

*Die Fragen stellte Beate Klehr*

Gertrud auf der Mauer Foto: privat  
mark und Schweden, die Entwicklungsstrategien von Metropolregionen wie Greater London oder Paris/Ile de Paris oder das moderne Management einer Stadtregion im Stil einer Aktiengesellschaft wie Barcelona genannt werden.

*Welchen Nutzen bringt das der Hochschule?*

Die Hochschule baut ihre Funktion als Kontaktbörse weiter aus und übernimmt eine Vermittlerrolle im interregionalen Dialog. Sie leistet damit auch einen wichtigen Beitrag zu aktuell geführten Debatten, in denen die regionale Ebene als europa-

*Gertrud Auf der Mauer ist seit 1.4.2000 als Europa-Referentin an der DHV Speyer tätig. Nach ihrem Studium der Romanistik und Anglistik in Bonn war die heute 39-Jährige bei der Vertretung der Europäischen Kommission in Bonn, dem Bundes-sprachenamt sowie verschiedenen anderen europäischen Organisationen tätig.*

## Europäische Kooperationen

Auf Einladung der Europäischen Kommission präsentierte **Univ.-Prof. Dr. Eberhard Bohne, M. A.**, in der Plenarsitzung des Netzwerks der EU-Mitgliedstaaten für den Vollzug von Umweltrecht (IMPEL) am 26. Mai in Porto, Portugal, die Ergebnisse des Forschungsvorhabens „The Evolution of Integrated Permitting and Inspections of Industrial Installations in the European Union“, das er im Auftrag der Europäischen Kommission, des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und des Umweltbundesamtes (Deutschland), des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie (Österreich) und der Environment Agency (England und Wales) von August 1997 bis April 2000 durchgeführt hat.

\*\*\*

Auf Einladung der Europäischen Kommission hielt Bohne vor Regierungsvertretern der EU-Mitgliedstaaten sowie Vertretern europäischer Wirtschafts- und Umweltverbände am 23. Juni bei dem „Symposium on IPPC Implementation and Use of BREFS“ einen Vortrag zu Problemen integrierter Anlageneinigungen in den EU-Mitgliedstaaten.

## EDZ Speyer - Informationen zu Europa im Internet

Informationen über das Europäische Dokumentationszentrum EDZ-Speyer und zur europäischen Integration finden sich im Internet innerhalb des Servers der Hochschule Speyer unter der Adresse <http://www.dhv-speyer.de/edz.htm>.

Neben Hinweisen zur Nutzung des EDZ-Speyer und zur Recherche bei Fragen zur europäischen Integration werden Kurzbeschreibungen und Links zu den wichtigsten kostenfrei zugänglichen Datenbanken und Informationsdiensten der Europäischen Union und des Europarates angeboten.

Besonders hinzuweisen ist auf die Informationsangebote zur aktuellen Regierungskonferenz 2000 zur institutionellen Reform der Europäischen Union und zu den Arbeiten an einer Grundrechtecharta der Europäischen Union.

Eine weitere wichtige Neuerung wird durch „Celex-Basic“ eröffnet. Dieser Suchdienst ermöglicht den Zugriff auf die bisher kostenpflichtige Datenbank Celex. Diese enthält vor allem die im Amtsblatt der EU veröffentlichten Rechtsakte und sonstigen Dokumente der EU-Organe sowie ferner die Urteile des EuGH und des Gerichts erster Instanz.

# Verwaltung in der Europäischen Union

## Auswirkungen des EU-Rechts auf nationale Verwaltungen

*Wie wirkt sich das Recht der Europäischen Union auf Recht und Praxis der nationalen Verwaltungen aus? Mit diesen und weiterführenden Fragen beschäftigte sich das „Europa-Forum Speyer - Verwaltung in der Europäischen Union“, das unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera und Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann vom 10. bis 12. April an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer stattfand.*

Die Tagung widmete sich drei Schwerpunkten, nämlich den Wechselwirkungen zwischen europäischem Gemeinschaftsrecht und nationalem Verwaltungs- und Verwaltungsprozessrecht, dem Themenfeld Transparenz, Zugang zu Informationen und Datenschutz in der Europäischen Union und schließlich den Rechtsfragen im Zusammenhang mit der Gewährung von Beihilfen aus nationalen und gemeinschaftlichen Mitteln.

Der erste Schwerpunkt, die Wechselwirkungen zwischen nationalem und europäischem Verwaltungs- und Verwaltungsprozessrecht, wurde von Dr. Klaus-Dieter Schnapauff, Ministerialdirektor im Bundesministerium des Innern, Dr. Alexander Jannasch, Richter am Bundesverwaltungsgericht, Jean-Marie Woehrling, Generalsekretär der Rheinschiffahrtskommission, Dott. Diana-Urania Galetta, Universität Mailand, sowie den Universitätsprofessoren Dr. Thomas von Danwitz (Bochum) und Dr. Manfred Zuleeg (Frankfurt am Main) beleuchtet. Die Vorträge und Beratungen zu diesem Schwerpunkt machten deutlich, dass sich Eu-

ropäisches Gemeinschaftsrecht und nationales Verwaltungsrecht in einem Prozess starker wechselseitiger Beeinflussung befinden und viele wichtige Institutionen und Elemente der nationalen Verwaltungsrechtsordnungen Aufnahme in das Gemeinschaftsrecht gefunden haben. Umgekehrt beeinflusst aber das Gemeinschaftsrecht auch die Fortentwicklung der

nationalen Verwaltungsrechtsordnungen, so etwa im Bereich des Verwaltungsprozessrechts, wo das Vorbild des Gemeinschaftsrechts einige Mitgliedstaaten zu einer Erweiterung des nationalen Verwaltungsrechtsschutzes veranlasst, bzw. eine eingehende rechtspolitische Diskussion über Breite und Tiefe des künftig zu gewährenden nationalen Verwaltungsrechtsschutzes ausgelöst hat.

Zum zweiten Schwerpunktbereich - Transparenz, Zugang zu Informationen und Datenschutz in der Europäischen Union - referierten Univ.-Prof. Dr. Armin Hatje (Bielefeld) sowie Dr. Ulrich Wölker, Europäische Kommission. Aus den Vorträgen

und den daran anschließenden Diskussionen ergab sich, dass Transparenz, Informationszugang und Datenschutz in der Europäischen Union in jüngster Zeit erheblich verbessert wurden. Dies geschah durch die Schaffung der notwendigen rechtlichen Grundlagen, durch eine offenere Informationspolitik der europäischen Organe und durch verbesserte Informationsangebote für die Unionsbürger. Allerdings bereitet im Einzelfall der angemessene Ausgleich zwischen den Informationsinteressen und den kollidierenden Interessen an der Vertraulichkeit bestimmter Informationen noch immer erhebliche Schwierigkeiten.

Mit dem dritten Schwerpunkt, Beihilfen aus nationalen und gemeinschaftlichen Mitteln, befassten sich die Vorträge von Univ.-Prof. Dr. Adelheid Puttler (Bielefeld) und Univ.-Prof. Dr. Christian König (Bonn). Referenten und Dis-

kussionsteilnehmer stimmten darin überein, dass Beihilfen, die aus nationalen oder gemeinschaftlichen

Mitteln gewährt werden, den innergemeinschaftlichen Wettbewerb verzerren können und deshalb zu ihrer Rechtfertigung eines besonderen Mehrwertes bedürfen. Dabei kommt der Europäischen Kommission als Hüterin des gemeinsamen Marktes die Aufgabe zu, durch eine effektive Beihilfenaufsicht die Entstehung eines unkontrollierten Subventionswettlaufes zu Lasten der europäischen Steuerzahler zu verhindern. Die grundsätzliche Notwendigkeit, mitgliedstaatliche und gemeinschaftliche Beihilfenpolitik aufeinander abzustimmen, wurde nicht bestritten. Kontrovers diskutiert wurde jedoch die Frage, welche Kompetenzen der Europäischen Kommission bei der Kontrolle nationaler Beihilfen zur Regionalförderung und für öffentliche Unternehmen zustehen.

Das Europa-Forum Speyer konnte sein Ziel, vertieftes Wissen zu Recht und Politik der Europäischen Union durch den Dialog mit namhaften Wissenschaftlern und hochrangigen Praktikern zu vermitteln, voll erreichen. So hoben die Teilnehmer im Rahmen der Evaluation insbesondere die inhaltliche Qualität der Vorträge und die fachliche Kompetenz der Referenten hervor.

Das 2. Europa-Forum Speyer ist für den 26. bis 28. März 2001 vorgesehen.

Holger Holzgart

Beihilfen verzerren Wettbewerb

Transparenz erheblich verbessert

# Zusammenarbeit stärken

## 7. Deutsch-Französisches Kolloquium: Élèven der ENA zu Gast

*Soll die Europäische Integration gelingen, müssen nicht nur Freundschaften und politische Kontakte gepflegt werden, sondern auch die Verwaltungen näher zusammenrücken. Diesem Ziel diene das 7. Deutsch-Französische Kolloquium, das die DHV Speyer zusammen mit der École Nationale d'Administration (ENA) am 5./6. Juni veranstaltete.*

Zur Eröffnung begrüßte Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Siedentopf, der die binationalen Treffen vor sieben Jahren ins Leben gerufen hatte und für die Organisation verantwortlich zeichnete, 140 Élèven des laufenden ENA-Jahrgangs „Nelson Mandela“ sowie 80 Hörer der DHV.

Dass die DHV 1947 nach dem Vorbild der ENA gegründet wurde, „erfüllt uns mit großem Stolz“, so der Rektor der DHV, Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill, in seiner Ansprache. Inzwischen sei die Hochschule zu einer festen Institution für die Aus- und Fortbildung der Führungskräfte des öffentlichen Dienstes aller deutscher Länder geworden. Dabei spiele die Europäisierung eine immer größere Rolle. „Die nationalen Verwaltungen müssen sich zunehmend mit europäischen vergleichen lassen“.

Über den Stand der Staatsreform in Deutschland referierte Ministerialdirektor Klaus-Henning Rosen vom Bundesministerium des Innern. In einem kurzen Abriss ließ er verschiedene Reformen seit Bestehen der Bundesrepublik Revue passieren. Dem Programm vom „schlanken Staat“ unter der Regierung Kohl habe die Schröder-Regierung nun das Konzept „des aktivierenden Staates“ gegenübergestellt. Während die Verschlingung des Regierungsapparates nach dem Berlin-Umzug nicht gelungen sei, werde nun mehr Wert auf Modelle des modernen Staates und der modernen Verwaltung gelegt, eines Staates, der den Bürger nicht bevormunde, sondern ihn ermutige und auf mehr Bürgerbeteiligung setze.

Dass die Kommunen beim Thema Modernisierung eine Vorreiterfunktion inne haben, verdeutlichte der Speyerer Oberbürgermeister, Werner Schineller, in seinem Grußwort. Während heute über die Staatsreform diskutiert werde, sei vor vier Jahren die Reform der Kommunen Thema des Deutsch-Französischen Kolloquiums gewesen. Und inzwischen habe sich auf diesem Gebiet einiges getan: Die Kommunalverfassung sei verändert worden, Bürgermeister und Landräte würden nun direkt gewählt. Ein Stadtleitbild sei entwickelt worden und die Verwaltung verstehe sich immer mehr als Dienstleister.

Aus dieser Idee heraus seien auch die Bürgerbüros entstanden, in denen alle Belange der Bürger ganzheitlich bearbeitet werden.

Die Staatsreform in Frankreich beleuchtete Präfekt Marc Cabane. Diskussionen zum Thema Staatsreform würden in Frankreich eher belächelt. Bisher habe es zwei wichtige Reformbestrebungen gegeben: im Wirtschafts- und Finanz- sowie im Bildungsministerium. Beide seien von den dortigen Beamten abgelehnt worden. Die Bürger seien dabei kaum zu Wort gekommen. Heute gehe es jedoch darum, den Kunden, die Bürger, zufriedenzustellen, mit ihnen zu sprechen, ihre Erwartungen zu erfahren. „Der Bürger muss ins Zentrum der staatlichen Aktionen gestellt werden“, so Cabane.

Europäer: Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill, Ministerpräsident Kurt Beck, ENA-Direktor Raymond F. Le Bris, Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Siedentopf und Oberbürgermeister Werner Schineller (v.l.). Foto: Klehr

Zur deutschen und französischen Europa-politik referierten Dr. J. Christoph Jessen vom Auswärtigen Amt sowie Ralph Dassa, Direktor des Zentrums für Europäische Studien, Straßburg. Jessen analysierte die Berliner Rede Joschka Fischers zur Schaffung einer „europäischen Föderation“, die in Frankreich auf heftige Kritik gestoßen war. Fischer habe eine Initiative zur Vollendung der europäischen Union gestartet und damit der Europäischen Integration einen wichtigen Anstoß gegeben, so Jessen.

Die EU-Regierungskonferenz thematisierte Dassa. Die Tagesordnung biete ein großes Pensum an zu regelnden Themen, er sei jedoch guter Hoffnung, dass die anstehenden Probleme gelöst werden könnten.

Nach der Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland sei es nun an der Zeit, „konkrete politische, kulturelle und ökonomische Initiativen folgen zu lassen“, sagte der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck, gleichzeitig auch Bevollmächtigter für die kulturelle Zusammenarbeit mit

Frankreich, in seinem von Phoenix übertragenen Festvortrag. Der Anspruch, der Motor der europäischen Einigung zu sein, dürfe kein verbaler Anspruch bleiben, sondern müsse mit Leben gefüllt werden. Verschiedene Initiativen wie die Kooperation in Grenzregionen, die Zusammenarbeit in der Ausbildung oder eine stärkere Präsenz des Nachbarlandes in den heimischen Medien könnten diesem Ziel dienen.

Die Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland sei inzwischen so stark, dass sie „auch andere Meinungen aushalten müsse, ohne dass die Beziehungen dadurch nachhaltig gestört sind“, sagte Beck in Anspielung auf die Äußerungen des französischen Innenministers Jean-Pierre Chevènement zur Fischer-Rede. Auch diese Veranstaltung diene der Pflege solcher Kontakte.

Bei dieser Gelegenheit stiftete der Ministerpräsident einen Pokal für den traditionellen Fußballwettkampf zwischen den Mannschaften von DHV und ENA, der bislang allerdings immer mit einem deutschen Sieg endete.

Die verwaltungsmäßige Zusammenarbeit sei noch nicht so weit gediehen wie die politische, monierte ENA-Direktor Raymond-Francois Le Bris. Daher sei die Zusammenarbeit der beiden Institutionen umso wichtiger. Die Anregung Becks, künftig auch verstärkt Hörer aus den neuen Bundesländern an der ENA aufzunehmen, seien bereits realisiert worden. Darüber hinaus soll über eine noch engere Zusammenarbeit mit der ENA beraten werden.

In weiteren Plenar- und Arbeitsgruppensitzungen wurden die Themen Verwaltungsmodernisierung in Deutschland und Frankreich sowie die europäische Integrationspolitik beider Länder behandelt.

Mit dem Verlauf der Veranstaltung zeigte sich Siedentopf zufrieden: „Es gab lebhaftes, intensive Diskussionen, besonders in den Kleingruppen“, sagte er. Bei dem Treffen hätten sich viele persönliche und fachliche Kontakte ergeben. Besonders dankte er der Robert Bosch Stiftung und ihrem Generalsekretär Dr. Ulrich Bopp für die großzügige finanzielle Förderung des Verwaltungskolloquiums, ohne die eine solche Veranstaltung für mehr als 250 Teilnehmer nicht hätte organisiert werden können.

Benedikt Speer/Beate Klehr

# Belgisches Verwaltungssystem beleuchtet

Reihe „Europa in Speyer“ mit Gastprofessor Geert Bouckaert

**Die europäische Ausrichtung verstärken - das ist das Ziel der neuen Reihe „Europa in Speyer“, die im vergangenen Semester an der DHV Speyer begonnen hat. Nachdem damals das Nachbarland Frankreich auf dem Programm gestanden hatte, wurde die Reihe am 19. Juli im zweiten Teil mit Belgien fortgesetzt.**

In einem zusammenwachsenden Europa werde es immer wichtiger, nicht nur die Strukturen der EU, sondern auch die Verwaltungssysteme der einzelnen Länder kennen zu lernen, betonte Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill, Rektor der Hochschule und wissenschaftlicher Leiter der Reihe, in seiner Einführung.

Zunächst gab Univ.-Prof. Dr. Geert Bouckaert, Direktor des Instituts für Public Management an der Katholieke Universiteit Leuven, Belgien, der als Gastprofessor zum zweiten Mal in Speyer lehrte (s. auch *nebenstehendes Interview*), einen kurzen historischen Abriss zur Entstehung Belgiens, bevor Michel Damar, Generalsekretär im Ministerium des öffentlichen Dienstes, Brüssel, den Aufbau der belgischen Nationalverwaltung erläuterte.

Wie Deutschland ist Belgien föderal gegliedert, also ein Bundesstaat mit verschiedenen Ebenen der Gewaltausübung.

Dennoch unterscheidet sich der Verwaltungsaufbau wesentlich: Während es eigentlich vier Sprachregionen - französisch, flämisch, deutsch und wallonisch - gibt, ist die Verwaltung in drei Regionen und zwei sogenannte Gemeinschaften neben dem Bundesstaat unterteilt. Alle diese sechs Institutionen haben jeweils eine Regierung und ein Parlament, die - anders als in Deutschland - gleichberechtigt nebeneinander stehen. Dementsprechend können sowohl Zentralregierung als auch Gemeinschaften und Regionen je nach ihrer Zuständigkeit Gesetze oder Dekrete beschließen, die gleichwertig sind. Die „Gemeinschaften“, die sich an den Sprachregionen orientieren, wie etwa die französische Ge-

meinschaft in Wallonien oder die deutsche im Norden Flanderns, sind beispielsweise für das Schulwesen oder die Kultur zuständig; die drei Regionen Flandern, Wallonien und Brüssel dagegen für Raumordnung, Wirtschaft und Arbeit sowie in einigen Bereichen des Steuerwesens und der Außenpolitik. Der Bundesregierung steht die Kompetenz auf den Gebieten Steuern, soziale Sicherheit, Gesundheitswesen, Einkommenspolitik, Wettbewerbsrecht und Justiz zu. Sollte es zu Streitigkeiten vor allem bei der Gesetzgebung kommen, entscheidet das oberste Schiedsgericht.

Aber auch das Thema Verwaltungsmodernisierung sei derzeit in Belgien sehr aktuell. Im Zuge dessen seien viele Zuständigkeiten an die Regionen übertragen worden. Dadurch sollten sie autonomer werden, erläuterte Damar. Das bürokratische

tär im Ministerium für Allgemeine Angelegenheiten und Finanzen der flämischen Gemeinschaft, Brüssel, über die Modernisierung in den Regionen. Das Ministerium der flämischen Gemeinschaft sei erst 1989 in seiner jetzigen Form eingerichtet worden. Inzwischen gebe es Bemühungen, weniger, aber dafür besser ausgebildete Beamte einzustellen. Die Mitarbeiter erhielten Leistungszulagen sowie garantierten Weiterbildungsurlaub. Leitbilder sollen helfen, ergebnisorientiert zu arbeiten und die Ergebnisse konkret zu überprüfen. Daneben seien die Verwaltungsstrukturen flacher, die Behörde von 350 Dienststellen auf 135 reduziert worden.

Den Aufbau der belgischen Kommunen erläuterte Bouckaert. Dem Bürgermeister als Verwaltungschef stehen „Schöffen“ oder Beigeordnete zur Seite. Während der

Bürgermeister nur für Polizei und Verwaltung direkt verantwortlich ist, ist der sogenannte Verwaltungssekretär, der höchste Beamte, zuständig für das Personal. „Geldeinnehmer“ und Rechnungsprüfer seien dem Finanzmanager gewichen, der jetzt die Funktionen Einnahme und Controlling vereine.

In der anschließenden Diskussion wurde bemängelt, dass etwa Leistungskriterien, die zu Zulagen der Mitarbeiter führen, schwer zu definieren seien. Ist

etwa der Beamte im Sozialamt besser, der nach Gesetz allen Berechtigten die Sozialhilfe ausbezahlt, oder der, der sie im Ermessensfall lieber einspart?

Ein wesentlicher Unterschied zu Deutschland sei es, dass die Verwaltungsmodernisierung hier vor allem von den Kommunen ausgegangen sei. Das sei leider bisher in Belgien noch nicht der Fall, bedauerte Bouckaert. „Die Dynamik der Modernisierung ist dort noch völlig abwesend, obwohl die Gemeinden die Autonomie hätten, sich so zu organisieren, wie sie wollen. Es ist ein Paradoxon: Wir werden die Gemeinden also verpflichtet, frei zu sein.“

Beate Klehr

Leo Victor, Michel Damar, Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill und Univ.-Prof. Dr. Geert Bouckaert (v.l.) auf dem Forum Foto: Klehr

Verwaltungsmodell habe seit den 80er Jahren in ein System, das Managementgrundsätzen folgt, umgewandelt werden sollen. Allerdings sei dies noch nicht ganz gelungen. Nun solle zunächst die Bundesverwaltung neu konzeptioniert werden. So sei etwa das „Kabinett des Ministers“ mit einem ganzen persönlichen Beraterstab auf ein persönliches Sekretariat reduziert worden. Die Bezahlung auf der Managementebene werde nun nach Leistung vorgenommen. Und im Zuge einer neuen Kommunikationspolitik würden die Bürger über ihre Meinung zur Verwaltung befragt und via neuer Medien auch besser informiert.

Am Beispiel der flämischen Gemeinschaft berichtete Leo Victor, Generalsekre-

## Internationale Kooperationen

Auf der 12. Tagung der Deutsch-Israelischen Juristenvereinigung, die vom 21. bis 28. Mai in Beer-Sheva und Jerusalem ausgerichtet wurde, referierte **Univ.-Prof. Dr. Dr. Detlef Merten** zum Thema „Der Kollaps eines Unrechtssystems und seine Bewältigung. Das Beispiel DDR - Ergebnisse nach 10 Jahren - Verwaltungsaspekte“.

# Effiziente Verwaltungen schaffen

Gastprofessor Dr. Geert Bouckaert über seinen Aufenthalt in Speyer

*Prof. Bouckaert, you have spent the summer term 2000 as a guest professor at the German University of Administrative Sciences Speyer. What experience did you make?*

First of all, let me say that it was a great honour to have been invited to the Speyer School and to have contacts with the Research Institute which is well known internationally. You should know that Leuven has been in contact with Speyer in two ways. First, there is the initiative of Professors Klages and Hill on the quality price. Part of my research was also in this field and I followed the initiatives and publications of the two colleagues closely. In this context I could participate in some international workshops organised by the Speyer colleagues. So Speyer was not new to me. A second contact is through the EMPA-programme (European Master of Public Administration) which is an European network in which Speyer is included. I always insisted on having a German partner and it was obvious that Speyer would guarantee that input. Colleagues Fisch and Färber did and are doing an excellent job from that point of view. Also one of my assistants in Leuven, who is now finishing his PhD did study in Speyer as part of the EMPA programme.

It is a crucial element in doing comparative research and in sharing experiences on public administrations. Obviously I know many colleagues from conferences in EGPA (European Group of Public Administration) and of IIAS (International Institute of Public Administration). I remember the excellent contributions of Professors König, Siedentopf, Reinermann and others. So Speyer is not new and it was an occasion to meet my good colleagues again and to talk more intensively with them.

*What are the differences between the way teaching is done at the University in Speyer and in Leuven?*

I think the main differences have to do with the features of the two universities. The size is different. Leuven also consists of more than one faculty. The commonalities are the links with a historical city and the spread of the input of students. Language is also different. In Leuven it is a necessity to teach also in English. I think Speyer urgently needs also a more visible presence of courses in English. The presence of Europe is already quite clear. The idea of these exchanges with the French ENA and the Euro-

pean days are ideas which I took home and which we also could organise in Leuven. From that point of view Speyer was very inSpeyering for me. I very much enjoyed organising the Belgian morning to explain the complex functioning of our system.

*In your seminars here in Speyer you have dealt with the analysis of administrative modernisation in ten different countries (Canada, Australia, USA, Germany, France, Netherlands, Sweden, Great Britain and Finland) during the last two decades. The administrative systems of these countries are rather different. How can we compare them at all?*

You are quite right. It is unfair and methodologically wrong to compare countries as if these are equal entities. Some are big, look at the USA, others are small. New Zealand has only 3.5 million inhabitants. This is smaller than some cities. There are differences in history, in administrative and political traditions, in institutional settings. We could continue up to the level that the conclusion would be that comparative research is not possible. Of course this is not my position. The book that Christopher Pollitt and myself wrote and in which we compared and analysed the administrative modernisation in these ten different countries (Oxford University Press, 2000) was a difficult exercise. Perhaps it was part of our hubris to dare to think we could do this. Others should judge whether we did a good job or not. The first element is to collect the empirical material of what really happened in these countries. We collected a lot of information on reorganisations, on changes in financial systems, on shifts in personnel management, on general changes in strategies of the role of government in society. Although the comparison was never done from the point of view of 'who is the best?' and even less from the position 'whom should we imitate?' It is quite revealing that there are some common elements between clusters of countries. We noticed that countries combine strategies and sometimes focus more on one strategy than another. Four strategies emerged from our research: Maintain, this is a conservative position of increasing existing systems; second, Modernise, this is the tendencies of the so-called New Public Management which we also critically describe; third, Marketise, which is about the quasi markets and the public public competition; fourth, Minimise, which is clearly cutting down on the size and the importance of the public sector. So it is possible to describe changes in systems, it is also possible, be it to a lesser extent, to explain some elements, and finally some elements of extrapolation, i.e. predict some shifts.

*Your second seminar dealt with success management in the public sector. How can success be measured?*

Perhaps the emphasis was more on performance in the public sector and how this is integrated in a coherent way in management systems. The focus was on performance measurement systems in the public sector, their content and their formats. In a second part we discussed the integration in financial management systems (budgets, accounting and audit) and in contract-management. The interesting thing was that we discussed real documents used in e.g. New Zealand, Australia or the UK and then tried to confront this with the German situation. For most students it was much appreciated that we worked with genuine documents and I guess it was stimulating that they could benchmark this with the German practice. My questions were always: Do you think this is useful in a German context? Do you think this is possible and desirable in the German practice? The purpose is to demonstrate to students, and of course also civil servants, that improvement and change is possible, desirable and useful.

The word success is a rhetorical word. I prefer not to use it. Rather I would talk about the functionality of management systems. How functional are they? I use this in the sociological meaning: How is it contributing to the goals and missions of the public sector and the organisations? Performance needs to be on the

agenda since we use scarce resources. That is an economic reason. Also we need to explain that the public sector did a good job. This is part of accountability. This is essential in a democracy and a Rechtsstaat. These two elements support the legitimacy of the public sector and perhaps it may help to increase the trust we have in government. To the extent that there is a link between good performance of the public sector, satisfaction of citizens and trust in government, it is essential to focus on these elements. Perhaps it will help to reduce the success of the extreme right in Western countries. I understand that Germany is also working on that.

*The students have given you absolute top marks for your courses. What is your recipe for success?*

I think you should ask the students. I made an effort to work with a mix of techniques: ex cathedra, video, discussions, exercises, paper presentation. Also I tried to refer to concrete situations from abroad which I put in a context and that then facilitated to put Germany in that map. Without judging on Germany I implicitly suggested that there is an agenda and perhaps a pattern for improvement or development. I really enjoyed discussing with the students, and it was my impression that this was mutual.

*Thank you very much for the interview.*

„Increase the trust in government“

Interessiert am deutschen Verwaltungssystem: Delegation aus Jilin. Foto: Klehr

## Verwaltungssystem untersucht

### Delegation aus der Provinz Jilin zu Gast an DHV

Um das Verwaltungssystem Deutschlands besser kennenzulernen, hat sich die Regierungsbehörde „Foreign Affairs' Office of People's Government of Jilin Province“ der Volksrepublik China dazu entschlossen, ihre Beamten in Zusammenarbeit mit der Hans-Thorn-Gesellschaft für deutsch-chinesische wirtschaftliche Zusammenarbeit für eine bestimmte Zeit in Deutschland ausbilden zu lassen.

Aus diesem Anlass besuchte eine Delegation aus der Provinz Jilin und der Thorn-Gesellschaft am 7. Juli die Hochschule, unter ihnen auch der Vizepräsident Wu Wenchang vom

Jilin Provincial Bureau of Personnel Affairs. Die Referentin für das Ausländer-(Aufbau-) Studium, Dipl.-Verwaltungswissenschaftlerin Kathrin Schwalb, Rechtsassessorin Stefanie Gille und Pressereferentin Dipl.-Pol. Beate Klehr erläuterten den Besuchern die Struktur, Aufgaben und den Aufbau der Hochschule.

Insgesamt zeigte sich die Gruppe sehr interessiert an einer weiteren Kooperation.

Im Anschluss besichtigte die Gruppe die Seminarräume, das Wohnheim sowie die Bibliothek. Als Dank überreichten die Chinesen der Hochschule ein Bild der Region Jilin.

## Internationale Kooperationen

**Univ.-Prof. Dr. Dr. Klaus König** nahm vom 8. bis 12. Mai an dem von den Vereinten Nationen veranstalteten 15. Treffen der Expertengruppe für Öffentliche Verwaltung und Finanzen in New York teil. Die alle zwei Jahre stattfindenden Treffen der Expertengruppe dienen der wissenschaftlichen Begleitung und der Ausarbeitung von Empfehlungen zu Programmen der Vereinten Nationen mit Bezug auf die Öffentliche Verwaltung.

\*\*\*

Vom 25. bis 26. Mai fand in Frankfurt die Transatlantik-Konferenz unter dem Motto „Changing Governance in the United States of America and the Federal Republic of Germany“ statt. Dabei hielt König ein Referat mit dem Titel „Reinventing Government: The German Case“. Die Konferenz bot Verwaltungswissenschaftlern und -praktikern aus Deutschland und den USA eine Plattform für den transatlantischen Austausch von Ideen und Erfahrungen mit der Modernisierung der Verwaltung.

\*\*\*

Das IIAS (International Institute of Administrative Sciences) veranstaltete vom 19. bis 22. Juni mit Vertretern aus über 60 Staaten und internationalen Organisationen in Bologna die Erste

Internationale Regionalkonferenz mit dem Thema „Öffentliche Verwaltung und Globalisierung: internationale und supranationale Verwaltungen“. König nahm daran teil und übernahm den Vorsitz in einer der Arbeitsgruppen.

\*\*\*

Vom 3. bis 7. April nahm **Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reiner** als Mitglied einer deutschen Delegation auf Einladung der Microsoft Corporation an der „Microsoft Government Leaders Conference“ in Seattle teil.

\*\*\*

Auf Einladung der State Legislative Leaders Foundation (SLLF) hielt Reiner anlässlich des zweiten internationalen Studienprogramms der SLLF „E-Commerce, E-Business, E-Government and the Internet - What Will Modern Technologies Bring in the New Century?“, das vom 7. bis 10. September in Ljubljana stattfand, einen Vortrag zum Thema „The Interdependencies between the Internet and the Politicians: Why do they need each other in the Future?“

\*\*\*

Während der „Days of Slovene Administration“ vom 28. bis 30. September sprach Reiner zum Thema „Systems and approaches of Training in Public Administration“.

## Verwaltungsgerichtsbarkeit in Thailand

Die Früchte internationaler Wissenschaftskooperation und -beratung reifen manchmal erst nach einigen Jahren. In den Sektionen 276 bis 280 der neuen Verfassung für das Königreich Thailand vom 11. Oktober 1997 finden sich erstmalig Vorschriften über die Errichtung einer selbständigen und unabhängigen Verwaltungsgerichtsbarkeit in diesem Land. Bereits 1933 hatte die Regierung einen Staatsrat (Council of State) nach dem französischen Modell des Conseil d'Etat errichtet, allerdings nur mit der Konsultativfunktion gegenüber der Regierung und dem Parlament. Die verwaltungsgerichtliche Funktion des Conseil d'Etat wurde nicht übernommen. Mit der neuen Verwaltungsgerichtsbarkeit, ihrer organisatorischen, verfahrensmäßigen und personellen Ausgestaltung der Verwaltungsgerichte in dem Gesetz vom 10. Oktober 1999 orientiert sich die thailändische Regierung - nach intensiver, internationaler Diskussion - vor allem an dem deutschen Modell der selbständigen und unabhängigen Verwaltungsgerichtsbarkeit. Ein Verwaltungsverfahrensgesetz war bereits 1997 verabschiedet worden.

In diesen weitreichenden Veränderungen in Richtung auf eine rechtsstaatliche Verwaltung ist auch das Ergebnis einer sechsjährigen Kooperation und Beratung der DHV Speyer mit der Regierung des Königreichs Thailand zu sehen. Die deutsche Arbeitsgruppe bestand aus Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Siedentopf, Regierungsdirektor Dr. Christoph Hauschild (BMI) und Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann. Die Materialien zu dieser Kooperation, die von der Konrad-Adenauer-Stiftung finanziert wurde, sind in den Speyerer Forschungsberichten Nr. 122, 129, 142 und 180 veröffentlicht worden. Es wird interessant sein, die Bewährung und Entwicklung dieser neuen Verwaltungsgerichtsbarkeit im Königreich Thailand zu begleiten.

Der im Frühjahr 2000 gewählte Präsident des Obersten Verwaltungsgerichts, Prof. Dr. Ackaratorn Chularat, hat gegenüber der DHV seinen Dank für die intensive, ertragreiche Zusammenarbeit in Vorbereitung der neuen Verwaltungsgerichtsbarkeit in Thailand ausgedrückt.

*Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Siedentopf*



# An deutschem Bildungssystem interessiert

Delegation der Chinese National School of Administration besucht DHV

*Die Chinese National School of Administration (CNSA) möchte künftig enger mit der DHV kooperieren. Grund genug für eine fünfköpfige Delegation der Hochschule und der Abteilung Forschung und Hochschulwesen des Finanzministeriums, Speyer zu besuchen und sich über die DHV zu informieren. Das besondere Interesse der Gruppe galt daher dem Aufbau der DHV, der Struktur von Ausbildung, Fortbildung und der Forschung sowie der Ausbildung von Führungskräften in der öffentlichen Verwaltung.*

Der Rektor der Hochschule, Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill, begrüßte die Gäste und erläuterte ihnen kurz den Aufbau und die Struktur der Hochschule.

Über die CNSA informierte die Delegationsleiterin, Sun Guoying. In Zeiten zunehmender Globalisierung sei es wichtig, voneinander zu lernen. Aufgabe der CNSA sei es, die Staatsbediensteten des mittleren und höheren Dienstes aus- und fortzubilden sowie die Forschung. Der Präsident der Hochschule bekleide auch immer zugleich eine wichtige Position im Staatsrat, dem die Hochschule direkt untergeordnet sei. Auch bei der Verabschiedung von Gesetzen habe die CNSA ein Mitspracherecht.

Derzeit werde die Einrichtung noch weiter ausgebaut.

Die Frage der Finanzierung der DHV Speyer sowie den Unterschied zwischen der DHV mit Universitätsstatus und der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung, einer internen Einrichtung des Bundesinnenministeriums, erläuterte Hill.

Univ.-Prof. Dr. Dr. Klaus König berichtete über das Bildungs- und Forschungssystem in Deutschland, in dem die DHV eine Besonderheit darstelle. Nach dem Vorbild der ENA als höhere Schule für Staatsbedienstete

gegründet, habe sich nach Ende der Besatzungszeit die Frage gestellt, wie es mit der DHV weitergehen solle. Schließlich erhielt sie Universitätsstatus, behielt aber weiterhin die Funktion der École Nationale bei. Daher auch die Finanzierung durch alle Länder, deren Angehörige des öffentlichen Dienstes

lichen Verwaltung am Beispiel des IV. Führungskollegs Speyer (FKS) berichtete Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Siedentopf.

Für Führungskräfte sei es wichtig, direkt nach der Ausbildung mit der Fortbildung anzuschließen, um spezifische praktische Berufskennntnisse zu erwerben. Die Teilnehmer

des FKS würden durch die Konferenz der Staatssekretäre bestimmt. Neben der Fortbildung in 16 Wochen über 30 Monate müßten sie aber auch ihre reguläre Arbeit erledigen. Frühere Teilnehmer des FKS seien heute in führenden Positionen, etwa als Staatssekretäre in Ministerien, tätig. Im Vordergrund der Ausbildung stehe das Vermitteln von Führungsqualitäten - sei es die Fähigkeit der Koordi-

Über das deutsche Bildungssystem informiert: chinesische Delegation der CNSA an der DHV.  
Foto: Klehr

hier aus- und fortgebildet werden.

Das System der Einheit von Bildung und Forschung an der Universität lasse sich in Zeiten der Großforschung nicht mehr aufrechterhalten. Diese werde inzwischen in weiten Teilen von der Privatwirtschaft getragen. Inwieweit muss sich also der Staat überhaupt noch um die Forschung kümmern? Zumindest bei der Grundlagenforschung sowie bei der Forschung, die die Industrie nicht leiste, müsse dies durch öffentliche Einrichtungen kompensiert werden, so König. Aber auch auf dem Gebiet der öffentlichen Verwaltung, wo etwa dem FÖV eine solche Kompensationsfunktion zukomme.

Über die Ausbildung, Fortbildung und den Einsatz von Führungskräften in der öffent-

nation, eine Pressekonferenz zu leiten, sicher in der Öffentlichkeit aufzutreten oder der Umgang mit Mitarbeitern.

Es sei nachweisbar, dass der Einsatz von FKS-Absolventen zu direkten Veränderungen in den Ministerien geführt habe.

Der Referent für Aufbaustudium und Fortbildung, Akademischer Direktor Dr. Egon Riffel, erklärte die Zulassungskriterien zum Studium an der DHV sowie den Verwaltungsaufbau der Hochschule.

Nach einem gemeinsamen Mittagessen und einer Besichtigung der Domstadt reiste die Delegation nach Maastricht weiter, wo der Besuch des European Institute of Public Administration (EIPA) auf dem weiteren Programm stand.  
Beate Klehr

## Internationale Kooperationen

An dem Kolloquium „Globalization and Regionalization: A Paradoxical Challenge for Public Policy“, das vom 22. bis 25. Mai in Maastricht stattfand, nahmen Vertreter von über 20 europäischen und US-amerikanischen Universitäten teil. Veranstalter war die Indiana University, School of Public and Environmental Affairs, Bloomington, Indiana, USA. **Univ.-Prof. Dr. Eberhard Bohne, M.A.**, vertrat die DHV Speyer auf der Gründungsversammlung des „Transatlantic Consortium for Public Policy Analysis and Education“. Das Consortium ist ein Zusammenschluss europäischer und US-amerikanischer Universitäten auf der Grundlage der Transatlantischen Agenda 1995 zwischen der EU und den USA. Das Consortium veranstaltet jährlich wissenschaftliche Kolloquien in den USA oder in einem EU-Mitgliedstaat und fördert die Zusammenarbeit seiner Mitglieder in Lehre und Forschung. Bohne war Teilnehmer des Panels „The Changing Nature of Governance“ und einer der Berichterstatter, die am Ende der Tagung eine Zusammenfassung der Ergebnisse des Kolloquiums präsentierten.

\*\*\*

Der Deutsche Akademische Austauschdienst hat mit Schreiben vom 18. April auf Antrag des Senatsbeauftragte für das Ausländer-(Aufbau-)Studium, **Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas** einen erheblichen Förderungsbetrag (17 000,- DM) für die Veranstaltung eines wissenschaftlichen Seminars in Seoul/Korea zur Nachbetreuung ehemaliger Studierender bewilligt. Das Seminar findet im November in Seoul in Zusammenarbeit mit dem DAAD-Alumni-Verein und der Dongguk-Universität Seoul statt. In diese Zusammenarbeit ist der südkoreanische Verfassungsgerichtshof einbezogen. Dabei geht es auch um eine Weiterbildung für ehemalige Absolventen des Speyerer Ausländer-(Aufbau-)Studiums sowie für koreanische Wissenschaftler und Staatsbeamte, die in Speyer promoviert haben.

# „Absolute Spitzenklasse“

## Magisterurkunden an der DHV feierlich überreicht

*Sie haben's geschafft: Große Freude herrschte bei den Absolventen des verwaltungswissenschaftlichen Aufbaustudiums an der DHV Speyer: Seit 19. April dürfen die Hörer des 24. Prüfungsjahrgangs 1999/2000 den Titel Magister der Verwaltungswissenschaften (Mag.rer.publ.) tragen. In einer Feierstunde an der Hochschule überreichte ihnen der Rektor, Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill, die Urkunden.*

Alle 47 zur mündlichen Prüfung zugelassenen Studierenden haben die Prüfung bestanden. Eine mündliche Prüfung musste wegen Überschneidung mit dem zweiten Staatsexamen im Juni nachgeholt werden.

Der Notendurchschnitt dieses Jahrgangs „ist absolute Spitzenklasse“, lobte die Vorsitzende des Senatsausschusses für das Aufbaustudium, Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber. Nach Jahren gab es zum ersten Mal wieder ein „sehr gut“. Kerstin Estler (Rechtsassessorin) hatte mit

17 von 18 möglichen Punkten diese Bestnote erreicht und erhielt dafür den Preis der Hochschulvereinigung Speyer, der mit 500 Mark dotiert ist. Insgesamt hätten die Frauen durchschnittlich um gut einen Punkt besser abgeschlossen als die Männer, freute sich Färber.

Zwölf Kandidaten (plus ein Nachholer) erhielten die Note „gut“. Mit einem Notendurchschnitt von 10,89 Punkten erzielte der Jahrgang die besten Durchschnittsnoten seit Bestehen des Aufbaustudiums 1976.

Zweit- und Drittbeste bei den Deutschen wurden Margot Wagner (Landschaftsplanerin, 15 Pkte) und Jörg Sewald (Historiker, 15 Pkte). Sie wurden mit Buchpreisen der Hochschule ausgezeichnet. Von den 33 deutschen Hörern des Prü-

fungsjahrgangs waren 23 Juristen, sieben Sozialwissenschaftler, ein Wirtschaftswissenschaftler sowie ein Forstwirt und ein Landschaftspfleger.

Daneben haben sich 21 ausländische Hörer aus 16 Ländern an der Prüfung beteiligt. Unter ihnen befanden sich 11 Hochschuldozenten und Führungskräfte der öffentlichen Verwaltungen aus Entwicklungsländern (Burkina Faso, Mali, Marokko, Niger, Mongolei, Vietnam, China, Nepal), die den neun-

kamen aus Russland, Rumänien, China, Pakistan, Indonesien, Paraguay, Argentinien, Frankreich, USA und der Schweiz.

21 ausländische Hörer beteiligt

Seit 1982 wird das verwaltungswissenschaftliche Studienprogramm für ausländische Hörer im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Zusammenarbeit mit der Deutschen Stiftung für Internationale

Entwicklung/Zentralstelle für Öffentliche Verwaltung (DSE/ ZÖV) in einem zweijährigen Turnus angeboten. Zur Übergabe der Urkunden war Dr. Wilhelm Schirmer von der DSE/ZÖV aus Berlin angereist, um die Glückwünsche seiner Einrichtung zu überbringen.

Seit Bestehen des Programms hät-

„Spitzenergebnisse“: Die erfolgreichen Prüflinge erhielten ihre Magisterurkunden.

Foto: Venus

ten Jahrgang des verwaltungswissenschaftlichen Studienprogramms bildeten.

Daniel Kettiger (Schweiz, 14 Pkte) erzielte hier den besten Abschluss. Er erhielt den mit 2 000 Mark dotierten DAAD-Preis. Ihm folgte Christian Sissao (Burkina Faso) als Zweitbester (14 Pkte gerundet). Ihm wurde der Preis der Hochschulvereinigung Speyer für ausländische Hörer (500 Mark) überreicht. Die drittbesten Ergebnisse erzielten mit je 13 Punkten Aurangzeb Khan aus Pakistan sowie Yu Fu aus der Volksrepublik China, denen der Senatsbeauftragte für das Ausländer-(Aufbau-)Studium, Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas, Buchpreise übergab.

Die übrigen ausländischen Absolventen

sich zahlreiche Stiftungs- und Regierungsstipendiaten an dem gemeinsamen Programm beteiligt, sagte Pitschas. Im Ausland sei die Hochschule mitunter bekannter als im eigenen Land.

Im Namen der Hörer bedankten sich Isabelle Sattig und Daniel Kettiger bei den Professoren, der Bibliothek sowie den Referenten für das Ausländer-(Aufbau-) und Aufbaustudium für ihr Engagement. Die Zusammenarbeit mit Hörern unterschiedlichster Nationen habe den Blick über die Grenzen hinweg ermöglicht. Viele der Hörer würden sicher erfolgreiche Karrieren in den Verwaltungen ihrer Städte und Länder machen, sagte Hill. Er hoffe, sie alle wieder bei den Fortbildungsveranstaltungen der DHV begrüßen zu können.

Dr. Egon Riffel/Kathrin Schwalb/Beate Klehr

Bester Jahrgang seit Bestehen

## Hilfe für die Pindanis

Alles hatte so vielversprechend begonnen: Disher Pindani aus Malawi hatte Verwaltungswissenschaften an der DHV Speyer studiert und 1999 als Jahrgangsbester mit dem Magister abgeschlossen. Die Promotion sollte folgen. In seiner Heimat hatte Pindani öffentliche Verwaltung studiert und arbeitete als Dozent.

Auch das private Glück schien perfekt: 1998 konnte er Ehefrau Doris und Sohn Sunge nach Speyer holen, Töchterchen Chrisomo wurde vor elf Monaten geboren.

Dann der schreckliche Schicksalsschlag: Disher Pindani litt an Blutkrebs. Nach neun Wochen im Krankenhaus verstarb er am 12. Juni. Er war nur 32 Jahre alt geworden.

Er hinterlässt Frau und zwei Kinder, die so schnell wie möglich in die Heimat zurückkehren wollten.

Um zumindest die finanzielle Not der Familie zu lindern, ihnen den Umzug zurück und in Malawi einen neuen Start zu ermöglichen, rief Renate Weihe, die sich in ihrer Freizeit um die ausländischen Hörer der DHV kümmert, eine Spendenaktion ins Leben.

7 500 Mark sind bis dato auf dem Konto eingegangen, 4 600 davon von Hochschule und Forschungsinstitut. 500 Mark hatte ein Speyerer Geschäftsmann gespendet und 1 000 Mark hatte die Hörschaft gesammelt. Auch die Mitglieder der Hochschulvereinigung sowie des Fördervereins der DHV hatten sich großzügig beteiligt.

Am 3. Juli konnte die Familie in ihre Heimat zurückkehren, gleichzeitig wurde der Verstorbene überführt.

Das Spendenkonto bei der Volksbank, Nr. 162620, Kennwort „Familie Pindani“ besteht noch. Damit könnte die Ausbildung der Kinder der Familie finanziert werden.

# Wissenschaft und Gaumenfreuden

## Schaffermahlzeit mit Vortrag und Fisch-Essen

*Wissenschaft und Gaumenfreuden verbinden und damit noch einen guten Zweck verfolgen - die Hörer des vergangenen Semesters haben mit ihrer „Schaffermahlzeit mit Grünkohl und Pinkel“ vorgemacht, wie's funktioniert. Da wollten die Hörer der Landesgruppen Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein im aktuellen Semester natürlich nicht nachstehen: Sie organisierten die zweite Auflage der Schaffermahlzeit - in sommerlicher Abwandlung der Menüauswahl dieses Mal mit Matjes und Ofenkartoffeln.*

Der Wissenschaft wurde mit einem Vortrag von Univ.-Prof. Dr. Hans H. Klein von der Universität Göttingen, Richter am Bundesverfassungsgericht a.D., zum Thema „Parteien, Presse, Rundfunk“ Rechnung getragen. Es sei den Hörern gelungen, mit Klein einen sehr prominenten Redner nach Speyer zu holen, betonte der Rektor der Hochschule, Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill, in seiner Begrüßung. Die Schaffermahlzeit sei eine gute Initiative, die auch in der Staatskanzlei des Landes auf positive Resonanz gestoßen sei. Unter den zirka 90 Gästen des Abends hieß Hill auch den ehemaligen Chef der Staatskanzlei, Willibald Hilf, sowie den FDP-Landtagsabgeordneten Jürgen Creutzmann willkommen.

Klein erläuterte die rechtlichen Möglichkeiten der Einflussnahme von Parteien auf die Medien. Parteien stehe das Recht der Meinungsfreiheit zu, ja sei geradezu ihr „Lebenselement“. Die Herausgabe von eigenen Zeitungen, aber auch die Beteiligung von Parteien an Zeitungsverlagen habe daher eine lange Tradition.

Nach der CDU-Spendenaffäre habe sich allerdings die Frage gestellt, die unternehmerische Betätigung von Parteien grundsätzlich zu verbieten. Aus verfassungsrechtlicher Sicht sei eine solche Betätigung aber nicht zu bemängeln. Die Parteien müssten allerdings ihre Vermögenserträge

Fälle den Ländern - unbenommen, hierbei Unterschiede zu machen und - schon aus Gründen des Wahlergebnisses - zu gewichten, welche Parteien wie stark vertreten sind.

Insgesamt sei es sinnvoll, den Parteien eine begrenzte Möglichkeit der Beteiligung zu ermöglichen. „Hätten sie die nicht, würden sie andere Möglichkeiten der Einflussnahme finden“, so Klein.

Aber auch das leibliche Wohl sollte schließlich nicht zu kurz kommen: Im Anschluss an den Vortrag servierten die Hörer fachgerecht Matjes und Ofenkartoffeln, Kartoffelsalat und Aal. Letzterer bedurfte allerdings vor dem Verzehr besonderer Bearbeitung: „Jan“ Bruns, der für die Verköstigung verant-

wortlich zeichnete, erläuterte wie man den „Smoortaal auszieht“ - und Finger und Magen nach verrichteter Arbeit mit Hochgeistigem und -prozentigem vom Fett befreit.

Der Erlös der Veranstaltung kam einem Fonds zur Unterstützung ausländischer Hörer und Doktoranden, darunter auch der Familie des verstorbenen Hörers Disher Pindani, zugute.

Beteiligung in Grenzen ermöglichen

Möglichkeiten der Einflussnahme

Erlös für Familie Pindani

Univ.-Prof. Dr. Hans H. Klein

Foto: Klehr

ge offen legen. Der Staat habe lediglich dem dominierenden Einfluss einer Partei entgegenzuwirken. Auch in Rundfunk und Fernsehen - zu

mindest bei den öffentlich-rechtlichen Sendern - sei vorgeschrieben, dass alle gesellschaftlich relevanten Gruppen und somit auch die Parteien im Rundfunkrat vertreten sein sollen. Allerdings bleibe es dem Gesetzgeber - in diesem

# Jetzt schon für die Zukunft planen

## Jobbörse für Verwaltungswissenschaftler in der Stadthalle

Was kommt nach dem Studium oder dem Referendariat? Den Hörern, die darauf noch keine sichere Antwort wissen, eröffnete die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer Perspektiven für die Zukunft. In der sogenannten Orientierungsphase II zum Ende des Semesters präsentierten sich in einer Jobbörse rund 20 potentielle Arbeitgeber den Hörern.

Der Kreis der beteiligten Einrichtungen reichte vom Justizministerium Rheinland-Pfalz, der Hansestadt Hamburg über die Deutsche Bank AG und namhaften Sozietäten bis zur Europäischen Kommission.

Die Vertreter der einzelnen Einrichtungen hatten Gelegenheit, in einer jeweils 15-minütigen Präsentation ihre Einrichtung sowie Anforderungen an die Bewerber vorzustellen. Daneben präsentierten sich die einzelnen Institutionen mit Informationsständen im Foyer.

Für die Zukunft gewappnet: DHV-Hörer bei der Orientierungsphase II in der Stadthalle.

Foto: Klehr

Hier bestand für die Hörer die Möglichkeit zum persönlichen Gespräch.

„Der Blick über den Teller wird immer wichtiger“, erklärte Peter Stadtmüller vom Arbeitsamt Ludwigshafen. Den versuchte die DHV auch beim Angebot der Teilnehmer zu verwirklichen: Die Palette der Aussteller reichte dabei von Finanzdienstleistern, Banken, So-

zietäten, Industriefirmen bis zu öffentlichen Einrichtungen.

„Es war noch mehr los wie sonst und wir hatten noch nie so viele gezielte Nachfragen“, freute sich Jürgen Kentenich, Leiter der Personalgruppe der OFD Koblenz. Auch Rudolf Wiener von der Hansestadt Hamburg war erstaunt über den „riesigen Zulauf“.

„Wir hatten eine sehr gute

Resonanz und durchgehend Kundschaft“, sagte auch Dr. Ulrike Fleck von der BASF AG. Und „Gespräche am laufenden Band“ konnten auch die Sozietäten verzeichnen.

Gefragt, aber schwer zu bekommen, seien Stellen bei der Europäischen Kommission. Die Bewerber müssten mehrere Auswahlverfahren durchlaufen und, wenn sie sie bestanden haben, könne es noch Jahre dauern, bis eine Stelle frei werde, berichtete Britta Omeis von der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland.

Auch die Hörer zeigten sich insgesamt zufrieden. Während die einen sich über zu einseitige Angebote für Wirtschaftswissenschaftler, andere für Juristen und wieder andere für Verwaltungswissenschaftler klagten - was insgesamt für eine ausgewogene Auswahl spricht - tauschten andere schon die Bewerbungsmappen im Foyer.

# Europa im Sport vereint

## Hochschule bei Europäischer Fußballmeisterschaft und Brezelfest aktiv

Auf Initiative der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Hochschulvereinigung fand im Frühjahr in Paris die Zweite Europäische Fußballmeisterschaft der Universitäten und Hochschulen statt. Weit über 100 Auswahlmannschaften aus 25 verschiedenen Ländern kämpften um den Titel des Europameisters der Hochschulen und Universitäten. Hierunter auch die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, die im Vorjahr als beste deutsche Hochschulmannschaft überaus erfolgreich abgeschnitten hatte.

Dank großzügiger Unterstützung durch die Hochschulvereinigung und die Hörerschaft konnte eine Auswahlmannschaft der Hochschule, bestehend aus Hörern des Sommersemesters 1999 und des Wintersemesters 1999/2000, in Paris antreten. Mit drei knappen Niederlagen in den Gruppenspielen gegen die St. Mary's University (Nordirland), die University Palacky Olomouc (Tschechien) und das Petersborough Regional College (England) konnte der große sportliche Erfolg des

unserer Hochschulmannschaft und der guten Platzierung des Vorjahres erfolgte noch vor Ort durch die Organisatoren eine Einladung zur Dritten Europäischen Hochschulmeisterschaft der Universitäten und Hochschulen im kommenden Jahr in Amsterdam.

\*\*\*

Die DHV-Mannschaft: Felix Vonnegut, Claus Zarmutek, Michael Pinkow, Clemens Bolay, Thomas Bleses, Frank Bauer, Kai Jessen, Wolfgang Leonti, Ivo Groß, Frank Billing, Thomas von Laffert, Jürgen Schmidt, Jürgen Schlösser, Thorsten Ehlers.

Vorjahres leider nicht wiederholt werden. Wichtiger als das positive sportliche Ergebnis war aber auch in diesem Jahr die Begegnung mit Studenten aus verschiedenen Ländern und Kulturen. Die Organisatoren der „European Student Football Association“ hatten im Programmablauf genügend Zeit für gemeinsame Mahlzeiten und Unternehmungen gelassen. Eine Stadtbesichtigung und ein kulturelles Rahmenprogramm rundeten die Fahrt ab. Wegen des fairen sportlichen Auftretens

Brezelfest heißt Feiern, Umzug und Spaß - dazu gehört aber auch traditionell der Sport. Zum 12. Mal schon stand am Brezelfest-

Sonntag der Straßenlauf an. Für die DHV Speyer eine Premiere: Erstmals beteiligte sich die Hochschule mit einem eigenen Team an der Firmenwertung. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Die über 20 Läufer landeten nach der Firma Tiropatrans auf dem 2. Platz. 13 Sekunden trennten sie vom Sieg. Insgesamt 495 Läufer hatten sich an dem 8,2 Kilometer langen Kurs durch die Speyerer Innenstadt beteiligt - ein Teilnehmerrekord.

Kai-Olaf Jessen

# Leben ganz in Rosa

Semesterabschlussball in der Stadthalle

## Über Heimatländer der ausländischen Hörer informiert

Tolle Stimmung: Die Hörer hatten zum Ball geladen.

**„La vie en rose“ hieß das Motto des Abschlussballs der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer am 22. Juli in der Stadthalle. Und die Hörer hatten das Motto sprichwörtlich genommen: Ganz in Rosa erstrahlte die liebevoll dekorierte Stadthalle. Die Gäste erwartete ein Ausflug ins Paris der 20er Jahre mit einem musikalischen Potpourri von Chansons bis Oper.**

Der Rektor der Hochschule, Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill,

und Hörsprecherin Heike Duus begrüßten hierzu die gesamte Hörschaft, die Mitarbeiter der Hochschule sowie Förderer und Freunde.

Schon im Foyer wurden die Gäste mit Akkordeon-Chansons, Käse und Rotwein begrüßt - ganz à la France.

Getreu dem Motto des Abends interpretierte Wiebke Dörre unter Klavierbegleitung von Dirk Wichmann den Chanson „La vie en rose“. Mächtig ins Zeug gelegt hatten sich die Hörer -

allen voran Festreferent Matthias Schütz als Organisator - mit ihrem Showprogramm: Ob klassisches Terzett, Hörerchor, Streichquartett, Cancan-Darbietung, Erinnerungsfotos am Eingang oder der Verkauf

Foto: Lenz der druckfrischen Semesterzeitung - die Vorstellungen der Hörer überzeugten.

Die Gelegenheit, sich näher zu kommen, hatten die Gäste auf der prallgefüllten Tanzfläche genutzt, während die Songs der „Twins“ den Besuchern mächtig einheizten.

Mit einer schwungvollen Band, einem reichhaltigen Büffet und einigen besonderen Showeinlagen fand das Sommersemester 2000 damit seinen „rosigen“ Abschluss.

Die zunehmende Globalisierung macht auch vor der DHV Speyer nicht Halt. Deshalb hat die Hochschule seit geraumer Zeit einen ihrer Ausbildungsschwerpunkte auf den Bereich Internationales gelegt. Und sie ist bestrebt, diesen Schwerpunkt weiter auszubauen. Dass es aber auch schon jetzt auf dem Campus multikulturell zugeht, belegt nicht zuletzt die Zahl der ausländischen Hörer, die jedes Semester hier studieren. Dass auch die Professoren ein besonderes Interesse an ihren ausländischen Hörern und deren Heimatländern haben, beweist nun eine besondere Geste: Beim traditionellen Abschlussessen, zu dem sich die Lehrstuhlinhaber am Ende jeden Semesters treffen, wollen sie sich künftig über das Heimatland einer ihrer ausländischen Hörer informieren. Der Abend soll insgesamt unter dem Motto des jeweiligen Landes stehen.

Den Auftakt bildete am 26. Juli - aus aktuellem Anlass der Wahlen - das Land Mexiko. Der mexikanische Aufbauhörer Carlos Gabriel Téllez Giron Gomez stellte die Verwaltungsorganisation und den Staatsaufbau vor. Zu dem Abschlussessen in einem mexikanischen Restaurant waren auch der mexikanische Generalkonsul Cristóbal Gonzales sowie der Vorsitzende des deutsch-mexikanischen Kulturkreises „Amistad“ eingeladen, die über die Kultur und Politik des Landes berichteten.

# Freundschaften fürs Leben geschlossen

Offizielle Semesterabschlussveranstaltung mit „Manöverkritik“

„Es ist schade, dass das Semester schon wieder zu Ende ist. Ich hoffe, es hat Ihnen Spaß gemacht und dass Sie bei uns etwas gelernt haben“ - so verabschiedete der Rektor der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill, bei der offiziellen Semesterabschlussveranstaltung die über 550 Hörer des Sommersemesters.

Etwas unbequem für die Hörer sei in diesem Semester aufgrund der Generalsanierung die

Auslagerung der Lehrveranstaltungen in die Stadthalle und andere Räume in der Stadt gewesen. „Aber ich denke, wir haben ganz gut improvisiert“, so Hill. Für das schlechte Wetter während des Semesters sei allerdings die Hochschule nicht verantwortlich.

Hill bedankte sich noch einmal bei den Hörschaftsvertretern, die sich in sämtlichen Gremien wie Lehrplanausschuss oder Senat sehr engagiert hätten. Auch die Schaffermahlzeit sei eine sehr gelungene

Veranstaltung der Hörer gewesen - und habe zudem noch einem guten Zweck, u.a. der Unterstützung der Familie des verstorbenen Hörers Disher Pindani, gedient.

In der anschließenden „Manöverkritik“ wünschten sich die Hörer noch mehr Angebote von ergänzenden Veranstaltungen wie Rhetorik-, Sprach- oder Führungsseminare. Die Hochschule sei bemüht, ihre internationale Ausrichtung zu verstärken und wolle in Zukunft auch Seminare mit inter-

nationalem Bezug in englischer oder französischer Sprache anbieten, versprach Hill.

„Wir haben alle viel gelernt und Freundschaften fürs Leben geschlossen“, resümierte Hörsprecherin Heike Duus in ihrer Abschlussrede. Als Erinnerung an ihr Speyer-Semester hatten die Hörer T-Shirts mit der Aufschrift „DHV Speyer - Sommer 2000“ bedrucken lassen, die sie nun bei der Abschlussveranstaltung präsentierten.

Beate Klehr

# Nach 10 Jahren wieder in Speyer

## Hörer des Jahrgangs 1989/90 zum Ehemaligentreffen an der DHV

Die DHV Speyer hat ihre spätere Laufbahn geprägt, gerne erinnern sie sich an ihre Zeit in Speyer zurück - die ehemaligen Aufbauhörer des Jahrgangs 1989/90. Am 8. Juli haben sie sich wieder an der DHV getroffen, um ihr 10. Jubiläum gemeinsam zu begehen. Acht Ehemalige unter Leitung von Edgar Göll trafen sich im Gästehaus, um sich über die neuesten Entwicklungen an der Hochschule zu informieren. Regierungsrätin Sabine Brieger, Leiterin der Abteilung 1 der Hochschulverwaltung, und Pressereferentin Dipl.-Pol. Beate Klehr erläuterten das aktuelle Lehrangebot sowie die Neuerungen an der Hochschule.

Die Absolventen berichteten über ihre Zeit in Speyer. Zufrieden zeigten sich die Absolventen darüber, in Speyer studiert zu haben. Heute sind sie in Führungspositionen in Ministerien, Kommunen und anderen Behörden sowie in freien Wohlfahrtsverbänden tätig.

Kritisch beurteilten sie hingegen im Nachhinein einige Punkte der Ausbildung: Sie hätten sich einen noch stärkeren Praxisbezug gewünscht - insbesondere

Jubiläumstreffen in Speyer: Die Hörer des Jahrgangs 1989/90.

Foto: Klehr

hinsichtlich der Vermittlung von im Beruf unerlässlichen Führungskompetenzen.

Brieger verwies darauf, dass die Hochschule immer großen Wert auf den Praxisbezug gelegt habe und derzeit knapp 70 Lehrbeauftragte und Honorarprofessoren aus der Praxis an der DHV unterrichteten.

Fragen der Führung spielten inzwischen in zahlreichen Fortbildungsveranstaltungen, aber auch Seminaren eine große Rolle. Zudem sei das Führungskolleg Speyer (FKS) eingerichtet worden. Insofern habe sich in den vergangenen zehn Jahren einiges getan.

# Ehrendoktor für Prof. Eichhorn

## Uni der Bundeswehr zeichnet ehemaligen Speyerer Professor aus

Prof. Dr. Peter Eichhorn, derzeit Inhaber des Lehrstuhls für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, öffentliche Verwaltung und öffentliche Unternehmen, insbesondere Krankenhauswesen, an der Universität Mannheim, ist mit einer der höchsten akademischen Würden ausgezeichnet worden, die eine Universität vergeben kann. Die Fakultät für Wirtschafts- und Organisationswissenschaften der Universität der Bundeswehr München verlieh dem Ordinarius den Ehrendoktor für seine wegweisenden Publikationen, die „den heutigen Stand der Betriebswirtschaftslehre wesentlich und sichtbar geprägt haben“. So formulierte es sein Fachkollege Prof. Dr. Günther E. Braun in der Laudatio.

Maßgeblich trug Eichhorn zur Verankerung der Öffentlichen Betriebswirtschaftslehre bei, einer Disziplin, die sich betriebswirtschaftlichen Fragen öffentlicher Verwaltungen und öffentlicher Unternehmen sowie den Trägern, Einrichtungen und Diensten der Freien Wohlfahrtspflege

Univ.Prof. Dr. Peter Eichhorn Foto: privat widmet. Als Pionier erarbeitete er Ansätze, die heute als New Public Management bezeichnet und als Neue Steuerungsmodelle in Kommunalverwaltungen eingeführt werden.

In einer Feierstunde in München fragte

der Geehrte in Anlehnung an Friedrich Schiller „Was heißt und zu welchem Ende studiert man Wirtschaftlichkeit?“ Eichhorn antwortete mit Johann Wolfgang von Goethe: „Erkennen, was die Welt im Innersten zusammenhält.“

Nach dem Abitur in Hof studierte der heute 61-jährige Wirtschaftswissenschaftler an den Universitäten Würzburg, Berlin und Erlangen-Nürnberg. 1967 folgte die Dissertation (Dr. rer. pol.), die mit dem Preis der Stiftung der deutschen Gemeinden und Gemeindeverbände ausgezeichnet wurde, sowie 1972 die Habilitation für Betriebswirtschaftslehre.

1972 lehrte Eichhorn als Professor an der FU Berlin, 1972 bis 78 war er ordentlicher Professor und 1976/77 Rektor der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, 1978 bis 81 war er dann an der Universität Erlangen-Nürnberg tätig, seit 1981 ist der international renommierte Wissenschaftler Ordinarius (1984/85 Dekan) der Fakultät für Betriebswirtschaftslehre der Universität Mannheim.

# Wohnheim war für Frauen tabu

## Ehemalige im Porträt (Teil 2): Generalstaatsanwältin Ursula Reichling

**Recht und Gesetz und deren Auslegung sind ihre Leidenschaft. Deshalb studierte sie Rechtswissenschaften. Heute ist sie Generalstaatsanwältin in Zweibrücken: Ursula Reichling. Einen Teil ihres Referendariats hat sie in Speyer absolviert. SpeyerBrief sprach mit der „Ehemaligen“ über ihre Erinnerungen.**

*Frau Reichling, Sie waren im Wintersemester 1966 Rechtsreferendarin an der Hochschule. Warum sind Sie damals nach Speyer gekommen?*

Ich war Referendarin in Nordrhein-Westfalen. Es hatte sich rumgesprochen, dass man die Verwaltungsgerichtsstation in Speyer absolvieren konnte. Das war eine sehr angesehene und beliebte Alternative. Ich habe mich also darum bemüht und die Gelegenheit bekommen, nach Speyer zu gehen, was mich natürlich sehr gefreut hat, zumal meine Studienfreundin mitkam.

*Wie war damals die Situation für Frauen an der Hochschule?*

Wir waren eigentlich schon gewohnt, dass wir die absolute Minderheit waren und besondere Kenntnis von uns genommen wurde. Damals gab es noch keine Wohnheimplätze für Frauen,

die waren den Männern vorbehalten. Also mussten wir uns in der Stadt ein Zimmer besorgen. Zunächst hatten wir in der Innenstadt eine kleine Mansardenwohnung, dann mussten wir umziehen und zogen in die Nähe der Hochschule zu einer alten Dame, die alles komplett orientiert hatte. Es war sehr abenteuerlich.

*Was waren Ihre wichtigsten Erfahrungen an der Hochschule?*

Es war eine gute Erfahrung, Leute aus allen Bundesländern zu treffen. Außerdem war es sehr interessant, nach der praktischen Ausbildung wieder in die Wissenschaft zu kommen. Es hat sehr viel Spaß gemacht, wieder Seminare und Vorlesungen zu besuchen. Außerdem habe ich mich zum ersten Mal richtig mit dem Steuerrecht befasst. Und die Hochschule hat es geschafft, dass mich plötz-

lich das Verwaltungsrecht sehr interessiert hat. In meinem Studium stand dieses Thema nicht so sehr im Vordergrund und ich habe das Verwaltungsrecht bis

dahin immer nicht richtig fassbar gefunden. Das hat sich in Speyer geändert und ich habe es dann sehr viel besser verstanden. Ich hätte mir damals sogar beruflich den Verwaltungsweg vorstellen können.

*Auch heute noch gerne zu Besuch an der DHV: Ursula Reichling*  
Foto: privat

Besonders wichtig fand ich also insgesamt die Horizonsweiterung.

*Wie haben Sie Speyer erlebt?*

Ich habe zum ersten Mal die Pfalz kennengelernt. Die Stadt Speyer hat mir sehr gut gefallen. Den Dom fand und finde ich immer noch sehr beeindruckend. Viele haben behauptet, Speyer sei im Winter nicht so schön, aber mir hat es sehr gut gefallen.

*Was verbindet Sie heute noch*

*mit der Speyerer Hochschule?*

Ich komme auch heute, 35 Jahre später, noch gerne zu Fortbildungsveranstaltungen und Vorträgen. Inzwischen hat sich sehr viel geändert, die Erweiterung in der Forschung, die Kontakte zur ENA, die Internationalisierung, es gibt viele ausländische Studenten und Doktoranden. Auch das postuniversitäre Aufbaustudium gab es damals noch nicht. Die Hochschule hat eine bemerkenswerte Entwicklung genommen, das hätten wir uns damals nicht so vorgestellt.

*Hatten Sie damals schon eine Karriere im Justizdienst geplant?*

Ich war zunächst Richterin, Staatsanwältin und zuletzt Leitende Oberstaatsanwältin und ständige Vertreterin des GStA in Hamm. Seit 1991 bin ich nun Generalstaatsanwältin in Zweibrücken. So etwas plant man nicht, dazu gehört viel Glück und Arbeit. Zuvor war ich auch eine Zeitlang im Justizministerium in Nordrhein-Westfalen tätig. Damals habe ich viel von der Forschung der Hochschule profitiert. Aber auch das Studium in Speyer selbst hat in meinem Lebenslauf stets einen guten Eindruck gemacht.

*Frau Reichling, wir danken für das Gespräch.*

## DHV sucht Kontakt zu ihren „Ehemaligen“

Wie wichtig Netzwerke an Universitäten als Kontakt- und Informationsbörse, aber auch als Mittel der Karriereförderung sein können, wurde in den USA schon vor mehr als 200 Jahren erkannt. Anders als in Deutschland, sind dort die Studenten bereits mit ihrer Einschreibung automatisch Mitglied einer Alumni-Vereinigung und damit auch Teil eines weltweiten professionellen Networkings. Seit 1994 versucht die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, ähnlich wie an amerikanischen und englischen Universitäten üblich, den Kontakt zu ihren Ehemaligen aufrecht zu erhalten bzw. wiederherzustellen und so ein „Speyer-Netzwerk“ aufzubauen. So haben die Hörer bei ihrer Exmatrikulation die Möglichkeit, sich in das Ehemaligenverzeichnis der Hochschule eintragen zu lassen. Über Aufrufe im Internet und in dem jedes Semester erscheinenden *SpeyerBrief* versucht die Hochschule, daneben auch die Hörer früherer Semester auf das im Aufbau befindliche Netzwerk hinzuweisen. Die Ehemaligen-Aktion der Hochschule Speyer sieht sich als einen Knotenpunkt für Kontakte und Informationen. Vorteile erwachsen den Mitgliedern auch aus intensivem Erfahrungsaustausch zwischen Theorie und Praxis. Von der genannten Möglichkeit haben bisher fast 1 400 der seit Bestehen der Hochschule insgesamt über 39 000 ehemaligen Hörer Gebrauch gemacht. Darunter befinden sich Minister und Staatssekretäre und auch einige „old boys and girls“ der allerersten Semester der 1947 von der damaligen französischen Besatzungszone nach dem Vorbild der Ecole Nationale d'Administration gegründeten Hochschule. Zu einem ersten Ehemaligentreffen versammelten sich etwa 100 Ehemalige, unter ihnen auch das erste „Speyerer girl“ aus dem Sommersemester 1947.

Seitdem versucht die DHV, den Kontakt zu ihren Ehemaligen mit Hilfe verschiedener Angebote zu intensivieren. Falls Sie selbst ein ehemaliger „Speyeraner“ sind, würden wir uns freuen, wenn Sie uns die Beitrittserklärung zu dem „Ehemaligen-Verzeichnis“ (letzte Seite des *SpeyerBrief*) unterschrieben zurücksenden würden. Nähere Informationen erteilt Ihnen gerne Barbara Schneider (Tel.: 06232/654-205, nur vormittags), e-mail: bschneider@dhv-speyer.de.

# Starke Fürsprecher in Bund und Land

## Interview mit dem Geschäftsführenden Direktor des FÖV

Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz, der sich persönlich für die mittlerweile gesicherte Weiterführung des FÖV als Bund-Länder-Einrichtung eingesetzt hat.

*Wo sehen Sie derzeit den größten Handlungsbedarf?*

Das **Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung** bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer (FÖV) ist die einzige außeruniversitäre Einrichtung in der Bundesrepublik, die sich mit anwendungsorientierter Grundlagenforschung im Bereich der Verwaltungswissenschaften befasst. Das FÖV wurde 1976 als organisatorisch selbständige, aber weitgehend in die Verwaltungs-, Service- und Bibliotheksleistungen der Hochschule integrierte Einrichtung im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten (Staatskanzlei) des Landes Rheinland-Pfalz gegründet.

Seine Aufgabe ist die Forschung im Bereich der Verwaltungswissenschaften unter besonderer Berücksichtigung der praktischen Aufgaben und Bedürfnisse der öffentlichen Verwaltung. Die Vielfalt der Verwaltungsforschung spiegelt sich in den am Institut vertretenen Fächern (Verwaltungswissenschaft im engeren Sinne sowie Rechts-, Wirtschafts-, Sozial- und Geschichtswissenschaften) wider. Im Zentrum der Forschung stehen Projekte, die Grundlagenbezug mit Praxisorientierung verbinden (Forschung über und für die öffentliche Verwaltung).

Mitglieder des Instituts sind gegenwärtig alle Professoren der Hochschule und durchschnittlich 25 Nachwuchswissenschaftler. Die Organisation gleicht einem kollegialen Professoren-/Referenten-Institut; die Referenten arbeiten unter der Leitung eines oder mehrerer Professoren an Projekten, für die sie in der Regel für zwei Jahre eingestellt werden.

Als Einrichtung von überregionaler Bedeutung und gesamtstaatlichem wissenschaftspolitischen Interesse wurde das FÖV in die gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern, die sogenannte Blaue Liste, aufgenommen. Es ist Mitglied der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL).

Einer Empfehlung des Wissenschaftsrates folgend, wird das Institut demnächst seine Mitgliederstruktur mit dem Ziel einer stärkeren Einbindung externen verwaltungswissenschaftlichen Sachverständigen ändern.

Außerdem wird das Institut, dessen Forschungsprogramm bisher in fünf Forschungsschwerpunkte gegliedert war, drei Sektionen („Modernisierung in Staat und Verwaltung“, „Verwaltung in der Mehrebenenpolitik“ und „Verwaltung zwischen Staat und Gesellschaft“) einrichten, die der künftigen programmatischen Ausrichtung des Instituts gerecht werden.

Das Institut unterhält zudem vielfältige Beziehungen zu europäischen und internationalen Universitäten und Forschungseinrichtungen. Kooperationen bestehen etwa mit der National Academy for Public Administration (NAPA), Washington, USA, der Escola d'Administració Pública de Catalunya, Barcelona, Spanien, mit der Akademie für Volkswirtschaft bei der Regierung der Russischen Föderation, Moskau, Russland, und mit der Graduate School of Public Administration der Dongguk-Universität, Seoul, Süd-Korea. Darüber hinaus lädt das FÖV regelmäßig qualifizierte (promovierte) deutsche und ausländische Wissenschaftler, die sich mit der Verwaltungsforschung beschäftigen, für einen zeitlich begrenzten Aufenthalt als Gastforscher an das Institut ein.

*Am 5. Juli 1999 hat Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann als Nachfolger von Univ.-Prof. Dr. Dr. Klaus König die Funktion als Geschäftsführender Direktor des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung übernommen. SpeyerBrief sprach mit ihm über seine Erfahrungen nach einem Jahr im Amt.*

*Herr Prof. Sommermann, vor einem Jahr haben Sie das Amt als Geschäftsführender Direktor übernommen. Was haben Sie als erstes in Angriff genommen?*

Einige Tage vor meinem Amtsantritt hatten wir erfahren, dass der Bund im Rahmen seiner Sparmaßnahmen erwäge, sich aus der Förderung unseres Instituts zurückzuziehen und daher vorsorglich seine Mitgliedschaft unter Einhaltung einer Übergangszeit kündigen wolle. Diese Kündigung hätte bedeutet, dass unser Institut ab 2002 aus der Bund-Länder-Förderung der sogenannten „Blauen Liste“ herausgefallen wäre und dann in kleineren Dimensionen an die Hochschule hätte zurückgeführt werden müssen. Meine vordringliche Aufgabe war somit, den Bund davon zu überzeugen, dass auf unser Institut als Forschungseinrichtung von überregionaler Bedeutung und zugleich der einzigen außeruniversitären Einrichtung, die das Phänomen der öffentlichen Verwaltung interdisziplinär und umfassend erforscht, nicht verzichtet werden kann. Zum Glück gibt es nicht nur in der Wissenschaftswelt, sondern durch den Praxisbezug unserer Forschung auch in der Ministerialverwaltung viele Personen, die die Bedeutung der Arbeit unseres Instituts für Staatsreform, Verwaltungsmodernisierung und Einbindung der Bundesrepublik in das internationale Netzwerk der Verwaltungsforschung kennen und schätzen. Es war für uns eine erfreuliche Erfahrung zu sehen, welche starke Fürsprecher wir auch auf Bundesebene haben. Zu danken haben wir aber nicht zuletzt dem

Nachdem der Wissenschaftsrat in seinem letzten Evaluationsbericht sich dafür ausgesprochen hat, unser Institut hinsichtlich Mitgliederbestand und Programmatik stärker von der Hochschule abzuheben, haben wir in enger Kooperation mit den Trägern, insbesondere der rheinland-pfälzischen Staatskanzlei und dem Institutsverwaltungsrat, dem Vorsitzenden unseres Wissenschaftlichen Beirats sowie einzelnen Mitgliedern der Bewertungsgruppe des Wissenschaftsrates Überlegungen zu einer Restrukturierung unseres Instituts in Angriff genommen. Wesentliche Weichenstellungen wurden hier bereits während des Direktorats meines Kollegen Klaus König vorgenommen. In den zurückliegenden Monaten haben die neuen Strukturen konkrete Gestalt angenommen. Neue Rechtsgrundlagen wurden ausgearbeitet und liegen - soweit es um die Schaffung gesetzlicher Grundlagen geht - dem Landtag und - soweit es um die Änderung der Landesverordnung geht - der Landesregierung zur Verabschiedung vor.

Wir rechnen damit, dass im Januar 2001 die neuen Rechtsgrundlagen in Kraft treten können. Bis dahin wollen wir bereits die wichtigsten praktischen Schritte für den Umbau des Instituts abgeschlossen haben, so dass es in den neuen Strukturen unmittelbar arbeitsfähig sein wird.

In den nächsten Wochen wird es vor allem darum gehen, die drei vorgesehenen Sektionen zu konstituieren, Sektionssprecher zu wählen und eine Programmatik für die einzelnen Sektionen zu entwickeln.

Die Institutsforschung wird sich künftig auf die drei Gebiete „Modernisierung in Staat und Verwaltung“, „Verwaltung in der Mehrebenenpolitik“ und „Verwaltung zwischen Staat und Gesellschaft“ konzentrieren. Begleitend verstärken wir unsere Kooperation mit anderen deutschen und ausländischen Forschungseinrichtungen.



So ist insbesondere an neue gemeinsame Vorhaben mit dem Forschungszentrum Karlsruhe und der Akademie für Raumordnung und Landesplanung in Hannover gedacht.

Des Weiteren werden wir neue Arbeitsstellen am Forschungsinstitut um den Forschungskern gruppieren, welche Anforderungen aus der Praxis leichter Rechnung tragen können, wegen ihres Charakters als Service-Elemente allerdings grundsätzlich nicht aus dem Institutshaushalt finanziert werden sollen, um insbesondere die grundlagenorientierte Forschung nicht zu gefährden.

Neben der bereits existierenden „Wissenschaftlichen Dokumentations- und Transferstelle für Verwaltungsmodernisierung in den Ländern (WiDuT)“

soll eine entsprechende Stelle - gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit einer ausländischen Einrichtung - zur Verwaltungsmodernisierung im Ausland etabliert werden.

Eine Arbeitsstelle für Verwaltungsbefragungen ist soeben eingerichtet worden; mit den Hochschulen und außeruniversitären Wissenschaftsorganisationen steht das FÖV derzeit in Gesprächen, die in die Einrichtung einer Arbeits- und Forschungsstelle für Wissenschaftsmanagement münden könnten. Das Institut wird im Übrigen seinen Wirkungskreis dadurch noch erweitern, dass wir in- und ausländische Wissenschaftler und die Verwaltungsforschung fördernde Praktiker als korrespondierende Mitglieder zu gewinnen versuchen. Dadurch wird das Netzwerk unseres Instituts weiter verstärkt, und es werden sich neue Kooperationsmöglichkeiten eröffnen.

Was die Binnenorganisation anbetrifft, so betreiben wir derzeit begleitend zur Restrukturierung auch die Einführung einer Kosten-Leistungs-Rechnung.

*Wo liegen die Stärken des FÖV? Wie beurteilt das der Wissenschaftsrat in seiner Evaluation?*

Wenn ich die Stärken unseres Instituts in einem Ausdruck zusammenfassen sollte, so würde ich sagen, dass das Besondere die interdisziplinäre integrierte Verwaltungsforschung ist, die wir betreiben. In Speyer haben wir vorzügliche Bedingungen für eine Zusammenführung des Sachverständigen unterschiedlicher Disziplinen, denen der Untersuchungsgegenstand „öffentliche Verwaltung“ gemein ist. Als einzige Forschungseinrichtung dieser Art in Deutschland ist das Institut zugleich Ansprechpartner für die gleichartigen Einrichtungen im Ausland, so dass die Speyerer Wissenschaftler wie selbstverständlich in den transnationalen wissen-

## FÖV: „Von überregionaler Bedeutung und internationalem Rang“

Prof. Sommermann zur Lage des Instituts

schaftlichen Diskurs eingebunden sind.

Durch die enge Kooperation mit unseren Trägern, dem Bund und den Bundesländern, verfügen wir zugleich über hervorragende Kontakte zur Praxis, die uns zugleich davor feien, bei der Grundlagenforschung den Anwendungsbezug aus den Augen zu verlieren. Aus diesem für Speyer spezifischen Beziehungsgeflecht hat sich eine Speyerer Forschung entwickelt, die im In- und Ausland anerkannt ist. Der Wissenschaftsrat hat in seinem Evaluierungsbericht vom Januar 1999 die Forschungsleistungen des Instituts

Durch eine Ansiedlung in Speyer könnte neben den dadurch entstehenden Synergien zugleich der interdisziplinäre Sachverstand in Fragen der öffentlichen Verwaltung nutzbar gemacht werden. Bereits in der Vergangenheit hat unser Institut unter Beweis gestellt, dass es der Wissenschaftspolitik und dem Hochschulmanagement wichtige Hilfestellungen leisten kann. Aus der Zusammenarbeit mit den Hochschul-Kanzlern sind eine Reihe von Forschungsarbeiten hervorgegangen, die in „Speyerer Empfehlungen“, z.B. zur „Delegation von Zuständigkeiten der Bundesländer auf die Hochschulen im Personalbereich“ oder zur „Flexibilität der Hochschulhaushalte“ gemündet sind und erheblichen Einfluss auf die Gesetzgebung in den Ländern hatten.

Großes Interesse, an einer solchen Gemeinschaftsstelle zu partizipieren, haben im Übrigen bereits die außeruniversitären Forschungsorganisationen gezeigt. Sollten sich alle Interessen verbinden, so besteht von Seiten unseres Instituts die Bereitschaft, eine Gemeinschaftsstelle für Wissenschaftsmanagement einzurichten, welche sowohl Hochschul- als auch Forschungsmanagement erfasst. Zu klären ist freilich noch - wie immer - die Finanzierungsfrage. Wegen einer Anschubfinanzierung stehen wir mit dem Wissenschaftsminister des Landes Rheinland-Pfalz im Gespräch.

*Welche Bilanz ziehen Sie nach einem Jahr?*

Die Anstrengung hat sich gelohnt. Unser Forschungsinstitut wird als Bund-Ländergeförderte Forschungseinrichtung von überregionaler Bedeutung und internationalem Rang fortbestehen. Die wesentlichen Voraussetzungen für eine weitere Öffnung des Instituts und damit für eine Ausdehnung seines Wirkungskreises sind geschaffen. Nun gilt es die neuen Strukturen mit Leben zu erfüllen.

*Herr Prof. Sommermann, wir danken für das Gespräch.*

Externe Zusammenarbeit stärken

Gemeinschaftsstelle geplant

Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann  
Foto: privat

als gut und teilweise der Spitzenforschung zugehörig bezeichnet. Dies ist ein großes Lob, insbesondere wenn man die Aussagen zu der üblichen Sprachregelung des Wissenschaftsrats in Relation setzt. Mit seinen Strukturempfehlungen, die wir derzeit umsetzen, will der Wissenschaftsrat dazu beitragen, das Forschungsinstitut fest als Kompetenzzentrum der Verwaltungsforschung in Deutschland zu verankern.

*Das FÖV steht in Gesprächen mit den Universitäts-Kanzlern aller deutscher Universitäten, die erwägen, eine Gemeinschaftsstelle für Hochschul- und Wissenschaftsmanagement am FÖV einzurichten. Was könnte die Aufgabe dieser Stelle sein und welche*

Fruchtbare Gespräche: Dr. Abdulaziz Ghani berichtet über die Reform der Staatsorganisation im Jemen. Foto: Klehr

## Hoher Besuch aus dem Jemen am FÖV

### Präsident des Konsultativrates besucht Institut

Die Reform der Staatsorganisation des Jemen und insbesondere die geplante Umwandlung des Konsultativrates in eine „zweite Kammer“ - diese Themen standen im Mittelpunkt eines Gesprächs, zu dem der Geschäftsführende Direktor des FÖV, Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann, am 15. Juni hohen Besuch aus dem Jemen empfing. Der Präsident des jemenitischen Konsultativrates und ehemalige stellvertretende Staatspräsident des Jemen, Dr. Abdulaziz Ghani, der sich auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 13. bis 19.

Juni in Deutschland aufhielt, war eigens zu einem zweistündigen Gespräch nach Speyer gekommen. Begleitet wurde er von seinem Sekretär, Dr. Nageeb Salem, sowie von Abdulmalik Al-Maharbi von der Repräsentanz der Friedrich-Ebert-Stiftung in Sana'a.

Der Besuch des Forschungsinstituts war von Prof. Dr. Klaus-Eckart Gebauer, Staatskanzlei des Landes Rheinland-Pfalz, angeregt worden, der, ebenso wie der Institutsreferent des FÖV, Priv.-Doz. Dr. Niedobitek, an dem Gespräch teilnahm.

## Konzepte der strategischen Planung erörtert

### 7. WiDuT-Arbeitstagung

Unter dem Titel „Strategische Politikentwicklung“ fand am 13. und 14. Juli die 7. WiDuT - Arbeitstagung unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Carl Böhrer und Dr. Götz Konzendorf statt.

Dabei wurden aktuelle Konzepte der strategischen Planung im politisch-administrativen System und in der Privatwirtschaft erörtert. Darüber hinaus wurden neue Instrumente der strategischen Planung wie z.B. das Führungsinformationssystem FÜSYS des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen und ein Förderprogramm-Controlling der Prognos AG

Basel vorgestellt und diskutiert.

Im Bereich der Gesetzesfolgenabschätzung gab es vielfältige nationale und internationale Aktivitäten. So wurde beispielsweise eine japanische Delegation über die Methoden der Gesetzesfolgenabschätzung und ihre Implementation in das politisch-administrative System informiert.

Dr. Götz Konzendorf referierte am 19. Juni zum Thema „Erfahrungen mit der Gesetzesfolgenabschätzung in Deutschland“ vor Mitarbeitern der Landesverwaltung Vorarlberg, Brenz.

## Personalia

### Neue Mitarbeiter

01.05.2000 Dr. Kai Masser, M.A.,  
Mag.rer.publ. (Forschungsreferent)  
01.06.2000 Assessor Holger Holzward  
(Forschungsreferent)  
01.08.2000 Dipl.-Ingenieurin Margot  
Wagner, Mag.rer.publ.  
(Forschungsreferentin)

### Ausgeschiedene Mitarbeiter

31.03.2000 Dipl.-Politologe César Colino,  
M.A. (Forschungsreferent)  
31.03.2000 Andrea Pandolfini, B.A.,  
M.P.A. (Forschungsreferent)

### Institutsreferent

Der Institutsreferent des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung, Privatdozent Dr. Matthias Niedobitek, hat am 11. Juli seine Antrittsvorlesung zum Thema „Kollisionen zwischen EG-Recht und nationalem Recht“ gehalten (siehe S. 7).

## Gastforscher

Auf Beschluss des Institutsvorstands hielten sich im Berichtszeitraum folgende Wissenschaftler als Gastforscher am FÖV auf:

**Olga Zygoura**, Richterin im griechischen Staatsrat, Athen (Oktober 1999 bis Oktober 2000)

Olga Zygoura forschte über „Die verfassungsrechtlichen Grenzen des öffentlichen Sektors“. Die wissenschaftliche Betreuung lag beim Geschäftsführenden Direktor des FÖV, Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann.

\*\*\*

**Prof. Dr. Jurij Starilow**, Universität Woronesh/ Russland (Februar bis Mai 2000)

Das Thema seiner ebenfalls von Univ.-Prof. Dr. Sommermann betreuten Forschung am Institut lautete „Verwaltungsverfahren und Verwaltungsprozessrecht in der russischen Föderation und in Deutschland: Fragen einer Reform des russischen Verwaltungsverfahrens- und Verwaltungsprozessrechts im Lichte eines Rechtsvergleichs mit Deutschland“.

\*\*\*

**Prof. Artur B. Gunlicks**, Ph.D., University of Richmond, Virginia, USA (Mai bis Juni 2000)

Professor Gunlicks beschäftigte sich mit „Fragen zum Föderalismus“. Betreut wurde er in Speyer von Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera.

\*\*\*

**Prof. Dr. Kenneth L. Kraemer**, University of California, Irvine, USA (April bis Juli 2000)

Professor Kraemer widmete sich dem Thema „Analyse der Produktions- und Zulieferungsstruktur von IT-Produzenten in Europa“. Sein wissenschaftlicher Betreuer war Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reinermann.

# Damit der Bürger sich gerecht behandelt fühlt

## Workshop zum Thema Widerspruchsverfahren in der Stadthalle

**Fällt eine Stadt- oder Kreisverwaltung eine Entscheidung, so betrifft diese den Bürger meist unmittelbar. Fühlt der sich durch eine solche Entscheidung ungerecht behandelt, so muss er zunächst Widerspruch einlegen. Wie ein solches Widerspruchsverfahren möglichst bürgernah gestaltet werden kann, war Thema eines Workshops, den das Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem rheinland-pfälzischen Ministerium des Innern und für Sport am 8. Juni in der Stadthalle Speyer veranstaltete. Die wissenschaftliche Leitung lag bei Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow.**

In den meisten Bundesländern entscheidet die nächsthöhere Behörde über Widersprüche. Nicht so in Rheinland-Pfalz. Hier kann der Bürger in sogenannten Rechtsausschüssen sein Anliegen vortragen. Besetzt sind die bei den Kreis- oder Stadtverwaltungen angesiedelten Ausschüsse wie Gerichte, mit einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern. Im Idealfall nimmt der Bürger nach der mündlichen Erörterung den Eindruck mit - unabhängig von der Entscheidung - zumindest fair behandelt worden zu sein. So kann eine mögliche Klage bei den ohnehin überlasteten Verwaltungsgerichten vermieden werden.

Dennoch klagen die betroffenen Bürger häufig über die zu lange Dauer der Verfahren, zu hohe Kosten und mangelnde Neutralität der Ausschüsse. Ziel der Veranstaltung war es daher, alle mit dem Widerspruchsverfahren beruflich befassten Kreise wie Bürgermeister, Landräte, leitende Beamte, Verwaltungsrichter und Rechtsanwälte zusammenzubringen, bestehende Probleme offen zu diskutieren und

Wege zur Verbesserung aufzuzeigen.

In seiner Eröffnungsansprache begrüßte Ziekow knapp 200 Vertreter aus allen mit dem Widerspruchsverfahren befassten Kreisen - von Vertretern der Verwaltung, darunter mehr als 40 hauptamtliche Bürgermeister, über mehrere Gerichtspräsidenten und Verwaltungsrichter bis hin zu auf das Verwaltungsrecht spezialisierten Rechtsanwälten.

Angesichts des sich wandelnden Verhältnisses der Bürger zum Staat, so Staatssekretär Dr. Ernst Theilen in seiner Einführung, müsse stärker auf eine Einigung mit dem betroffenen Bürger hingewirkt werden. Daher müsse die

Mediation, die auf einen Ausgleich zwischen der Verwaltung einerseits und dem Bürger andererseits abziele, stärker zum Tragen kommen.

Der Bürgerbeauftragte des Landes Rheinland-Pfalz, Ullrich Galle, betonte in seinem Grußwort, dass es nach seiner Einschätzung nicht darum gehe, das Widerspruchsverfahren insgesamt zu kritisieren. Jedoch müssten einzelne Missstände, wie die oftmals zu lange Verfahrensdauer, beseitigt werden.

Die Landrätin des Landkreises Bernkastel-Wittlich, Beate Läsch-Weber, schilderte das Widerspruchsverfahren aus Sicht der Kommunen. Ihr Ziel, die durchschnittliche Dauer der Wi-

derspruchsverfahren in ihrem Kreis auf drei Monate zu beschränken, werde im Jahre 2000 voraussichtlich erreicht. Um das Widerspruchsverfahren bürgernäher zu gestalten, müssten darüber hinaus die Widerspruchsbescheide in einer für den Bürger verständlicheren Sprache formuliert werden.

Hans-Josef Roth, Leiter des Rechtsamts und Vorsitzender des Stadtrechtsausschusses der Stadt Mayen, beleuchtete das Thema aus Sicht der Rechtsausschüsse. Eine Vielzahl der Fälle würden ohne Erlass eines Wider-

spruchsbescheides erledigt, etwa durch Abschluss eines Vergleichs. Etwas Verfahrensverzögerungen würden, nicht selten nicht von der Verwaltung selbst, sondern von anderen Beteiligten, wie etwa den Rechtsanwälten oder dem Widerspruchsführer selbst verursacht, betonte Roth!

Schließlich wurde das Thema aus Sicht der Rechtspflege analysiert. Dabei stellte zunächst Prof. Dr. Karl-Friedrich Meyer, Präsident des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz, die Ergebnisse einer Untersuchung von ihm zum Widerspruchsverfahren vor. Da durchschnittlich nur jeder dritte ablehnende Widerspruchsbescheid eine Klage vor dem Verwaltungsgericht nach sich ziehe, trage das Widerspruchsverfahren maß-

geblich zur Entlastung der Gerichte bei. Allerdings würden diese Verfahren derzeit noch zu lange dauern, nicht selten länger als ein Jahr. Den Forderungen nach einer Abschaffung des Widerspruchsverfahrens erteilte Meyer eine eindeutige Absage, da dann die Verwaltungsgerichte wieder stärker be-

anspruchwürden. Eine völlig andere Bewertung präsentierte hingegen aus Sicht der Anwaltschaft der Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Dr. Ulrich Janes. Er hält das Widerspruchsverfahren in seiner gegenwärtigen Form für entbehrlich. Abgesehen von der auch aus seiner Sicht zu langen Dauer trage das Widerspruchsverfahren kaum zur Entlastung der Gerichte

bei. Da ein Widerspruch nämlich in besonders wichtigen Fällen, etwa in Beitragsangelegenheiten oder beim Widerspruch eines Nachbarn gegen eine Baugenehmigung, keine auf-schiebende Wirkung entfalte, müsse ein sorgfältiger Rechtsanwalt ohnehin bereits während des Widerspruchsverfahrens einen Eilantrag beim Verwaltungsgericht stellen.

Angesichts der sehr kontrovers geführten Diskussionen konnte Ziekow in seiner Zusammenfassung einen erheblichen Klärungsbedarf feststellen. Aus diesem Grunde wurden in einer Fortsetzung des Workshops am 18. September mehrere Arbeitsgruppen gebildet, die sich mit der bürgernahen Fortentwicklung des Widerspruchsverfahrens, der Personalentwicklung, der technischen Verfahrensgestaltung und der Mediation befassen werden. Unter Ziekows Koordination sollen sie konkrete Reformvorschläge für das Widerspruchsverfahren entwickeln.

Entlastung für Gerichte?

Einigung mit dem Bürger erzielen

# In Moskau Perspektiven der weiteren Zusammenarbeit erörtert

Prof. Sommermann besucht Akademie für Volkswirtschaft

*Mit wissenschaftlichen Einrichtungen der russischen Föderation unterhält das Forschungsinstitut sowohl auf institutioneller Ebene als auch durch individuelle Kontakte vielfältige Kooperationsbeziehungen. Am 11. und 12. September besuchte der Geschäftsführende Direktor, Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann, die Akademie für Volkswirtschaft bei der Regierung der russischen Föderation, mit der das Forschungsinstitut im Jahre 1996 eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen hat.*

Der Geschäftsführende Direktor traf unter anderem mit dem Rektor, Prof. Dr. Aganbegian, sowie dem Prorektor, Prof. Dr. Procenko, zusammen. Dabei wurden die weiteren Perspektiven der Zusammenarbeit erörtert. Als nächster Schritt soll im Frühjahr 2001 unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Dieter Duwendag in Speyer eine Tagung zum Thema „Russlands Reformkonzepte und die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen“ stattfinden; einbezogen werden sollen auch Wissenschaftler der Universitäten von St. Peters-

burg und Woronesh sowie Vertreter der Wirtschaft.

Der Geschäftsführende Direktor nutzte den Aufenthalt in Moskau zugleich zu Gesprächen mit einem Mitglied der Zentralen Wahlkommission Russlands sowie mit einem Richter des Verfassungsgerichts.

Vor dem Besuch in Moskau hatte Sommermann in der Juristischen Fakultät der Universität Woronesh einen Vortrag über „Verwaltungsgerichtsbarkeit und Verfassungsgerichtsbarkeit“ gehalten. Der Vortrag fand im Rahmen eines von Prof. Dr. Jurij Starilow geleiteten Symposiums statt. In Russland wird derzeit die Einführung einer modernen Verwaltungsgerichtsbarkeit diskutiert. Starilow war wiederholt als Stipendiat der Humboldt-Stiftung Gastforscher am Forschungsinstitut gewesen.

Der Rektor der Universität Woronesh sowie der Dekan der Juristischen Fakultät äußerten den Wunsch nach einer Vertiefung der Zusammenarbeit mit den Speyerer Einrichtungen. Im Dezember wird eine Delegation der Universität Woronesh die Hochschule und das Forschungsinstitut besuchen.

## Forschungskolloquium

Das Forschungskolloquium des FÖV, in dem vorläufige Thesen aus laufenden Forschungsprojekten des Instituts zur Diskussion gestellt werden, stand im Sommersemester unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas.

Für einen Gastvortrag konnte Univ.-Prof. Dr. Geert Bouckaert von der katholischen Universität Leuven (Belgien) gewonnen werden. Er referierte über das Thema „Public Management Reform: A Comparative Analysis“.

## Neue Veröffentlichungen

Seit April 2000 sind fünf neue „Speyerer Forschungsberichte“ erschienen:

- Nr. 208 Carsten Nemitz, Erfolgsfaktoren für eine Reform politischer Systeme, April 2000.
- Nr. 209 Klaus König, Zur Managerialisierung und Ökonomisierung der öffentlichen Verwaltung, Juni 2000.
- Nr. 210 Götz Konzendorf (Hrsg.), Neuorganisation der Mittelinstanzen - Konzeptionen und Umsetzung, August 2000.
- Nr. 211 Klaus König (Hrsg.), Verwaltung und Verwaltungsforschung - Deutsche Verwaltung an der Wende zum 21. Jahrhundert, August 2000.
- Nr. 212 Klaus Lüder, Entwicklung und Stand der Reform des Haushalts- und Rechnungswesens in Australien, August 2000.

*Die „Speyerer Forschungsberichte“ können bestellt werden beim Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, Postfach 14 09, 67324 Speyer. Soweit die angeforderten Berichte nicht für dienstliche Zwecke der öffentlichen Verwaltung oder Hochschulen benötigt werden, wird eine Schutzgebühr von 10,- DM pro Band + 3,- DM Versandkosten in Rechnung gestellt.*

Seit April 2000 sind fünf neue „Selbständige Verlagspublikationen“ erschienen:

- 155. Alexander Willand, Besoldungs- und Versorgungsstrukturen des Ministeramtes. Eine Untersuchung zu den Ministergesetzen in Bund und Ländern, Berlin 2000.
- 156. Michael Harold Stierle, Globalisierungsdefizite Deutschlands in den Wirtschaftsbeziehungen mit Südostasien. Ein internationaler Vergleich, Berlin 2000.
- 157. Hellmut Wagner (Hrsg.), Rechtliche Rahmenbedingungen für Wissenschaft und Forschung - Forschungsfreiheit und staatliche Regulierung -, Bd. 1: Freiheit von Wissenschaft und Forschung, Bd. 2: Allgemeine forschungsrelevante Regelungen, Bd. 3: Forschungsbereiche, Bd. 4: Ergebnisse und Materialien, Baden-Baden 2000.
- 158. Hermann Hill/Hagen Hof (Hrsg.), Wirkungsforschung zum Recht II - Verwaltung als Adressat und Akteur, Schriftenreihe Interdisziplinäre Studien zu Recht und Staat, Bd. 15, Baden-Baden 2000.
- 159. Ilja Mieck/Pierre Guillen (Hrsg.), Deutschland - Frankreich - Rußland, Begegnungen und Konfrontationen, La France et l'Allemagne face à la Russie, München 2000.
- 160. Klaus König/Natascha Füchtner, „Schlanker Staat“ - eine Agenda der Verwaltungsmodernisierung im Bund, Schriftenreihe Verwaltungsorganisation, Staatsaufgaben und Öffentlicher Dienst, Bd. 45, Baden-Baden 2000.

## GFA - ein wichtiges Thema

Die OECD ist an einer Zusammenarbeit mit dem FÖV im Bereich „Gesetzesfolgenabschätzung“ interessiert; erste Kontakte fanden über die WiDuT-Stelle, Dr. Götz Konzendorf, statt.

\*\*\*

Auf Einladung des Ausschusses Umwelt und Forsten (Landtag Rheinland-Pfalz) nahm Univ.-Prof. Dr. Carl Böhrer am 10. August an einer Anhörung zum Landeswaldgesetz teil. Auf der Grundlage einer schriftlichen Stellungnahme und eines Kurzvortrags beantwortete er die Nachfragen der Abgeordneten. DHV und FÖV hatten im Vorfeld der Regelungsabsicht und zum späteren Referentenentwurf Gesetzesfolgenabschätzungen durchgeführt. (Vgl. Forschungsbericht 192 und SpeyerBrief 18).

# Wissenschaft und Praxis zusammengeführt

## Forschungssymposium zum Thema „Gremienwesen und staatliche Gemeinwohlverantwortung“

In den Medien stößt man fast täglich auf Meldungen, die die Einsetzung eines neuen Gremiums verkünden. Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit sind die von Bundeskanzler Gerhard Schröder einberufene „Expertenkommission Unternehmensübernahme“, die von Altbundespräsident Richard von Weizsäcker geleitete „Wehrstrukturkommission“ oder die von Innenminister Otto Schily

Einblicke in die  
Gremienarbeit

initiierte Zuwanderungskommission. Neben diesen neuen, insbesondere im Bereich der Politikberatung angesiedelten Gremien stellen aber auch die etablierten Gremien, wie etwa die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften, die Filmförderungsanstalt, die Ethik-Kommissionen der Ärztekammern oder die Reaktorsicherheits- und die Strahlenschutzkommission Gegenstände öffentlichen Interesses dar. Um so verwunderlicher ist es, dass Entscheidungs- und Beratungsgremien in der Vergangenheit nur sporadisch Gegenstand des wissenschaftlichen Interesses waren.

Seit Anfang 1999 leitet Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann ein Projekt mit dem Titel „Vorbereitung und Übernahme staatlicher Entscheidungen durch plural zusammengesetzte Gremien“ am Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung. Begleitend zu dem Projekt, welches von Assessorin Alexandra Unkelbach bearbeitet wird, fand vom 27. bis 28. April ein mit hochrangigen

Wissenschaftlern und Gremienmitgliedern besetztes Forschungssymposium zum Thema „Gremienwesen und staatliche Gemeinwohlverantwortung“ statt.

Unter den Referenten war auch Univ.-Prof. Dr. Thomas Groß von der Justus Liebig Universität Gießen, der sich in seiner just erschienenen

Habilitationschrift mit dem Gremienwesen auseinandergesetzt hat und zum Thema „Gremien-

wesen und demokratische Legitimation“ referierte sowie Univ.-Prof. Dr. Klaus Grupp von der Universität des Saarlandes, der die Rechtsschutzproblematik in Bezug auf das Gremienwesen thematisierte. Aber auch zahlreiche Mitglieder repräsentativer Beratungs- und Entscheidungsgremien, wie z.B. Prof. Dr. Dr. Adolf Birkenhofer, Geschäftsführer der Gesell-

Ziele mehr als  
erreicht

schaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit und langjähriger Vorsitzender der Reaktorsicherheitskommission, Dr. Dieter Engels, Vizepräsident des Bundesrechnungshofes und stellvertretender Vorsitzender des Bundespersonalausschusses, Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Loschelder, Rektor der Universität Potsdam und langjähriges Mitglied der deutschen Lebensmittelbuchkommission, sowie der Vorsitzende der Filmförderungsanstalt, Rolf Bähr, und die stellvertretende Vorsitzende der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften, Dr. Bettina Brockhorst, schilderten das Thema aus

ihrer Sicht.

Aber auch die Ethik-Kommissionen bei den Ärztekammern Rheinland-Pfalz und Hessen waren durch die Richterinnen Dr. Erika Bockelmann und Elisabeth Wind vertreten, ebenso wie der VDI durch Dr. Volker Brennecke und die Enquête-Kommissionen des Deutschen Bundestages durch den Leiter des Sekretariats der Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, Dr. Martin Schenkel, und Dr. Angelika Köster-Loßack, MdB, die in der 13. Legislaturperiode Mitglied der Enquête-Kommission „Sogenannte Sekten und Psychogruppen“ war.

Die Ziele der von der Fritz-Thyssen-Stiftung unterstützten Veranstaltung, Einblicke in die interne Gremienarbeit zu erlangen und Wissenschaft und Praxis zusammenzuführen, seien mehr als erreicht worden, konstatierte Sommermann am Ende der Veranstaltung. Und auch die Teilnehmer beschrieben die Veranstaltung als äußerst gelungen.

*Bis Ende des Jahres ist die Veröffentlichung eines Tagungsbandes unter dem Tagungstitel in der Schriftenreihe der Hochschule im Verlag Duncker & Humblot geplant. Ein Zwischenbericht zum Thema „Vorbereitung und Übernahme staatlicher Entscheidungen durch plural zusammengesetzte Gremien“ wird als Speyerer Forschungsbericht Nr. 215 erscheinen.*

## Verwaltung an der Wende zum 21. Jahrhundert

Unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Klaus König fand am 7. und 8. April das dritte Symposium des Arbeitskreises „Deutsche Verwaltung an der Wende zum 21. Jahrhundert“ statt.

Das Symposium beschäftigte sich mit dem Stand der Verwaltungswissenschaft und der Verwaltungspraxis zur Jahrhundertwende und damit zusammenhängenden aktuellen Forschungsvorhaben.

## Deutsch-Französische Geschichte erforscht

Auf der Mitgliederversammlung des Deutsch-Französischen Komitees zur Erforschung der deutschen und französischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts e.V./Comité franco-allemand de recherche sur l'histoire de la France et de l'Allemagne aux XIXème et XXème siècles am 18. September wurde Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch zum neuen Präsidenten dieser binationalen wissenschaftlichen Vereinigung gewählt.

Die Mitgliederversammlung fand im Rahmen eines interdisziplinären Forschungskolloquiums statt, das vom Deutsch-Französischen Historikerkomitee in Otzenhausen/Saar in Zusammenarbeit mit dem FÖV veranstaltet wurde. Zum Thema „Machtstrukturen im Staat: Organisationen und Personen/Les structures du pouvoir en France et en Allemagne: les institutions et les hommes“ referierten dabei 20 deutsche und französische Historiker und Sozialwissenschaftler über neue Forschungsergebnisse.

Aus verwaltungswissenschaftlicher Sicht waren dabei besonders die Analysen von französischen Besonderheiten wie des noch immer weit verbreiteten Typus des „député-maire“, der „cabinets“ an der Schnittstelle von Politik und Verwaltung, der Geschichte der Aufgabenverteilung zwischen Minister und Secrétaire Général im Quai d'Orsay, dem französischen Außenministerium, oder der Vergleich der Erscheinungsformen des heutigen Rechtsradikalismus in Frankreich und Deutschland interessant.

# Beziehungen intensiviert

## Zusammenarbeit mit Forschungszentrum Karlsruhe weiter ausgebaut

Das Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FÖV) unterhält seit vielen Jahren enge Beziehungen zum Forschungszentrum Karlsruhe, das als sogenannte Großforschungseinrichtung der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren angehört und damit - ebenso wie das FÖV als Mitglied der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz - von Bund und Ländern gemeinsam finanziert wird. Im Jahr 1996 ist die Zusammenarbeit zwischen dem FÖV und dem Forschungszentrum Karlsruhe, die schon vorher mit der Durchführung verschiedener, äußerst ertragreicher Forschungsprojekte gepflegt wurde, durch den Abschluss einer Kooperationsvereinbarung auf eine förmliche Grundlage gestellt worden. Die institutionelle Kooperation, an der auch die Hochschule beteiligt ist, wird in besonders glücklicher Weise durch personelle Verbindungen

Kooperationsvereinbarung seit 1996

ergänzt. Hier ist vor allem das ehemalige Vorstandsmitglied des Forschungszentrums, Prof. Dr. Hellmut Wagner, zu erwähnen, der zugleich Honorarprofessor der Hochschule und Mitglied des FÖV ist und in dieser Eigenschaft erst kürzlich ein mehrjähriges interdisziplinäres Forschungsprojekt zum Thema „Rechtliche Rahmenbedingungen für Wissenschaft und Forschung“ mit der Veröffentlichung eines vierbändigen Werkes im Nomos-Verlag, Baden-Baden 2000, abgeschlossen hat (s. auch S. 47).

Unter den zahlreichen Instituten des Forschungszentrums Karlsruhe hat das FÖV vor allem Kontakte zum Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS), dessen Leiter, Univ.-Prof. Dr. Grunwald, dem FÖV am 26. Juni einen Besuch abstattete.

Bei dem Gespräch, das der Geschäftsführende Direktor des FÖV, Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter

Sommermann, mit Grunwald führte, wurden Perspektiven einer weiteren Intensivierung der Zusammenarbeit in konkreten Themenbereichen entwickelt, etwa in den Bereichen Technik und Recht, Sozialgestaltung bei sich beschleunigender technologischer Entwicklung, Nachhaltigkeit und Electronic Government. Auch wurde verabredet, künftig im jährlichen Rhythmus gemeinsame wissenschaftliche Veranstaltungen in Karlsruhe oder in Speyer abzuhalten. Bereits am 6. Juli fand auf Einladung des Forschungszentrums

Gemeinsames Kolloquium

unter reger Beteiligung beider Seiten ein erstes derartiges Kolloquium zum Thema „Forschung, Technik und Regulierung“ statt. Nach der Begrüßung und einer kurzen Einleitung zum Thema des Kolloquiums durch Prof. Dr. Manfred Popp, Vorsitzender des Vorstands des Forschungszentrums Karlsruhe, folgten Grußworte des Rektors

der DHV, Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill, und des Geschäftsführenden Direktors des FÖV. Anschließend hielt Popp einen Vortrag mit dem Titel „Stand der Technik“.

Univ.-Prof. Dr. Eberhard Bohne referierte über die „Steuerung technischer Risiken durch Genehmigungsrecht in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union“.

Beide Vorträge boten Anlass für eine kontroverse und fruchtbringende Diskussion.

Einen gelungenen Ausklang fand die Veranstaltung im anschließenden „gemütlichen“ Teil, bei dem neben persönlichen Gesprächen auch das leibliche Wohl nicht zu kurz kam.

Das Kolloquium gab neue Impulse für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen dem FÖV und der DHV einerseits und dem Forschungszentrum Karlsruhe andererseits auf dem Gebiet der Technikforschung. Das nächste Kolloquium findet 2001 in Speyer statt.

## „Modernisieren lernen mit neuen Medien“

### Mitarbeiter am eigenen Arbeitsplatz fort- und weiterbilden

„Eine moderne und zukunftsfähige Landesverwaltung braucht vor allem eins: Menschen, die engagiert ihre Aufgabe wahrnehmen und bereit sind, sich neuen Herausforderungen zu stellen“ - so die Einführung in das Personalentwicklungs-Rahmenkonzept für die niedersächsische Landesverwaltung. Arbeitsplatznahe, bedarfsgerechte und individuelle Weiterbildung wird immer wichtiger und ist daher die Grundlage für die Entwicklung eines Schulungskonzeptes für die Einführung des automatisierten Haushaltswirtschaftssystems Niedersachsen (HWS-Nds) durch das niedersächsische Finanzministerium.

Im Auftrag des niedersächsischen Finanzministeriums soll untersucht werden, inwieweit es möglich ist, Schulung und Qualifizierung des Personals am eigenen Arbeitsplatz vorzunehmen. Konkret geht es dabei um die Frage, ob und in welcher Form ein Computer-Based-Training (CBT) für das HWS-Nds entwickelt werden soll.

Die Vorteile einer multimedialen, handlungsorientierten Lernumgebung liegen auf der Hand:

- der ökonomische Aspekt einer kostengünstigen Qualifikation der Mitarbeiter im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung durch geringere Reise- und Schulungskosten;
- die lernpsychologischen Perspektiven: Computergestützte Lern-

umgebungen haben gegenüber dozentenorientiertem Unterricht eine stärkere Anregungs- und gleichzeitig Unterstützungsfunktion, welche individuelle Lernaktivitäten bewirken; sie fördern die Erweiterung der Medien- und Problemlösekompetenz durch Erfahrung im Umgang mit neuen Lerntechnologien, aktivieren die Selbstständigkeit der Mitarbeiter und entwickeln deren Entscheidungskompetenz.

Arbeits- und Lernprozesse sind dann derart eng miteinander verknüpft, dass Mitarbeiter Arbeitstätige und Lernende in einer Person bei der Bewältigung bestimmter Arbeitsaufgaben sein können. Durch verwaltungsmodernisierende Maßnahmen rücken folglich Selbstlernkompetenz und der Erwerb von Softskills neben kognitiven Lerninhalten immer stärker in den Vordergrund, durch welche ein zeitgemäßes CBT herausgefordert wird. In dem Projekt soll daher untersucht werden, welche Rahmenbedingungen für den Einsatz neuer Medien in der niedersächsischen Landesverwaltung gegeben sein müssen, um großflächige Lernprozesse möglichst effizient, flexibel und arbeitsplatznah anregen zu können.

Projekt: Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill/Stephanie Ihringer, M.A.  
 Laufzeit: 01.07.1999 - 30.06.2001  
 Internet: <http://foev.dhv-speyer.de/neuemedien>  
 Ansprechpartnerin: Stephanie Ihringer, [ihringer@dhv-speyer.de](mailto:ihringer@dhv-speyer.de)

# Wie das Recht die Forschung beeinflusst

## Prof. Dr. Hellmut Wagner über sein jüngst abgeschlossenes Forschungsprojekt

*Herr Prof. Wagner, in einem interdisziplinären Forschungsvorhaben in Zusammenarbeit zwischen dem Forschungszentrum Karlsruhe und dem FÖV sollte unter Ihrer Leitung erforscht werden, wie sich rechtliche Regelungen auf die Forschung auswirken. Was wurde dabei genau untersucht?*

Gegenstand der Untersuchung war die Frage, ob und auf welche Weise geltende rechtliche Regelungen, vor allem gemessen am Grundrecht der Freiheit von Wissenschaft und Forschung nach Artikel 5 Abs. 3 GG, unmittelbar oder mittelbar auf Wissenschaft und Forschung beschränkend einwirken. Unter Berücksichtigung europarechtlicher, völkerrechtlicher und verfassungsrechtlicher Aspekte wurde dabei in allgemein forschungsrelevanten Rechtsgebieten (z.B. Datenschutz- und Arbeitsschutzrecht, Patent- und Lizenzrecht, Stiftungsrecht, Tierschutzrecht) sowie in ausgewählten Bereichen des Medizin-, Umwelt- und Technikrechts (z.B. biomedizinische Forschung, gentechnische Forschung, Anlagen- und Stoffrecht) analysiert, inwieweit und auf welche Weise Wissenschaft und Forschung gefördert bzw. behindert werden. In den Bereichen des Arbeitsschutzes und der Arbeitssicherheit, des Datenschutzes und der gentechnischen Forschung wurden die Forschungsergebnisse durch Umfragen untermauert.

*Was sind die Ergebnisse dieses Forschungsprojekts, die nun auch als Buch vorliegen? Inwiefern behindern die deutschen Gesetze eher die Wissenschaft und Forschung, als sie zu fördern und gibt es dafür Beispiele?*

Das vierbändige Werk enthält in einem eigenen Band die Zusammenfassung der Ergebnisse des Projektes mit einer Fülle von Feststellungen, Empfehlungen und (Gesetzes-) Änderungsvorschlägen. Nach wie vor behindern vor allem Regelungen des deutschen Gesetzgebers Wissenschaft und Forschung. Dafür einige Beispiele: Es gibt eine administrative Präventivkontrolle für gentechnische Arbeiten, die nach der Definition des Gentechnikgesetzes ohne Risiko für die menschliche Gesundheit und die Umwelt sind. Oder für wissenschaftliche Tierversuche sind für die gleichen Tiere strengere Regeln einzuhalten als für die Tötung von Schlachttieren und von Tieren, die als Schädlinge bekämpft werden (wie Mäuse und Ratten).

Wie eine im Rahmen des Projektes durchgeführte Umfrage ergab, fühlt sich jeder zweite befragte Forscher in seiner Tätigkeit durch den Datenschutz unnötig behindert; Forschungsprojekte mussten aus Daten-

schutzgründen aufgegeben bzw. eingestellt werden. Auch beim Arbeitsschutz im wissenschaftlichen Bereich z.B. steht der übermäßige Aufwand oft in keinem Verhältnis zum tatsächlichen Risiko. Die Beispiele ließen sich beliebig vermehren.

*Was bedeutet das für die Freiheit von Wissenschaft und Forschung und die Umsetzung von Forschungsergebnissen in wirtschaftlich verwertbare Produkte und Verfahren?*

Prof. Dr. Hellmut Wagner Foto: privat

Die festgestellte Überregulierung schränkt im Verhältnis zu vergleichbaren Industriestaaten die wissenschaftliche Wettbewerbsfähigkeit ein. Dies schlägt sich auch in Teilbereichen der biomedizinischen und naturwissenschaftlich-technischen Forschung auch auf die Innovationskraft in der Entwicklung neuer Produkte und Verfahren nieder. Dort, wo unnötige regulative Zwänge gelockert wurden (wie beispielsweise durch die Novellierung des Gentechnikgesetzes im Jahre 1993), wird die Fortentwicklung der Wissenschaft und die Umsetzung in wirtschaftlich verwertbare Ergebnisse erkennbar erleichtert, ohne dass der Schutz für Mensch und Umwelt darunter leidet.

*Das Werk soll mit Forschungsfragen befassten Entscheidungsträgern in Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Justiz und Verwaltung praktische Anregung bieten. Was schlägt das Buch vor?*

Aus der Fülle der Vorschläge, die sich an Staat und Wissenschaft richten, seien ein paar allgemeine Anregungen angeführt: Wissenschaft und Forschung müssen ihre (institutionelle) Präsenz im Vorfeld der Gesetzgebung verstärken und für eine noch stärkere Akzeptanz ihrer Arbeit und ihrer Forschungsergebnisse sorgen. Die Forschung muss anstelle staatlicher Fremdsteuer-

ung mehr kontrollierte Selbstverantwortung übernehmen. Der Gesetzgeber muss beispielsweise die europarechtlich gegebenen Freiräume für die Forschung (z.B. im Datenschutz und in der Gentechnik) nutzen und darf gesetzliche Regelungen nicht beliebig verschärfen. Gesetzgeber und Gesellschaft müssen sich von dem Gedanken freimachen, dass es eine totale gesetzgeberische „AllheilverSORge“ gegen alles Unge- wisse und gegen jeden kleinsten Risikoverdacht gibt („Vollkaskogesinnung“). In vielen Bereichen könnten (unnötige) administrative Präventivkontrollen gelockert, statt wie beabsichtigt - verschärft werden.

*Warum hat sich gerade bei diesem Projekt die Zusammenarbeit zwischen dem Forschungszentrum Karlsruhe und FÖV angeboten?*

Zum einen gibt es einen Kooperationsvertrag vom Januar 1996 zwischen der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und dem FÖV einerseits und dem Forschungszentrum Karlsruhe andererseits, der solche gemeinsamen Projekte fördert. Zum anderen gibt es unabhängig davon schon seit längerer Zeit eine gute Zusammenarbeit bei gemeinsamen Projekten und gemeinsamen Veranstaltungen.

Das von Ihnen erwähnte aktuelle Projekt über „Rechtliche Rahmenbedingungen für Wissenschaft und Forschung“ steht in engem thematischen Zusammenhang mit früheren gemeinsamen Projekten, z.B. dem Projekt „Die Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Genehmigung von umweltrelevanten Großvorhaben“ (Projektleiter auf Seiten des FÖV: Prof. Dr. Blümel/Prof. Dr. Klages) oder dem Projekt „Gesetzesfolgenabschätzung“ (Projektleitung auf Speyerer Seite: Prof. Dr. Böhret). Aus dem Forschungszentrum Karlsruhe konnten auch unmittelbare praktische Erfahrungen mit der Regulierung von Forschung eingebracht werden.

*Herr Prof. Wagner, wir danken für das Interview.*

*Prof. Dr. Hellmut Wagner ist Rechtsanwalt, Mitglied des FÖV und Honorarprofessor an der DHV. Nach Tätigkeiten im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und in verschiedenen Funktionen im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie war er vom 1.7.1974 bis 31.1.1996 stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes des Kernforschungszentrums Karlsruhe (jetzt Forschungszentrum Karlsruhe). Seine Forschungsschwerpunkte sind das Umweltverwaltungsrecht und Technikrecht sowie das Wissenschaftsrecht.*

# Staatsmodernisierung im Blick

## Forschungsprojekt „Verwaltungsmodernisierung und Staatshaftung“

Die gegenwärtige Verwaltungsmodernisierung versteht sich nicht nur als Umstrukturierung interner Verwaltungsorganisationsstrukturen unter dem Diktat der öffentlichen Haushaltslage. Sie umfasst vielmehr auch und vor allem einen Wandel im Verhältnis Bürger-Staat widerspiegelnden grundlegenden Wandel der Staatsfunktionen. Der damit gleichzeitig einhergehende Strukturwandel der rechtlichen Steuerung öffentlichen Verwaltungshandelns sieht sich durch das Instrumentarium der Staats- bzw. Amtshaftung angereichert bzw. rechtsstaatlich rückgekoppelt.

Wandel der Staatsfunktionen

Das Projekt gibt in seinem ersten Teil einen allgemeinen Aufriss über Stand und

Inhalt der gegenwärtigen Verwaltungs- und Staatsmodernisierung in Deutschland unter gleichzeitiger Darstellung ihrer Ergebnis- bzw. Wirkungsorientierung. Herausgearbeitet werden die Konsequenzen für die bestehenden staatlichen Verantwortungs- und Haftungsstrukturen.

Im zweiten Teil verdeutlicht der nachhaltige Blick auf das Risikoverwaltungsrecht als relativ junger und moderner Sektor des Verwaltungsrechts den aufgezeigten generellen Strukturwandel der rechtlichen Steuerung öffentlichen Verwaltungshandelns. Dabei gilt es, die gegenwärtigen Verwaltungsmodernisierungsmodelle einerseits auf ihre Risikoorientierung hin zu untersuchen sowie andererseits die daraus gewonnenen

Arzneimittelrecht als Beispiel

Ergebnisse mit den bisherigen Grundsätzen der Staats- bzw. Amtshaftung zu überprüfen. Schließlich werden in einem dritten Teil das Verwaltungshandeln unter Risikobedingungen anhand der vorab gewonnenen Erkenntnisse neu zu bewerten und seine Auswirkungen auf das bestehende Staatshaftungsrecht herauszuschälen sein.

Dabei kann das Arzneimittelrecht, welches nationale wie supranationale rechtliche Steuerungsinstrumentarien miteinander vereint, sowohl Beispiel als auch Vorbild einer wirkungsorientierten staatlichen Verantwortungswahrnehmung unter spezifischen Haftungsbedingungen sein.

Projekt: Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas/  
Ass. jur. Florine La Roche-Thomé  
Laufzeit: 01.07.1999 - 30.06.2001

## Wie Ausgliederungen sich auswirken...

### „Rechtliche Verselbständigung von Verwaltungsorganisationen als Modernisierungsstrategie?“

Einer der Eckpfeiler des New Public Managements ist die „corporatisation“, d.h. die rechtliche und wirtschaftliche Verselbständigung von Verwaltungsorganisationen. Derartige Verselbständigungen erfolgen in Deutschland auf kommunaler Ebene und in jüngerer Zeit verstärkt auch auf Landesebene.

Daran ist insbesondere die Hoffnung auf Effizienzgewinn geknüpft.

Ob Aussicht auf Erfüllung dieser Hoffnung besteht, ist allerdings nicht belegt, Prüfberichte der Rechnungshöfe kommen zu unterschiedlichen Ergebnissen.

Im Rahmen des Projektes wird das Problem der rechtlich-organisatorischen Verselbständigung als Modernisierungsstrategie überprüft.

Hoffnung auf Effizienzgewinn

Dazu werden Zielsetzungen, Rahmenbedingungen sowie nicht intendierte Auswirkungen von Ausgliederungsvorhaben vor dem Hintergrund der Institutionenökonomie analysiert. Vom Ergebnis wird insbesondere erwartet, dass es eine Beurteilung der Realisierbarkeit und Zweckmäßigkeit einer „Modernisierung durch Ausgliederung“ erlaubt.

Das Projekt weist auch Verknüpfungen zum Vorschlag des Landes Baden-Württemberg „Privatisierungshindernisse bei Umwandlung von Landeseinrichtungen“ auf.

Projekt: Univ.-Prof. Dr. Klaus Lüder/Dipl.-Volkswirt Ulrich Albertshäuser  
Laufzeit: 1.2.1999 - 30.4.1999;  
1.8.1999 - 30.4.2001

## Rolle der Parlamente neu definieren

### „Speyerer Entwurf eines Mustergesetzes für eine Parlamentarische Steuerungsordnung“

Die Rolle der Landesparlamente neu zu definieren, ihnen eine größere Einflussnahme auf die Inhalte und Ziele der Politik zu ermöglichen und die Formen der Zusammenarbeit zwischen Landtag und Landesregierung neu zu bestimmen, sind die Ziele des Forschungsprojektes „Speyerer Entwurf eines Mustergesetzes für eine Parlamentarische Steuerungsordnung“, das seit Juni 1999 am Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FÖV) in Speyer durchgeführt wird.

In den vergangenen Jahren sind in der Kommunalverwaltung, aber auch in den Ministerien Elemente des sogenannten Neuen Steuerungsmodells, wie beispielsweise die Kosten-/Leistungsrechnung oder die Budgetierung, eingeführt worden. Diese berühren auch die Zusammenarbeit zwischen Land-

tag und Landesregierung. Deshalb ist es nötig, ein rechtliches Instrumentarium, ein Rahmengesetz, zu entwickeln, das die Kontrolle und Steuerung der Regierung durch den Landtag regelt.

In einer Tagung des Forschungsinstitutes am 12. und 13. Oktober wurden diese Entwicklungen unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill mit Vertretern der interessierten Fachöffentlichkeit in einem großen Kreis diskutiert. Dabei wurde eingehend darüber beraten, welche Themen aus der bisherigen Zusammenarbeit zwischen Parlament und Regierung in einem Gesetzentwurf enthalten sein sollten.

Projekt: Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill/Ass. jur. Kai-Olaf Jessen  
Laufzeit: 1.6.1999 - 31.5.2001



# Verordnung und Mitwirkung des Parlaments?

## „Einwirkungen der Länderparlamente auf die Normsetzung der Exekutive“

Die Rechtsverordnung ist nach traditioneller Auffassung im gewaltenteiligen Rechtsstaat das Handlungsinstrument, mit dem die Regierung in einem arbeitsteiligen Prozess detaillierte Normsetzungsaufgaben zum Zwecke der Entlastung des Gesetzgebers und der Anwendung gesetzlicher Bestimmungen erlässt. Dieses Rollenverständnis von der Verordnung als Instrument zur Umsetzung legislativer Entscheidungen gerät jedoch zunehmend unter Druck.

**Tendenz, Parlament stärker zu beteiligen**

Das Erfordernis nach flexibler Rechtsetzung und die Vieltätigkeit der zu regelnden Materien scheinen in Widerspruch zu den Strukturen und Prozeduren des Gesetzes zu geraten und lassen die Staatspraxis immer häufiger in die sachangemessenere Regelungsform der Verordnung ausweichen. Die daraus resultierenden Defizite gesetzlicher Vorprogrammierung des Verordnungsgebers versucht der Ge-

setzgeber durch eine Beteiligung des Parlaments oder seiner Ausschüsse am exekutiven Entscheidungsprozess zu kompensieren. Er versieht dazu Verordnungsermächtigungen verstärkt mit parlamentarischen Mitwirkungs- und Mitentscheidungs vorbehalten beim Erlass von Rechtsverordnungen, die Ausdruck eines Bedürfnisses nach einer zeitgemessenen Konzeption des Rechtsetzungsprozesses sind.

Allerdings dürfen derartige Beteiligungsvorbehalte nicht den verfassungsrechtlich abgegrenzten Handlungs- und Verantwortungsbereich im Rahmen der Rechtsetzung verwischen und zu einem verdeckten Verordnungsrecht des Parlaments führen.

Soweit diese Fragen überhaupt Gegenstand wissenschaftlicher Erörterung sind, erfolgt eine Untersuchung bislang nur auf der Ebene der Bundesgesetzgebung. Im Rahmen des Forschungsprojektes

wird nunmehr eine Bestandsaufnahme und Analyse parlamentarischer Einwirkungsformen auf Länderebene vorgenommen und auf verschiedene Besonderheiten eingegangen. Dazu zählen die in zahlreichen Landesverfassungen enthaltenen Informationspflichten der Landesregierung über geplante Verordnungsvorhaben, die Änderungen von Verordnungsbestimmungen durch Gesetz, die über sogenannte „Entsteinerungsklauseln“ wieder in die Gestaltungsmacht der Landesregierung zurückgegeben werden und die auf Bundesebene unbekanntem Beteiligungsvorbehalte zugunsten von Parlamentsausschüssen.

Das Schwergewicht der Arbeit liegt in der Darstellung und verfassungsrechtlichen Würdigung der nach Intensität und Verbindlichkeit der parlamentarischen Mitwirkung zu unterscheidenden Kenntnis-, Zustimmung-, Änderungs- und Kassationsvorbehalte.

**Unterschiedliche Praxis der Länder**

Im Gegensatz zu der vom Bundesgesetzgeber favorisierten Zustimmungsvorordnung haben dabei auf Landesebene zahlreiche Abwandlungen einer auf Kooperation angelegten Anhörung des Parlaments beachtliche Verbreitung erlangt. Die vor allem in der jüngeren Gesetzgebung anzutreffenden Beteiligungsvorbehalte und die sehr unterschiedliche Praxis in den Ländern sowie das nachhaltig bekundete Interesse verschiedener Justizministerien, die durch zum Teil eigene Erhebungen einen wichtigen Beitrag zum Gelingen der Arbeit geleistet haben, sind ein Beleg für die Aktualität und praktische Relevanz dieses Forschungsvorhabens.

*Projekt: Univ.-Prof. Dr. Dr. Detlef Merten/Dipl.-Staatswissenschaftler Dr. Wito Schwanengel  
Laufzeit: 16.11.1997 - 30.11.2000*

# Was E-Government der Verwaltung bringt

## RUVII-Forschungsprojekt „Regieren und Verwalten im Informationszeitalter“

Das Forschungsprojekt „Regieren und Verwalten im Informationszeitalter“ beschäftigt sich seit Juli 1999 mit den zu erwartenden Auswirkungen von Electronic Government (E-Government) für den öffentlichen Sektor. Dies eröffnet ein bisher unbekanntes Potenzial für Dienstleistungsorientierung, Bürgerbeteiligung, Produktivität und Wirtschaftlichkeit im öffentlichen Bereich. Unter E-Government verstehen wir dabei die Abwicklung geschäftlicher Prozesse im Zusammenhang mit Re-

**Künftig vollständig elektronisch?**

gieren und Verwalten (Government) mit Hilfe von Informations- und Kommunikationstechniken über elektronische Medien. Auf Grund der technischen Entwicklung

nehmen wir an, dass diese Prozesse künftig sogar vollständig elektronisch durchgeführt werden können. Anhand von exemplarischen Lösungsansätzen aus aller Welt filtern wir jene Vorhaben aus Jurisdiktion, Legislative, Politik, Regierung und

Verwaltung heraus, die besonders gut gelungen sind und eine Vorbildfunktion für hiesige Projekte besitzen. Bisherige Schwerpunkte unserer Tätigkeiten liegen bei den Internet-Technologien, Portalen für den öffentlichen Sektor, der Speyerer Definition von E-Government sowie Analysen von E-Government-Aktivitäten in Malaysia, Australien und Neuseeland.

**Portale für den öffentlichen Sektor**

Einige unserer Publikationen und teilweise auf Angebote im Internet können über unser Webangebot <http://foev.dhv-speyer.de/ruvii> abgerufen werden, das unser Vorhaben im Internet sinnvoll ergänzt. Mit EGovBase (<http://www.egovbase.de/>) steht darüber hinaus allen Interessierten eine Datenbank mit Ansätzen und Lösungen aus aller Welt zur Verfügung.

*Projekt: Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reiner-mann/Dr. Jörn von Lucke  
Laufzeit: 1.7.1999-30.6.2001  
reinermann@dhv-speyer.de und lucke@dhv-speyer.de  
Internet: <http://foev.dhv-speyer.de/ruvii> (Projekt)*

Die DHV Speyer möchte den Kontakt zu ihren ehemaligen Hörerinnen und Hörern aufrechterhalten bzw. wiederherstellen. Falls Sie selbst ein ehemaliger „Speyeraner“ sind, würden wir uns freuen, wenn Sie uns diese Beitrittserklärung zum „Ehemaligen-Verzeichnis“ unterschrieben zurücksenden würden.

## Angaben für das Ehemaligen-Verzeichnis der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Titel, Amtsbezeichnung

\_\_\_\_\_  
Funktion

\_\_\_\_\_  
Hörer/in im Speyer-Semester

\_\_\_\_\_  
Dienststelle (mit Anschrift /Telefon /Telefax /e-mail)

\_\_\_\_\_  
Privatanschrift

\_\_\_\_\_  
Telefon/Telefax/e-mail

**Deutsche Hochschule für**

**Verwaltungswissenschaften Speyer**

Referat für Öffentlichkeitsarbeit

Freiherr-vom-Stein-Str. 2

67346 Speyer

Ich bin am weiteren Kontakt mit der Hochschule interessiert und bitte, die oben angegebenen Daten in das „Ehemaligen-Verzeichnis“ der Hochschule aufzunehmen. Mit einer Weitergabe dieses Verzeichnisses bin ich einverstanden. Bitte senden Sie mir regelmäßig

- |   |  |
|---|--|
| <input type="radio"/> Einladungen zu Abendvorträgen | <input type="radio"/> das „Ehemaligen-Verzeichnis“<br>und den <i>SpeyerBrief</i> |
| <input type="radio"/> das Fortbildungsprogramm      | <input type="radio"/> Einladungen zum Semesterball der Hochschule                |

An den hierbei entstehenden Kosten beteilige ich mich mit dem Mindestbetrag von jährlich  DM 15,— (bzw.  DM 25,— /bzw.  DM \_\_\_\_\_). - Der Beitrag ist bis zum 1.3. eines Jahres auf das Konto der Regierungskasse Neustadt/Weinstraße, Stadtparkasse Neustadt, BLZ 546 500 10, Kto-Nr. 20008, Kassenzeichen 0208/282 01(07) zu überweisen. (Einen entsprechenden Vordruck erhalten Sie jeweils mit der Übersendung des Ehemaligenverzeichnisses im Dezember.) - Etwaige Änderungen meiner Angaben teile ich Ihnen baldmöglichst mit. Die Mitgliedschaft kann zum 31. Dezember eines Jahres (schriftlich) gekündigt werden.

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift

P.S.: Aus Kostengründen wird die Erklärung nicht bestätigt. Sie werden baldmöglichst in den Versand einbezogen. Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an Barbara Schneider (Tel.: 06232/654-205; nur vormittags).